



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Rückkehr zu den Sachthemen!

„Die Landespolitik muss wieder Sachthemen anpacken. Eine der drängendsten Fragen ist die Schulpolitik“, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in München. „Wahlarithmetik, Ämtergeometrie und Ministerschach“ sollten nun endgültig der Vergangenheit angehören.

An erster Stelle eines Forderungskatalogs steht ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Ganztagschule. Schaidinger zufolge

hat sich die Staatsregierung im Sommer mit Eckpunkten zur Schulpolitik aufgeschlossen gezeigt, sich aber mit konkreten Aussagen „verdächtig zurückgehalten“.

tungen kommen auf die Kommunen zu?

„Wenn der Bund den gesetzlichen Rahmen für eine bessere Betreuung von Kindern steckt, ist das grundsätzlich eine gute Sache. Doch es kann nicht angehen, dass der Bund etwas verspricht, aber die Kommunen zahlen müssen. Jeder muss seinen Teil tragen, da dürfen sich die Länder nicht drücken“, meinte Schaidinger.

Ausbau der Betreuungsplätze

Klare Antworten

Nun würden klare Antworten auf folgende Fragen erwartet: Welche Bedarfsprognosen legt der Staat an, wenn er den Ausbau der Ganztagschule flächendeckend und bedarfsgerecht in Aussicht stellt? Wie viel investiert der Staat in den Ausbau? Wie viel Personal stellt der Staat zur Verfügung? Welche Belas-

Bayerns Kommunen benötigen verlässliche Aussagen, wie der Freistaat den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren unterstützen wird. „Die vom Bundestag vorgegebene Grundrichtung passt, aber nun steht der Freistaat in der Pflicht.“ Ende September 2008 hat der Deutsche Bundestag das

(Fortsetzung auf Seite 4)

Landräteseminar im Landkreis Kitzingen:



OB Hans Schaidinger.

28./29. 10. in Augsburg:

Bayerische KOMCOM

Mit dem Bayerischen Städtetag hat die KOMCOM Bayern einen starken Partner an der Seite. Deutschlands größte Fachmesse für Öffentliche Verwaltung bietet in der Schwaben-Metropole ein breites Portfolio speziell für die Öffentliche Verwaltung. Mehr als 180 Unternehmen aus ganz Deutschland haben sich als Aussteller zur Messe angemeldet. Alle Informationen gibt es im Internet unter www.komcom.de/komcom-bayern.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer, Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Impulse und Appelle

Deutliche Forderungen an die neue Staatsregierung für die kommende Legislaturperiode nahmen bei der Herbsttagung des Bayerischen Landkreistags im unterfränkischen Kitzingen breiten Raum ein. Im Mittelpunkt standen Themen wie Daseinsvorsorge, Finanzausgleich, Bildungswesen und Verwaltungsreform.

Alle Forderungen des Bayerischen Landkreistags verstehen sich als Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raums. Die bayerischen Landkreise wollen künftig stärker an den Steuerentnahmen der öffentlichen Hand beteiligt werden. Nur so seien dringende Investitionen in Schulen, kommunale Krankenhäuser

die künftige Staatsregierung setzen sich die Landkreise unter anderem für eine Anhebung des Kommunalanteils am Steuerverbund und eine kräftige Erhöhung

(Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Nähe zu den Menschen wahren!

Analyse des Wahldebakels

Kernforderungen an die neue Staatsregierung

Bereits im Rahmen der letzten KPV-Hauptausschusssitzung vor den Landtags- und Bezirkswahlen hatte der Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries), darauf hingewiesen, dass sich die KPV und damit die Kommunalpolitiker der CSU nach dem Urnengang inhaltlich verstärkt zu Wort melden werden.

Dies geschah umgehend in einer kurzfristig anberaumten Landesvorstands- und Hauptausschusssitzung in München, in der die deutlichen Stimmenverluste der CSU einer detaillierten Analyse unterzogen wurden.

Vorsitzender Rößle stellte eingangs fest, dass sich der Analyse-Trend der Kommunalwahlen fortgesetzt habe. Die CSU habe „substanzielle Verluste“ hinneh-



Das Präsidium des Bayerischen Gemeindetags (v. l.): Dr. Jürgen Busse, Dr. Uwe Brandl, Hildegard Wanner, Klaus Adelt und Josef Mend.

Bayerischer Gemeindetag in Bad Gögging:

Den Wählerauftrag ernst nehmen!

Präsident Dr. Uwe Brandl mit 100 Prozent bestätigt
Kommunalpreis für Alois Glück

Eine eindrucksvolle Bestätigung als Präsident des Bayerischen Gemeindetags hat der Erste Bürgermeister von Abensberg, Dr. Uwe Brandl, erfahren. Auf der diesjährigen Landesversammlung des Verbands in Bad Gögging erhielt Brandl 100 Prozent der Stimmen. Zum neuen Ersten Vizepräsidenten wählten die Delegierten Ersten Bürgermeister Josef Mend, Stadt Iphofen (Landkreis Kitzingen), zum neuen Zweiten Vizepräsidenten Ersten Bürgermeister Klaus Adelt, Stadt Selbitz (Landkreis Hof) sowie zur neuen Landesschatzmeisterin Erste Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Stadt Höchstädt (Landkreis Dillingen a. d. Donau).

„Bayern befindet sich in einer Phase des Umbruchs“, analysierte Brandl das Ergebnis der Landtagswahl. Die Situation, mit einer Koalitionsregierung verhandeln zu müssen, sei völlig neu. Der Präsident forderte die Landespolitik auf, den Anliegen und Interessen der Bürger in den Ge-

meinden, Märkten und Städten des Freistaats mehr Gehör als bisher zu schenken und den Wählerauftrag ernst zu nehmen.

Auf gleicher Augenhöhe

Wörtlich sagte Brandl: „Wir werden die politisch Verantwortlichen daran messen, wie sie diese Versprechen in praktische Politik umsetzen. Und wir werden tatkräftig daran mitwirken, dass die Versprechen nicht in Vergessenheit geraten. Wir werden der neuen Staatsregierung von Anfang klar zu verstehen geben, dass der Bayerische Gemeindetag auf gleicher Augenhöhe als kompetenter Partner wahrgenommen und behandelt werden will.“

Wer das Wahlergebnis richtig

deute, der lese daraus, dass die Bürger in Bayern die erreichten Erfolge in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik durchaus se-

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Verrücktheit ist unendlich faszinierender als Intelligenz, unendlich tiefgründiger. Intelligenz hat Grenzen, Verrücktheit nicht“, meint unsere Vorzimmerperle gemeinsam mit Claude Chabrol. Sie bezog das gar nicht auf die irrsinnig gewordene Finanzwelt, sondern gemeinsam mit ihrem Chef lediglich auf die Extremsportler. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Der 16. Landtag ist konstituiert	Seite 2
Bayern droht konjunkturelle Talfahrt	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Lebenslanges Lernen ist gefordert	3
Bayerns Gemeinden stehen hervorragend da	3
Erfolgreiche Prävention braucht übergreifende Netzwerke	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen/Moderner Staat	6 - 11
Wasser - Abwasser	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Der 16. Landtag ist konstituiert:

Barbara Stamm zur Präsidentin gewählt

Mit der Wahl des Präsidiums hat der 16. Bayerische Landtag am 20. Oktober seine fünfjährige Legislaturperiode im Maximilianeum eröffnet. Erstmals seit 46 Jahren stellt die CSU nicht mehr die absolute Mehrheit und erstmals wurde eine Frau zur Landtagspräsidentin gewählt. Die bisherige Vizepräsidentin Barbara Stamm war von der CSU als stärkster Fraktion nominiert worden. In geheimer Wahl erhielt sie 164 der 187 Stimmen, der Landtag war also vollzählig. In ihrer Antrittsrede forderte sie das neue Parlament auf, seine Arbeitsweise so weiter zu entwickeln, dass die Menschen wieder davon überzeugt würden, ihre Anliegen und ihre Fragen seien in guten Händen.

Frau Stamm, im letzten Landtag 1. Vizepräsidentin, umriss in ihrer Rede insbesondere die Bandbreite der Arbeit eines Landesparlaments mit der Feststellung, die kommunalen Anliegen seien ebenso ernst zu bearbeiten wie die globalen Auswirkungen auf die Heimat. In der geringen Wahlbeteiligung (58,1 %) spiegelte sich auch fehlendes Vertrauen in die Politiker wider. Dieses könne man nicht verordnen, man müsse es sich immer wieder erarbeiten. Sie will ihr Amt nach bestem Wissen und Gewissen, nicht unpolitisch aber überparteilich und gerecht ausüben.

Ihr Dank galt ihrem ausgeschiedenen Amtsvorgänger Alois Glück, der die Konstituierung des neuen Landtags zusammen mit dem nicht dem Landtag angehörenden Ministerpräsidentenkandidaten, Bundesminister Horst Seehofer, von der Besuchertribüne aus verfolgte. Bis zur Ministerpräsidentenwahl am 27. Oktober vertritt die Landtagspräsidentin verfassungsgemäß Bayern nach außen.

Antrag auf Sondersitzung

Frau Stamms Dank galt auch der Alterspräsidentin, der 81-jährigen Grünen-Abgeordneten Barbara Rütting, die die Sitzung zunächst geleitet hatte und vor der Präsidiumswahl einen SPD-Antrag aufrufen musste, die kritische Situation der Bayerischen Landesbank (BayernLB) zum

Gegenstand einer Sondersitzung des Landtags noch diese Woche zu machen.

Kassensturz

CSU und FDP hatten ihre Koalitionsverhandlungen zum Thema Kassensturz tags zuvor abgebrochen. In einer gemeinsamen Erklärung hieß es, um Klarheit über das Risiko der Bank zu bekommen, wolle man die Sitzung des Vorstands und des Verwaltungsrats abwarten. Schließlich gehe es um die Belastung des Staatshaushalts im Rahmen des Bankenhilfspakets von Bund und Ländern und damit auch um den bayerischen Staatshaushalt zunächst für 2009/2010.

Im Landtag kritisierte SPD-Fraktionschef Franz Maget die Staatsregierung mit Finanzminister Erwin Huber als Verwaltungsratsvorsitzendem, der je zur Hälfte Staat und Sparkassenverband gehörenden Bank habe das Risiko immer wieder schöngeplaudert. Jetzt müsse das Parlament eingeschaltet werden. Im gleichen Sinne äußerten sich Margarete Bause für die Grünen und Hubert Aiwanger für die Freien Wähler. Auch FDP-Fraktionsvorsitzender Martin Zeil erklärte, dies sei ein Anspruch, des gesamten Parlaments. Der SPD-Antrag wurde einhellig angenommen. Die Sondersitzung des Landtags wurde für den 23. Oktober einberufen.

Zu Kontroversen kam es in der

Geschäftsordnungsdebatte. Zwar hatten sich alle fünf Fraktionen im Vorfeld grundsätzlich darauf geeinigt, dass jede einen Vizepräsidenten stellt (bisher je einer von CSU und SPD).

Fünf Vizepräsidenten

Dennoch kam es zu Meinungsverschiedenheiten, wobei sich schließlich eine „Jamaika-Koalition“ aus CSU, FDP und Grünen durchsetzte. Die SPD wollte an der bisherigen Regelung festhalten. Ihr Sprecher Harald Güller wandte sich gegen eine willkürliche Gestaltung des Präsidiums, die sogar verfassungswidrig sein könnte. Ulrike Gote (Grüne) trat dem entgegen und warf der SPD vor, eine „Lex Gantzer“ zu schaffen. Die Fünferlösung sei nicht verfassungswidrig. Sie wurde schließlich angenommen. Über weitere Details der Geschäftsordnung - u. a. Zahl der Ausschüsse und deren Vorsitzende wird noch beraten.

Zu Vizepräsidenten wurden dann in geheimen Abstimmungen mit jeweils deutlicher Mehrheit gewählt: Reinhold Bocklet (CSU, 65 Jahre), aus Oberbayern und ehemaliger Staatsminister; Prof. Peter Paul Gantzer (SPD, 69 J.), aus Oberbayern und bisher 2. Vizepräsident, Peter Meyer (FW, 45 J.), Oberregierungsrat in Oberfranken, Christine Stahl (Grüne, 51 J.), seit 1998 Nürnberger Landtagsabgeordnete und Jörg Rohde (FDP, 42 J.), bisher mittelfränkischer Bundestagsabgeordneter. **rm**

Vor großen Herausforderungen

Bayerns Haushalt soll trotz Banken- und Wirtschaftskrise schuldenfrei bleiben
Neues Geschäftsmodell für Landesbank

Bayern steht angesichts der Bankenkrise und der Gefahr einer Rezession, also sinkender Steuereinnahmen, vor großen Herausforderungen beim Haushalt. Die Staatsregierung wird sich bemühen, den im Etat 2006 erreichten Verzicht auf neue Schulden durchzuhalten. In diesem Sinn hat Finanzminister Erwin Huber im Landtag Stellung genommen, als es um das 500-Milliarden-Paket zur Sicherung des Banken- und Kreditmarktes ging. In diesem Zusammenhang spielt auch die Zukunft der Bayerischen Landesbank eine Rolle. Ein neues Geschäftsmodell soll rasch entwickelt werden, wobei eine Teilprivatisierung nicht ausgeschlossen wird.

Das 500-Milliarden-Paket des Bundes und der Länder zur Sicherung der Banken und des Kreditgeschäfts, war Gegenstand einer der seltenen Sitzungen des Zwischenausschusses, der die Rechte des Parlaments bis zum Zusammenritt des neuen Landtags wahrnimmt. Da die Entscheidung über das Bankenpaket eilte, hatten CSU, SPD und Grüne mit Anträgen die Einberufung dieses Gremiums für den 17. Oktober beantragt. Der neue, 16. Landtag konstituierte sich am 20. Oktober.

Rechte der Länder stärken

Unter Vorsitz des CSU-Abgeordneten Prof. Walter Eykman (der dem neuen Parlament nicht mehr angehört), erteilten die Abgeordneten (32 CSU, 10 SPD, 3 Grüne) der noch amtierenden Regierung Beckstein den Auftrag, die Rechte der Länder in den Berliner Schlussverhandlungen zum Bankenpaket zu stärken. Über den Weg für Bund, Länder und Kommunen besten Weg aus der Krise gab es in den Reden der Fraktions-sprecher Georg Schmid (CSU), Franz Maget (SPD) und Dr. Sepp Dürr (Grüne) Differenzen. Die Opposition warf der Regierung vor dilettantisch und falsch reagiert zu haben.

Zum Beweis verwiesen beide auf das Risiko der Landesbank, das allein viele Millionen kosten werde und rasch durch ein neues Geschäftsmodell zu beenden sei. Finanzminister Erwin Huber meinte, die strategischen Optionen für

das neue Geschäftsmodell müssten breit angelegt werden bis hin zu einer Fusion mit anderen Landesbanken oder einer Teilprivatisierung.

Zum Bankenpaket erklärten Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und Huber als Sprecher der bis zum 27. Oktober amtierenden Staatsregierung Zustimmung. Sie widersprachen aber dem Vorschlag der Bundesregierung, den Ländern bei Beteiligung von 35% am gesamten Risiko die alleinige Verantwortung für die Landesbanken zu überlassen. Dies sei nicht im Sinne föderativer Gemeinsamkeit.

Kampfabstimmung

Trotz allgemeiner grundsätzlicher Zustimmung zum Bankenpaket gab es eine Kampfabstimmung. Der CSU-Antrag wurde bei Enthaltung der SPD und Nein der Grünen angenommen. Sie enthielten sich bei ihren beiden Anträgen gegenseitig der Stimme, die CSU sagte zu beiden Nein. In ihrem Text heißt es u. a., eine Stabilisierung des Finanzsektors sei im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft und speziell des Mittelstandes unverzichtbar. Die bis dahin vorgesehene Aufteilung des Bankenpakets auf 65% Bund und 35% Länder bei einseitiger Belastung für Landesbanken wurde für nicht akzeptabel erklärt. Der Grad der Beanspruchung von Bürgschaften sei auf ein verantwortbares Maß zu begrenzen.

Nachdem wenige Stunden nach der Zwischenausschusssitzung in Berlin klar wurde, der Bund werde den Ländern insoweit entgegenkommen, dass ihr Risiko beim Bankenpaket auf 7,7 Mrd. Euro gedeckelt werde, zeigten sich Staatsregierung und CSU einverstanden. Huber meinte jedoch, die tatsächliche Belastung der Staatskasse werde erst in einigen Jahren erkennbar sein. Angenommen, der Bund würde mit 20 Mrd. Euro in Anspruch genommen, kämen auf Bayern 1,16 Mrd. Euro zu. Der Finanzminister sah zunächst schwierige Etatverhandlungen für den Doppelhaushalt 2009/10 voraus, der im neuen Landtag von der CSU/FDP-Koalition zu verabschieden ist. „Wir stehen vor großen Herausforderungen.“ **rm**

Prognose des Industrie- und Handelskammertages:

Bayern droht konjunkturelle Talfahrt

Erwartungen und Investitionen rückläufig / Personalabbau sehr wahrscheinlich

Jetzt haben auch Bayern die Folgen der hohen Energie- und Rohstoffpreise sowie auch schon der Finanzkrise voll erwischt. Der bayerischen Wirtschaft droht eine Rezession. Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) spricht in seinem Konjunkturbericht von einer „Besorgnis erregenden Lage“ und einer zu erwartenden Talfahrt in den kommenden Monaten. Nahezu alle Indikatoren, zu denen der BIHK 3.000 Unternehmen befragt hat, weisen nach unten, und das in fast allen Branchen, sagte BIHK-Hauptgeschäftsführer Peter Driessen. Die Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern geht davon aus, dass die Konjunktur „mindestens einen Gang zurückschaltet“, warnt aber bereits vor einem Stillstand.

In der BIHK-Konjunkturprognose heißt es, der Optimismus der bayerischen Wirtschaft sei verfliegen. Die Unternehmen hätten ihre Erwartungen auf breiter Front zurückgeschraubt. Selbst das Exportgeschäft zeige deutliche Bremsen. Die Kapazitätsauslastung sowie die Ertragsaussichten seien stark abgesackt. Die Investitionslaune habe deshalb einen kräftigen Dämpfer erhalten, die Unternehmen hätten ihre Budgets zurückgefahren. Damit gehe spätestens im kommenden Jahr auch der Boom auf dem Arbeitsmarkt zu Ende. Der Stimmungseinbruch deute für 2009 auf eine konjunkturelle Talfahrt hin.

Konjunkturindex eingebrochen

Der BIHK-Konjunkturindex, der Lage und Erwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, ist deutlich eingebrochen: Seit seinem Höchststand im Sommer 2007 ist er sukzessive von damals 129 Punkten auf aktuell nur noch 106 Punkte gefallen. Allein seit der Umfrage im Sommer 2008 ist er um 13 Punkte abgesackt. Einen ähnlich drastischen Rückgang des BIHK-Index gab es letztmalig im Herbst 2001.

Bereits zum fünften Mal in

konjunkturelle Stütze der Branche. Nun aber erwarten die Bauunternehmen auch in diesem Segment deutliche Einbußen: Nur noch 9 Prozent, nach 30 Prozent im Sommer, erwarten mehr Aufträge aus der Wirtschaft, der Anteil der Pessimisten steigt kräftig von 14 auf aktuell 30 Prozent. Die Differenz aus positiven und negativen Erwartungen geht damit um volle 37 Saldopunkte auf aktuell -21 Punkte zurück.

Rückläufige Nachfrage

Die Skepsis über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung, so der BIHK-Chef, sei zwar auch auf die Krise an den internationalen Finanzmärkten zurückzuführen. Aber die insgesamt gesunkene Investitionsbereitschaft sei vor allem eine direkte Folge der steigenden Rohstoff-, Energie- und Personalkosten sowie einer rückläufigen Nachfrage aus dem In- und Ausland. Vor allem die konjunkturelle Abkühlung in den USA und bei den wichtigsten europäischen Handelspartnern, wie Großbritannien, Frankreich, Italien oder Spanien, zieht auch die exportorientierte bayerische Wirtschaft in den Abwärtstrend.

Budgets werden gekürzt

Erstmals seit Jahresbeginn 2006 wollen wieder mehr Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten Personal abbauen: Der Beschäftigungssaldo der bayerischen Wirtschaft geht von +5 Punkten im Sommer auf aktuell -6 Punkte zurück. „Zum jetzigen Zeitpunkt ist allerdings noch nicht genau abzuschätzen, in welchem Ausmaß Arbeitsplätze verloren gehen“, so Driessen. Doch schon jetzt spüren der Einzelhandel und der konsumnahe Großhandel die fehlende Kauf-

laune der Verbraucher. Aufkeimende Angst vor Arbeitslosigkeit dürfte die Umsätze weiter drücken.

Allein die unternehmensnahen Dienstleister stellen sich momentan dem allgemeinen Abwärtstrend der bayerischen Wirtschaft noch entgegen. Sie bewerten die aktuelle Geschäftslage deutlich positiver als die übrigen Branchen. Zudem sind die Umsätze im Inland seit Sommer 2008 weitgehend stabil geblieben. Doch da die Branche in hohem Maße von der Industrie abhängig ist, hat sie die düsteren Aussichten der Industrie bereits einkalkuliert und ihre Erwartungen an das Inlandsgeschäft nach unten revidiert.

„Wir müssen deshalb davon ausgehen, dass die bayerische Wirtschaft vor einem konjunkturellen Abschwung steht“, befürchtet Driessen. Bislang seien die Auswirkungen der Finanzkrise auf die bayerische Realwirtschaft noch überschaubar. Aber die Finanzkrise sei noch nicht ausgestanden. Damit würden die außenwirtschaftlichen Risiken weiter zunehmen. Auch müssten die Unternehmen davon ausgehen, dass die Kreditkosten spürbar ansteigen.

Erwartungen zurückführen

Wie heftig die Krise sich auswirken und wie lange sie andauern wird, darauf wollte sich Driessen nicht festlegen. Das wäre Kaffeesatzleserei, sagte er und begründete seine Zurückhaltung mit der internationalen Finanzkrise, „die so noch nie dagewesen ist“. Im Sommer 2007 habe sich der Abschwung abgezeichnet. Das Tempo, in dem die Unternehmen ihre Erwartungen zurückführen, sei nur mit dem Platzen der Internet-Blase in den Jahren 2000 und 2001 zu vergleichen. Damals habe die Krise zwei Jahre gedauert. **dhg.**



Nochmal Sonne tanken!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Krauß
91788 Pappenheim
am 4.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alfons Fleischmann
94244 Geiersthal
am 4.11.

Bürgermeister
Josef Heuschneider
93102 Pfatter
am 6.11.

Bürgermeister Herbert Seger
87471 Durach
am 29.10.

Bürgermeister Richard Erdmann
91154 Roth
am 31.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Sporrer
86986 Schwabbruck
am 1.11.

Bürgermeister
Kornelius Griebel
86856 Hiltenfingen
am 3.11.

Bürgermeister Franz Reichold
93426 Roding
am 6.11.

Bürgermeister Josef Ampßler
87616 Wald
am 9.11.

Bürgermeister Ludwig Weinzierl
94574 Wallerfing
am 31.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Oberauer
83131 Nußdorf a. Inn
am 1.11.

Bürgermeister Thomas Kneipp
96272 Hochstadt a. Main
am 2.11.

Bürgermeister
Alfons Haumer jun.
84085 Hausen
am 11.11.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Deutsche Kommunen weit höher verschuldet, als allgemein angenommen:

Bayerns Gemeinden stehen hervorragend da

Die Verschuldung der Kommunen in Deutschland ist weit höher, als allgemein angenommen. Denn mehr als die Hälfte der Verschuldung, nämlich bereits 53,1 Prozent, befindet sich nicht mehr in den Kernhaushalten der Kommunen, sondern in Auslagerungen wie etwa Eigenbetrieben und Zweckverbänden. Obwohl sich 2007 die Haushaltslage bundesweit entspannt hat, hat sich die Schere zwischen armen und reichen Kommunen weiter geöffnet.

Bereits verschuldete Gemeinden sind noch tiefer ins Defizit geraten. Allerdings gibt es bei der kommunalen Verschuldung große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer erstmals erstellten Studie, die vollständig die Verschuldung aller Kommunen auf Landesebene erfasst. Erstellt hat sie die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Münster und der Forschungsstelle für Raumfinanzpolitik. Kirsten Witte, die das Programm „Kommunen und Regionen“ bei der Stiftung leitet, nennt die Situation in ihrem Kommentar alarmierend. Diese generelle Anmerkung trifft allerdings nicht auf Bayerns Kommunen zu, die nach Meinung der Stiftung hinsichtlich ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit auf dem Weg an die Spitzen in Deutschland sind.

Der kommunale Finanz- und Schuldenreport 2008 gibt einen Überblick über die Verschuldung aller Kommunen auf Länderebene. Die Summe der Gesamtverschuldung setzt sich zusammen aus den unmittelbaren Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbänden, den mittelbaren Schulden der kommunalen Zweckverbände sowie den öffentlich bestimmten kommunalen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen.

Spitzenreiter Schleswig-Holstein

Die regionalen Unterschiede sind gravierend. Die 13 Bundesländer – die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen blieben in der Untersuchung unberücksichtigt – bilden einen Flickenteppich aus Ländern mit besonders hoher oder besonders niedriger kommunaler Verschuldung pro Einwohner. Am besten steht erstaunlicherweise nicht etwa Bayern als derzeit leistungsstärkstes Bundesland, sondern Schleswig-Holstein da, am schlechtesten Mecklenburg-Vorpommern.

Hier die Reihung der 13 Flächen-Bundesländer – gemessen an der kommunalen Pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2007 (zum Vergleich das Jahr 2000 in Klammern): 1. Schleswig-Holstein: 1.957 (1.717) Euro, 2. Bayern: 2.365 (2.030) Euro, 3. Niedersachsen: 2.673 (2.077) Euro, 4. Baden-Württemberg: 2.753 (2.013) Euro, 5. Sachsen: 3.132 (3.915) Euro, 6. Thüringen: 3.258 (3.469) Euro, 7. Brandenburg: 3.478 (3.547) Euro, 8. Rheinland-Pfalz: 3.499 (2.472) Euro, 9. Hessen: 3.755 (3.296) Euro, 10. Sachsen-Anhalt: 4.068 (3.760) Euro, 11. Nordrhein-Westfalen: 4.236 (2.889) Euro, 12. das Saarland: 4.424 (3.227) Euro und 13. Mecklenburg-Vorpommern: 4.619 (4.180) Euro.

Interessant an dieser Reihung ist, dass keineswegs die inzwischen reicheren Südländer unangefochten an der Spitze stehen und die neuen Bundesländer sich überwiegend auf Mittelplätzen wiederfinden. Dass das Saarland und Mecklenburg-Vorpommern die letzten Plätze einnehmen, verwundert kaum, eher schon, dass NRW noch hinter Sachsen-Anhalt und Hessen z.B. zwei Plätze hinter Brandenburg rangieren. Man kann die Bundesländer in vier Verschuldungs-

gruppen zusammenfassen: Zur besten Gruppe mit einer kommunalen Pro-Kopf-Verschuldung von 1500 bis 2500 Euro gehören nur Schleswig-Holstein und Bayern. In der zweitbesten Gruppe mit einer kommunalen Verschuldung von 2.500 bis 3.500 Euro finden sich Niedersachsen, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz. Zur zweit-schlechtesten Gruppe mit einer kommunalen Verschuldung von 3.500 bis 4.500 Euro zählen Hessen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und das Saarland. Mecklenburg-Vorpommern allein bildet die schlechteste Gruppe mit einer kommunalen Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 4.500 Euro.

Schulden abgebaut

Eine sehr viel andere Wertung ergibt sich aber, wenn man die Veränderung der kommunalen Verschuldung der Länder von 2000 bis 2007 betrachtet. Drei der 13 Bundesländer haben nämlich ihre kommunale Verschuldung in dieser Zeit reduziert. Und alle drei gehören zu den neuen Bundesländern. Es sind Sachsen (- 20,0 Prozent), Thüringen (- 6,1) und Brandenburg (-2,0). Und auch die beiden Bundesländer mit der geringsten Zunahme der kommunalen Verschuldung sind Ostländer, nämlich Sachsen-Anhalt (+ 8,2 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (+ 10,5). Am stärksten ausgeweitet haben ihre kommunale Pro-Kopf-Verschuldung NRW (+ 46,7 Prozent), Rheinland-Pfalz (+ 41,5), das Saarland (+ 37,1), Baden-Württemberg (+ 36,8) und Niedersachsen (+ 28,7). Es folgen Bayern (+16,5) und Schleswig-Holstein (+ 14,0).

Die Bertelsmann-Untersuchung hat gezeigt, dass relativ reiche Länder nicht unbedingt auch reiche Kommunen haben. Zwar habe sich im bundesweiten Durchschnitt die kommunale Finanzlage 2007 entspannt, doch hätten davon längst nicht alle Kommunen profitiert. Während einige Haushaltsüberschüsse aufwiesen und wieder verstärkt in kommunale Infrastruktur investieren könnten, erhöhten andere weiterhin ihre Kreditaufnahmen, stellt Kirsten Witte fest. Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen öffne sich immer weiter, ohne dass eine Umkehr dieses Trends absehbar sei. Bereits verschuldete Kommunen gerieten trotz guter Konjunktur in eine finanzielle Abwärtsspirale.

Abwärtsspirale

Gefährlich ist, dass viele Kommunen weit stärker verschuldet sind, als dies auf den ersten Blick erscheint. Denn 53,1 Prozent der Verschuldung befindet sich nicht mehr in den Kernhaushalten, sondern in Auslagerungen, also z.B. in Eigenbetrieben, Zweckverbänden, kommunalen Unternehmen und ähnlichen Einrichtungen. „Diese Schulden sind aus dem direkten Blick des Bürgers, der Presse und der Politik verschwunden, müssen aber doch irgendwann getilgt werden“, heißt es im Schuldenreport 2008. Und Kirsten Witte kommentiert, es müsse gelingen, die Abwärtsspirale der hoch verschuldeten Kom-

munen zu durchbrechen. Die Bundesländer dürften sich nicht auf Kosten der Kommunen sanieren.

In Bayern sieht es anders und besser aus. Der erste Blick auf die Verschuldung der bayrischen Kommunen täuscht. Bei einfacherer Betrachtung der fundierten Schulden des Kernhaushaltes belegten die bayerischen Kommunen mit 1.115 Euro je Einwohner Ende 2007 im Länderdurchschnitt nur einen Platz im Mittelfeld. Die Höhe der Schulden in den Kommunen der Länder Brandenburg oder Baden-Württemberg belegten hier mit 643 bzw. 562 Euro je Einwohner deutlich bessere Werte. Unter Einschluss weiterer Schuldenarten wandelt sich jedoch das Bild. Kassenkredite, die gemeinlich als Krisenphänomen im Kontext der Gemeindefinanzen gelten, spielen in den bayrischen Kommunen keine Rolle. Daneben bilden die bayrischen Kommunen zusammen mit den Kommunen in Schleswig-Holstein ein Duo, bei dem im Vergleich zu allen anderen Ländern das Niveau der Schulden im Kernhaushalt nicht durch die Schulden der Auslagerungen übertroffen wird.

Entschuldungswelle

Die Kommunen in Bayern weisen nur marginale Kassenkredite auf. Insofern entfällt hier in weiten Teilen der Entschuldungsdruk, der gegenwärtig noch auf anderen Ländern wie dem Saarland, Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen lastet. Auch der Verschuldungsanstieg der letzten Jahre ist nicht als Krisenphänomen zu werten: Dieser Zuwachs ist hier im Zusammenhang mit der Investitionstätigkeit zu sehen (+ 3,1 Prozent in 2006 gegenüber dem Vorjahr und noch einmal + 13,2 Prozent in 2007 gegenüber dem Vorjahr).

Die Investitionen wurden in den bayerischen Kommunen vor dem Hintergrund aktuell steigender Einnahmen noch einmal deutlich erhöht. Die Kreditaufnahme ist demnach als „normales“ Finanzierungsinstrument zu werten. Im Jahr 2007 konnten die bayerischen Kommunen ihr Vermögen schonen und sogar leicht mehren. Während die Kommunen aller anderen Länder im Durchschnitt erneut „Tafelsilber“ verkauft haben, ist der Saldo aus Vermögenszukäufen und Vermögensverkäufen in den bayerischen Kommunen mit 8 Euro je Einwohner sogar leicht negativ.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der bayerischen Kommunen hat in den letzten Jahren eine Investitionsfinanzierung über Kredite zugelassen. Jüngst erfolgte nun eine Entschuldungswelle. Zwischen den Jahren 2006 und 2007 konnten im Länderdurchschnitt die bayerischen Kommunen ihre Gesamtschulden mit 3,8 Prozent am deutlichsten reduzieren. In keinem anderen Land werden vergleichbare Werte erreicht. Daneben ist die Leistungsfähigkeit der bayerischen Kommunen ungebrochen. Beim kommunalen Jahresergebnis liegen die bayerischen Kommunen mit 179 Euro je Einwohner immerhin noch unter den Top 3 nach Baden-Württemberg und den hessischen Kommunen. Beim Anteil der Gesamtverschuldung am BIP im Jahr 2007 erzielten die bayerischen Kommunen gar den deutschlandweiten Spitzenwert mit einer Relation von nur 6,8 Prozent. Die Fähigkeit der bayerischen Kommunen zur Schuldentilgung ist demnach sehr hoch. **dhg.**

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser!

„Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen“ – dieses Zitat von Benjamin Franklin besitzt mehr denn je Gültigkeit. Das Thema Bildung ist derzeit in aller Munde. Auch ich möchte mich mit dieser Thematik auseinandersetzen, denn Bildung ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft und zugleich die beste Wirtschaftsförderung. Auf Landes- und Bundesebene wurde und wird viel über Bildungspolitik diskutiert. Aber auch wir auf regionaler Ebene sind gefordert, uns dieser wichtigen Thematik anzunehmen. Denkanstöße zu geben und vielleicht neue Wege einzuschlagen.



Geburt. Ich denke dabei beispielsweise an das Programm SAFE – Sichere Ausbildung für Eltern.

Ziel dieses Programms ist es, ein Netzwerk zu installieren, das auf die bestehenden Angebote im regionalen Bildungskonzept aufbaut. Ein wesentliches Merkmal dieses umfassenden Konzeptes besteht in der Forderung, einen Paradigmenwechsel in der Umsetzung von Erziehungs- und Bildungsarbeit herbeizuführen mit dem Ziel: Nicht auf die Schwächen, sondern auf die Stärken der Kinder und Jugendlichen das Augenmerk zu legen. Die schlummernden Potentiale müssen frühzeitig erkannt und gefördert werden. Wichtige Voraussetzungen, damit das regionale Bildungskonzept Früchte trägt, ist daher eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten im Bereich Bildung, Betreuung und Erziehung.

Darüber hinaus muss das Bewusstsein für „Lebenslanges Lernen“ geschärft werden. Denn das bekannte Sprichwort „Was Häschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ besitzt heutzutage keinerlei Gültigkeit mehr: Lernen hört nicht nach Schule, Berufsausbildung oder Studium auf.

Lebenslanges Lernen heißt das Schlüsselwort, wenn wir zukünftig auf dem Arbeitsmarkt mithalten möchten. Geradlinige berufliche Lebensläufe haben heutzutage eher Seltenheitswert. Der technische Fortschritt und die sich immer schneller verändernde Gesellschaft erfordern eine ständige Anpassung der persönlichen Qualifikation. Hier ist jeder Einzelne gefordert. Die Politik wiederum muss – um diesem Anpassungsprozess gerecht werden zu können – die notwendigen Rahmenbedingungen zur Ausbildung, Fort- und Weiterbildung schaffen. Dazu gehört auch die Familienfreundlichkeit als Standortfaktor: Denn Kommunen, die für Familien attraktiv sind, sind auch für Unternehmen interessant. Das regionale Bildungskonzept ist deshalb auch ein Teilaspekt für einen familienfreundlichen Landkreis und damit hat der Landkreis Mühldorf nun einen neuen Weg eingeschlagen. Ich bin mir sicher, dass dieser – um auf das eingangs erwähnte Zitat zurückzukommen – Zinsen bringt. **Ihr Georg Huber**

Lebenslanges Lernen ist gefordert

Denn der Bildungsstandard in den Regionen ist unter anderem ein Indikator für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Hier ist auch die Kommunalpolitik gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu entwickeln bzw. da und dort auch neu zu schaffen.

Uns muss es gemeinsam gelingen, die hohe Zahl junger Menschen ohne abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung durch optimale Bildungs-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten abzubauen, um so dem zunehmenden Fachkräftemangel in Handwerk und Mittelstand entgegenzuwirken.

Wir im Landkreis Mühldorf a. Inn versuchen deshalb, ein regionales Bildungskonzept zu erarbeiten. Auf der Basis dieses Konzepts soll die Betreuung, Erziehung und Bildung im Landkreis gemeinsam gestaltet werden. Es reicht nicht aus, Jugendliche nach der Schule in Qualifizierungsmaßnahmen zu stecken, um sie fit für das Berufsleben zu machen. Vielmehr muss es gelingen, die Kinder frühzeitig zu erreichen. Nicht erst in der Schule oder im Kindergarten sollen die geplanten Maßnahmen greifen, sondern – wir gehen sogar so weit – bereits vor der

Nähe zu den Menschen wahren ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sen“ für das Wahldebakel verantwortlich. So habe die CSU die Gesundheitsreform „voll ausbaden“ müssen. Auch nicht endenwollende parteiinterne Diskussionen sowie der lange Übergang von der alten Parteispitze (Stoiber) zur neuen Doppelspitze Huber-Beckstein hätten ihren unseligen Beitrag geleistet. Weitere KPV-Mitglieder monierten Fehlentscheidungen u. a. bei den Themen G8, Büchergeld, Pendlerspauschale, BayernLB, Rauchverbot und Verwaltungsreform. Auch aus den angekündigten Initiativen für den ländlichen Raum habe sich wenig Brauchbares entwickelt.

Profil zeigen

Nunmehr gelte es, sich persönlich richtig aufzustellen und mit eindeutigem Profil durchzustarten. Der CSU-Slogan „Näher am Menschen“ müsse wieder gelebt werden. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU sieht sich als Interessensvertreterin der Bürger in den Kommunen und als Bewahrerin der kommunalen Selbstverwaltung. Kommunalpolitik ist ein Stabilisator in der Gesamtpartei. Aus dieser Verantwortung heraus hat sie nunmehr Kernforderungen an die neue CSU-geführte Bayerische Staatsregierung für die Legislaturperiode 2008 bis 2013 gestellt.

1. Schule:

Die KPV ist wie die Mehrheit der bayerischen Lehrkräfte und Eltern für eine Beibehaltung des gegliederten Schulsystems in Bayern und damit für individuelle Förderung statt Einheitsbrei für die bayerischen Kinder. Nicht zu-

letzt die Ergebnisse aller Bildungstests in Deutschland und die neben Baden-Württemberg geringste Jugendarbeitslosigkeit sprechen für das bestehende Schulsystem. Es soll daher optimal weiterentwickelt werden, das gilt z. B. für den landesweiten dem Bedarf der Familien gerechten Ausbau der Ganztagschulen genauso wie für die qualitative Aufwertung der Hauptschulen.

2. Kommunale Daseinsvorsorge:

Die kommunale Daseinsvorsorge muss als Kernbestand des Selbstverwaltungsrechts erhalten bleiben. Es gilt daher Tendenzen der Europäischen Kommission, die Daseinsvorsorge dem Wettbewerb zu öffnen, entgegenzutreten. So müssen beispielsweise die Trinkwasserversorgung sowie die Abwasser- und Abfallbeseitigung im Entscheidungsbereich der Kommunen bleiben. Auch die Krankenversorgung muss wohnortnah und soweit gewünscht in kommunaler Hand gewährleistet sein.

3. Zukunft der Sparkassen:

Die Sparkassen sind auch ein wichtiger und sicherer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken genießen sie das Vertrauen der Bürger und stellen sicher, dass flächendeckend in ganz Bayern alle Bevölkerungskreise und insbesondere auch mittelständische Unternehmen und Betriebe mit Finanzdienstleistungen versorgt werden. Ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform hat sich bewährt, deshalb besteht kein Anlass für eine Privatisierung. Um wettbewerbsfähig zu

bleiben, steht die KPV für eine sinnvolle Modernisierung der Sparkassen.

4. Klimaschutz:

Die KPV fordert größere staatliche Anreize in Form von Förderprogrammen, um den Einsatz und die technische Weiterentwicklung von alternativen Energien voranzutreiben. Zum aktiven Klimaschutz gehört auch die systematische und flächendeckende Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands.

5. Finanzausgleich:

Der kommunale Finanzausgleich, der seit jeher finanzielle Leistungen für die Kommunen bereitstellt, ist in Bayern deutlich größer als in anderen Bundesländern. Gerade in den letzten Jahren wurde deutlich, dass die Staatsregierung ein fairer Partner ist, der die Kommunen finanziell nicht im Regen stehen lässt. Dies muss auch in Zukunft gewährleistet sein, damit die Kommunen nicht nur ihre Pflichtaufgaben erfüllen können, sondern auch Handlungsspielraum für Investitionen und Innovationen haben. Weiteres Augenmerk soll auf die Punkte Werteorientierung und generationenübergreifende Familienfreundlichkeit gelegt werden.

Darüber hinaus verliehen die CSU-Kommunalpolitiker ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Partei in den Fragen gegliedertes Schulsystem, generationenübergreifende Familienfreundlichkeit, kommunale Daseinsvorsorge und Subsidiarität ihrer bisherigen Linie treu bleibt. Für die bayerische Politik müsse das christliche Menschenbild maßgeblich bleiben. **DK**

Den Wählerauftrag ...

(Fortsetzung von Seite 1)
hen, fuhr Brandl fort. Nur wünsche sich der ländliche Raum von dieser positiven Entwicklung ein größeres Stück des Kuchens zu bekommen. Als Beispiel für die in seinen Augen schlechte Politik der vergangenen Zeit nannte Brandl die Pendlerpauschale. Durch deren Wegfall würden die Menschen geradezu gezwungen, in größere Städte zu ziehen. Es gehe aber nicht, in Berlin für etwas zu stimmen und es dann von München aus zu bekämpfen. Zudem sei eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen nicht das Non plus ultra, auch Arbeitsplätze in der Oberpfalz seien wichtig. Mit Blick auf die FDP sprach sich der Präsident eindeutig gegen eine sechsstufige Grundschule aus. Viel wichtiger wäre es, Schüler individuell zu fördern. „Hier die richtigen Weichen zu stellen, ist ein unübersehbarer Wählerauftrag. Wir werden uns darum kümmern, dass in den kommenden fünf Jahren weniger Züge auf ein Abstellgleis geschoben werden“, machte Brandl deutlich.

Gerade vor dem Hintergrund

der aktuellen Finanzmarktkrise und des drohenden Wirtschaftswendungs rief der Verbandschef die künftige Koalitionsregierung dazu auf, die kommunale Selbstverwaltung nachhaltig zu stärken. Dazu gehöre zwingend ein fairer Finanzausgleich, der den Gemeinden sowohl die Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben als auch einen ausreichenden Finanzspielraum für freiwillige Leistungen sichert. „Und natürlich muss die Gewerbesteuer als eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen unangestastet bleiben“, meinte Brandl.

Warnung vor Privatisierungseuphorie

Der Gemeindetagspräsident wies darauf hin, dass die Kommunen im Wahlprogramm der FDP zur Landtagswahl mit keinem Wort erwähnt werden. „Wir fordern, dass in einer potenziellen CSU/FDP-Staatsregierung keine Privatisierungseuphorie Einzug hält, die den Bürgern schaden würde. Die Leistungen der Daseinsvorsorge wie Trink-

wasserversorgung und Abwasserbeseitigung müssen in kommunaler Hand bleiben. Und auch in der Bildungspolitik fordern die Gemeinden und Städte, als gleichberechtigte Partner in alle Überlegungen der Staatsregierung einbezogen zu werden.“

Flexible Lösungen vor Ort

Brandl plädierte hier für flexiblere Lösungen vor Ort: „Wir wollen wohnortnahe Schulen erhalten. Dies gilt vor allem für die Grundschulen im ganzen Land. Und wir brauchen Ganztags Hauptschulen, die eine stärkere Berufsorientierung vermitteln. Nur so kann die Zahl der Hauptschulabgänger ohne Abschluss deutlich reduziert werden.“ Und weiter: „Wir wollen jetzt ein faires Angebot des Staates zur Finanzierung des Ausbaus der Ganztagschulen. Die Gemeinden werden im Rahmen ihrer organisatorischen Möglichkeiten finden, damit die örtlichen Schulstrukturen erhalten bleiben. Das muss der Freistaat honorieren. Denn ein steht fest: Ohne Kindergärten und ohne Schulen sterben über kurz oder lang unsere Gemeinden!“

Brandl kündigte an, mit allen im Landtag vertretenen Parteien Gespräche aufzunehmen. Es gehe darum, die Weichen richtig zu stellen, damit die Gemeinden, Märkte und Städte in Bayern durch die sich abzeichnende Rezession in Deutschland hindurch kommen. Die Kommunen müssten davor bewahrt werden, Einschränkungen wie zu Zeiten der

kreise den Bürgern die wichtigsten Güter und Leistungen zur Verfügung stellen - z. B. öffentliche Einrichtungen für Verkehrs- und Beförderungswesen, Krankenhäuser, Sparkassen, Abfallentsorgung usw. - ist von den Einmischungen Europas und der Privatwirtschaft frei zu halten“, bemerkte Zellner. Es gehe nicht an, dass die Privatwirtschaft einzelne Aufgaben übernimmt und durch „Rosinenpickerei“ gut funktionierende Strukturen auf Kosten der Allgemeinheit und der Solidargemeinschaft zerstört. Die Abfallentsorgung und der ÖPNV im ländlichen Raum dürfe nicht zum Spielball des europäischen Marktes werden. Insbesondere wollen die Landkreise auch die Funktion des sog. einheitlichen Ansprechpartners übernehmen und für ihre Bürger vor Ort die Wirtschaftspolitik aktiv gestalten. „Die Daseinsvorsorge ist eine der tragenden Säulen der kommunalen Selbstverwaltung, an der auch in Zukunft nicht gerüttelt werden darf“, so der Präsident.

Weiterentwicklung von Hartz IV

Last but not least forderten die Landräte die Weiterentwicklung von Hartz IV nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil. Mit der Entscheidung vom Dezember vergangenen Jahres seien die Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) zwischen Bundesarbeitsverwaltung und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten zur verfassungswidrigen Mischverwaltung erklärt worden. „Das von der Bundesregierung den Arbeits- und Sozialministern der Länder vorgeschlagene Nachfolgemodell der ARGEN mit Namen ‚Zentrum für Arbeit und Grundversicherung (ZAG)‘ lehnen wir ab. Wir Landkreise kennen unsere Stärken und lassen uns nicht von einer schwerfälligen, unflexiblen Bundesverwaltung behindern und beaufsichtigen“, machte Zellner deutlich. Der Bayerische Landkreistag fordert daher die Verstärkung und zahlenmäßige Erweiterung des Optionsmodells, nach dem die Kommunen für den gesamten Aufgabenbereich des SGB II zuständig sein sollen. **DK**

kommunalen Finanzkrise im Jahr 2003 hinnehmen zu müssen.

„Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen“, hob Kommunalminister Joachim Herrmann hervor. Er plädierte dafür, die kommunale Selbstverwaltung auszubauen. So werde sich die neue Regierung mit der Frage zu beschäftigen, welche Staatsaufgaben „innerhalb der bestehenden Strukturen“ an die Kommunen oder Landkreise delegiert werden können. Den ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Kommunen dankte Herrmann für deren aufopferungsvolle Tätigkeit. Für kommunale Wahlbeamte kündigte er eine Aufhebung der bisherigen Altersgrenze samt Neuregelung der Ruhestandsbezüge an.

Konnexitätsprinzip

Herrmann sprach sich darüber hinaus dafür aus, das Konnexitätsprinzip und die kommunale Daseinsvorsorge zu wahren. Auch gelte es, die kommunalen Sparkassen zu erhalten sowie die solide medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu sichern. Die duale Krankenhausfinanzierung dürfe nicht in Frage gestellt werden. Zudem sei die Betreuungssituation in den Grundschulen verbesserungswürdig.

Kirche in Partnerschaft mit den Kommunen

Mit ihrem klaren und unverwechselbaren religiösen Profil und ihrer Bereitschaft, das kulturelle und soziale Leben mitzugestalten, bleibe die Kirche auch in Zukunft ein wichtiger und interessanter Partner der Kommunen in Stadt und Land, stellte der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, fest. Wo immer dies nur möglich sei, wolle die Kirche in guter Part-

nerschaft mit den Kommunen soziale Verantwortung übernehmen. Beide seien, wenn auch in unterschiedlicher Weise, in ihrem Dienst den gleichen Menschen verpflichtet.

Die Differenz zwischen Kirche und Gesellschaft sei größer geworden. Dennoch bleibe es notwendig, kulturelle Gemeinsamkeiten, Inhalte, Werte und Traditionen festzuhalten und weiterzuentwickeln, die sie dem Christentum verdankten. Offen für das Neue und für andere Kulturen zu sein, bedeute nicht, die eigene Identität „einzunivellieren“, so der Erzbischof.

Vor den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aus ganz Bayern warb Marx um Verständnis dafür, dass kirchliche Einrichtungen wie Kindergärten, Beratungsstellen, Schulen oder Seniorenheime keine „Allerweltseinrichtungen“ seien, sondern „profiliert“ geführt würden. „Wir sind offen für alle, aber wir verzichten nicht auf unser Profil“, sagte Marx. Die Kirche strebe aber für diese Einrichtungen auch keine Monopolstellung an.

Kommunalpreis für Glück

Erst zum zweiten Mal nach 2003 verlieh der Bayerische Gemeindetag den Kommunalpreis. Damit würdigt der Spitzenverband die Verdienste außergewöhnlicher Persönlichkeiten um die kommunale Selbstverwaltung. Während vor fünf Jahren Bundespräsident a. D. Roman Herzog geehrt wurde, konnte heuer der bisherige Landtagspräsident Alois Glück die undotierte Auszeichnung in Form einer „Tetra-Drachme“ entgegen nehmen. Uwe Brandl würdigte die Verdienste Glücks um die bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden wie folgt: „Alois Glück hat sich in seinem gesamt-

politischen Leben stets für die Belange der örtlichen Ebene eingesetzt und die Heimatgemeinde als den Ort bezeichnet, an dem die Menschen Politik am nächsten begreifen und erleben. Seine beiden politischen Hauptbetätigungsfelder, die Umwelt- und die Sozialpolitik, wurden durch ihn stark in der Kommunalpolitik verankert. So sprach er als einer der ersten von einer nachhaltigen Entwicklung der Heimat. In den Agenda 21-Prozessen auf Kommunalebene wurde und wird dieser Gedanke heute noch in vielfältiger Weise gelebt.“

Der Verbandschef wies darauf hin, dass Alois Glück stets das Attribut eines Vordenkers zukam. Sein Motto laute: „Wie können wir das Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger in der Zukunft angesichts der unaufhaltsamen Globalisierung des Lebens auf eine sozialverträgliche Grundlage stellen, in der Chancengerechtigkeit für alle besteht?“ Brandl betonte, dass Alois Glück mit seinem Ruf nach einer aktiven Bürgergesellschaft bereits früh einen Stein ins Wasser geworfen habe, der noch heute zu einem Leitbild in den Gemeinden geworden sei. „Verantwortung für andere und sich selbst übernehmen, so lautet eine seiner Maximen. Die lokale Ebene trägt nach seiner Vorstellung Mitverantwortung an der Umsetzung eines humanen, auf der christlichen Soziallehre aufbauenden Miteinanders vor Ort. Alois Glück ist ein geschätztes und viel beachtetes Vorbild für die kommunale Familie in Bayern. Bei den zahlreichen Veranstaltungen des Bayerischen Gemeindetags hat er mit seinen Ansprüchen und Diskussionsbeiträgen zukunftsweisende Akzente gesetzt. Die bayerischen Rathauschefs danken ihm dafür mit großer Hochachtung.“ **DK**

Impulse und Appelle ...

(Fortsetzung von Seite 1)
der Schlüsselzuweisungen ein. Um die Schulgebäude renovieren zu können und dabei gerade bei Generalanierungen die gestiegenen energetischen Anforderungen entsprechend dem Klimaschutzbündnis zu erfüllen, wird eine Aufstockung der Hochbaufördermittel um 100 Mio. Euro gefordert. Der kommunale Anteil am Kraftfahrzeugsteuer-verbund müsse von 50 auf 65 Prozent steigen. Die Mehreinnahmen sollten vor allem in den Straßenbau, den Unterhalt von Verkehrswegen und das regionale Bus- und Bahnnetz fließen.

Fördermittel für Krankenhausinvestitionen

Um die medizinische Versorgung der Bevölkerung in der Region zu sichern, sprachen sich die Landräte dafür aus, auch die Fördermittel für Krankenhausinvestitionen deutlich auf 613 Mio. Euro aufzustocken. Der Bund wurde aufgerufen, ohne Vorbedingungen kurzfristige Maßnahmen zu ergreifen, um den Krankenhäusern eine vollständige Refinanzierung der Personalkostensteigerungen durch die Tarifabschlüsse zu ermöglichen. Das Entgeltssystem im Krankenhaus sei so umzugestalten, dass die Vergütung der Grundversorgungsleistungen sowie der Notfallmedizin verbessert werden. Auch müsse für eine höhere Vergütung der ambulanten Leistungen gesorgt werden.

Gleichzeitig müsse für die Sanierung der Häuser der Spitzenversorgung ein Sonderprogramm aufgelegt und mit einer entsprechenden mittelfristigen Planung verbunden werden. Darüber hinaus dürfe die Teilförderung nicht als Vorbedingung für die Aufnahme in das Krankenhausbauprogramm instrumentalisiert werden. Bei der Mitbenutzung von Anlagegütern und der Bestimmung ihrer Nutzungsdauer müsse die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser allgemein, insbesondere aber die Alleinstellung vieler Häuser in ländlichen Regionen stärker Berücksichtigung finden.

Konsolidierung

In der Schulpolitik sprechen sich die Landkreise als Schulaufwandsträger für eine enge Beteiligung und Abstimmung mit der neuen Staatsregierung aus, am besten in einem Bildungsgipfel. Bei aller politischen Aufgeregtheit hegen die bayerischen Landräte den Wunsch, dass nach

grundlegenden Schulreformen wie R 6 und G 8 den Schulen jetzt Zeit zur Konsolidierung bleibt. Daher solle grundsätzlich am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten werden, wobei Modellversuche wie die jetzt angeordnete Regionalschule nicht ausgeschlossen seien.

Zu viele Modelle

Um auch künftig wohnortnahe Schulen im ländlichen Raum zu erhalten, müssten kleinere Klassen möglich sein. Einen Ausbaubedarf sehen die Landräte bei der Betreuung von Schulkindern und bei Ganztagschulen. Zellner kritisierte den Umstand, dass zu viele Modelle mit verschiedenen Qualitätsstandards existierten. Die neue Staatsregierung müsse hier ein einheitliches Ganztagsmodell vorlegen. Die Personalkosten lägen beim Freistaat. Die Erhebung von Elternbeiträgen werde abgelehnt, soziale Ungerechtigkeiten und ein großer Verwaltungsaufwand sprächen gegen die Elternbeteiligung. Für die aufwändigere Schülerbeförderung bei der Ganztagschule benötigten die Landkreise höhere Zuschüsse. „Kein Hauptschüler ohne Abschluss!“ war ebenso eine Forderung des Präsidenten. Hier müssten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden (z. B. Förderklassen an Berufsschulen), um soziale Verwerfungen und hohe Nachfolgekosten zu verhindern.

Verwaltungsreform

Als Hauptaufgabe für die neue Legislaturperiode sehen die Landkreisvertreter vor allem eine neue Verwaltungsreform: „Die Verwaltungsreform, die uns schon 2003 versprochen wurde, war weniger als halbherzig. Wir hätten gerne darauf verzichtet. Nun bietet sich die Gelegenheit, die Fehler der letzten Jahre zu beheben“, so Theo Zellner. Die bayerischen Landkreise setzen sich für eine moderne und schlanke Verwaltung, einfachere und schnellere Verwaltungsverfahren sowie Konzentration der Zuständigkeiten ein. Hierzu der Präsident: „Zur Stärkung der Kreisverwaltungen und für einen ortsnahe schnellen Vollzug sind Verwaltungsaufgaben der Sonderbehörden in die Landratsämter einzugliedern.“

„Daseinsvorsorge geht vor Wettbewerb und Macht“ lautete eine weitere Kernaussage der bayerischen Landräte. „Die Daseinsvorsorge, mit der die Land-

Rückkehr zu den Sachthemen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Kinderförderungsgesetz verabschiedet: Der Bund unterstützt die Investitionskosten für den Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 mit vier Milliarden Euro; insgesamt wird bundesweit mit Ausbaubudget von rund 12 Milliarden Euro gerechnet. Bis 2013 sollen in Bayern zusätzlich 60.000 Krippenplätze geschaffen werden; damit kann der Bedarf für knapp ein Drittel der Kinder unter drei Jahren gedeckt werden.

Betriebskosten

Der Bundeszuschuss zu den Investitionskosten in Bayern beträgt 340 Millionen Euro bis zum Jahr 2013; der Freistaat legt 100 bis 200 Millionen Euro drauf. „Dies bedeutet unter dem Strich für die Investitionskosten fast eine Verdreifachung gegenüber der Förderung in den Vorjahren“, bilanzierte der Vorsitzende. Nun aber stelle sich das Problem für die Betriebskosten, die jährlich anfallen - also für Personal, Miete, Heizung und Reinigung.

„Ein Drittel der Finanzierung für die Betriebskosten steht, aber zwei Drittel sind noch offen“, hob Schaidinger hervor. „Wir schlagen eine faire Aufteilung der Betriebskosten vor. Jeder muss seinen Anteil tragen: Bund, Freistaat und Kommunen sollten die Kosten dritteln. Was bei den Investitionskosten gelungen ist, sollte auch bei den Betriebskosten gelingen.“ Die bayerischen Kommunen wären bereit, von dem in Endausbau bis 2013 falligen rund 680 Millionen Euro an Betriebskosten ihren jährlichen Anteil von 226 Millionen Euro zu tragen, falls auch der Freistaat seinen Anteil in gleicher Höhe schultert. „Der Bund zahlt bislang nicht ausreichend und will derzeit nur 120 Millionen Euro tragen. Der Freistaat hat sich zwar bei den Investitionskosten großzügig gezeigt, aber bei den Betriebsko-

sten bisher ganz bedeckt gehalten. So kann es nicht laufen“, kritisierte der Städtetagschef.

Ab August 2013 soll ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder zwischen zwei und drei Jahren gelten. „Wenn die Bundespolitik ehrgeizige Ziele steckt, brauchen die Kommunen Unterstützung, um diese Ziele umsetzen zu können“, stellte der Schaidinger fest. „Wir müssen uns klar sein: Mehr Betreuungsangebote sind nicht zum Nulltarif zu haben. Wenn die Kommunen Betreuungsplätze schaffen sollen, müssen die Länder den Kommunen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.“

Verfassungsänderung

Mit Blick auf Hartz IV warb der Vorsitzende für eine „pragmatische Lösung“, die nicht an Details scheitern dürfe. Der Bayerische Städtetag hatte bereits im Sommer eine Verfassungsänderung gefordert. Nun sollen nach der Einigung des Bundesarbeitsministers mit seinen 16 Länderkollegen die Arbeitsgemeinschaften verfassungsfest gemacht werden. „Das ist der unkomplizierteste Weg“, so Schaidinger.

Arbeitsgemeinschaften nicht an die Wand fahren

Falls keine Einigung zu Stande käme, müssten die derzeitigen Arbeitsgemeinschaften von Bund und Kommunen zum 31. Dezember 2010 aufgelöst werden. Dann müssten die Kommunen ihr Personal aus den Arbeitsgemeinschaften abziehen; das Personal der Bundesagentur hätte die Arbeit für die Beratung und die Bearbeitung der Anträge alleine zu bewältigen.

„Wir dürfen die Arbeitsgemeinschaften, die ja gut funktionieren, nicht an die Wand fahren lassen. Wenn eine Organisation

funktioniert, soll man nicht die Organisation, sondern das Gesetz ändern. Schaidinger appellierte an den Bayerischen und den Deutschen Landkreistag nicht auf Zeit zu spielen „da es um das Schicksal vieler tausender Betroffener geht.“

Der Landkreistag wirbt für eine Ausweitung der Optionsmöglichkeit. Derzeit optieren bundesweit 69 Städte und Landkreise, davon liegen vier in Bayern: die kreisfreien Städte Erlangen und Schweinfurt sowie die Landkreise Miesbach und Würzburg.

Im Grunde könne die zusammengelegte Arbeitslosen- und Sozialhilfe so weiterlaufen wie bisher. Schaidinger: „Die Verfassungsänderung bewahrt uns davor, etwas Funktionierendes völlig umzukrempeln.“ Ohne Verfassungsänderung müsste zerlegt werden, was vor vier Jahren unter großem Kraftaufwand mit den Arbeitsgemeinschaften zwischen kommunalen Sozialverwaltungen und Bundesagentur geschaffen wurde: „Wenn wir die Verfassung nicht ändern würden, müssten Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger von einem Amt zum nächsten laufen“, stellte der Vorsitzende fest und ergänzte: „Damit würden wir all das zerstören, was wir eigentlich schaffen wollen, nämlich Hilfe aus einer Hand. Das war Konsens und bleibt der richtige Weg.“

Als Alternative bliebe nur die getrennte Trägerschaft. Wenn zwei Behörden gleichartige Sozialleistungen vollziehen müssten, wäre dies nach Ansicht des Bayerischen Städtetags weder effizient für die Verwaltung noch bürgerfreundlich. Jeder Träger hätte dann - zwar unter einem Dach, aber letztlich für sich eigenständig Anträge, Unterhaltungsstellen, Widerspruchsverfahren, Klageverfahren, Strafanzeigen oder Ordnungswidrigkeiten zu bearbeiten. **DK**

www.lfa.de



NEU!

| **Infrakredit Kommunal** |

Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir ab sofort für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Eine neue Finanzierungsmöglichkeit für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Verkehrsinfrastruktur, die mit stark zinsverbilligten Konditionen auf Ihr Interesse stoßen wird. Besuchen Sie unsere Internetseite www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-24 84. Wir sind für Sie da.


LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

Informationstechnologie | Finanzen | Consulting

Fachmesse

Public

Sector

Kooperationspartner:



BAYERISCHER STÄDTETAG
Verband der zentralen Orte Bayerns

Infos: www.komcom.de

28. – 29. Oktober 2008

Messe Augsburg | Schwabenhalle

- Dokumentenmanagement
- EU-Dienstleistungsrichtlinie
- eVergabe, eProcurement
- Facility Management
- Finanzen
- Geoinformatik | GIS
- IT-Security
- Neues Kommunales Finanzwesen
- Kommunale Daseinsvorsorge
- Kommunale Internetportale
- Personalwesen
- Regionale Entwicklung
- Stadt- und Raumplanung
- Virtualisierung
- und vieles mehr ...

Bund der Steuerzahler in Bayern legte Schwarzbuch vor:

„Spitze des Eisbergs“ öffentlicher Verschwendung

Traditionsgemäß hat der Bund der Steuerzahler in Bayern (BdSt) das Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“, das jährlich herausgegeben wird, in München vorgestellt. Insgesamt werden im diesjährigen Schwarzbuch 119 gravierende oder repräsentative bundesweite Fälle dokumentiert, wovon 13 aus Bayern stammen.

Wie der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf von Hohenhau, betonte, beweise auch das Schwarzbuch 2008, dass Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit häufig nicht beachtet werden. Die Publikation sei deshalb auch als Mahnung an diejenigen zu verstehen, die über die Verschwendung von Steuergeldern entscheiden. Erneut forderte von Hohenhau dazu auf, die Verschwender von Steuergeldern mindestens genauso zu bestrafen wie Steuerhinterzieher.

Fehlplanungen, Kostenexplosionen und risikoreiche Spekulationsgeschäfte: Bereits im Schwarzbuch 2006 berichtete der Bund der Steuerzahler zum Beispiel über die viel zu hohen Investitions- und Folgekosten für das Rock'n Popmuseum in Gronau. Wie vorhergesehen, bleibt es ein Fass ohne Boden: Im Haushalt 2008 ist für das Rock'n Popmuseum ein Betriebskostenzuschuss aus der Stadtkasse von knapp 940.000 Euro vorgesehen. Auch in den nächsten Jahren sind jeweils rund 900.000 Euro Subventionen für das Museum geplant. Zwar sollen die Zuschüsse aus der Stadtkasse leicht sinken, doch in die Tasche greifen muss immer noch der Steuerzahler. Ob Rock'n Popfreund oder nicht.

Spekulationsgeschäfte

Auch in Unterfranken prangert der Bund der Steuerzahler Themen an. Bei Spekulationsgeschäften der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs GmbH (WVV) beispielsweise hat das Unternehmen rund 2,6 Millionen Euro durch hochspekulative und entsprechend riskante Wetten auf Zinsentwicklungen verloren. Mittlerweile hat die WVV, ein Tochterunternehmen der Stadt, gegen die eigene Bank geklagt, weil sie angeblich nicht über die Risiken aufgeklärt wurde. Der Prozess geht in die 2. Instanz. Dann wird sich entscheiden, ob das Geld verloren ist und die Würzburger Steuerzahler auf den Spielschulden der WVV sitzen bleiben.

Kritisch bewertet der Bund der Steuerzahler auch die Pläne der Stadt Augsburg hinsichtlich des Neubaus des Königsplatzes mit zweistöckiger Untertunnelung des Hauptbahnhofs für rund 210 Mio. Euro, wovon die Stadt Augsburg von einer eigenen Kostenlast von rund 60 Mio. Euro ausgeht. Er sieht dabei gewaltige finanzielle Risiken auf die Stadt Augsburg zukommen, die die volle Finanzierungslast für die die Zuschüsse überschreitenden Baukosten und für sämtliche Folgekosten zu tragen hat. Auf welch ein finanzielles Abenteuer sich die Stadt Augsburg blauäugig einlassen wird, sieht man bereits bei der „Komplementärfinanzierung von zehn Fahrtreppen von der Verteilerebene zur DB-Bahnsteigebene“. Obwohl eine einzelne Rolltreppe „lediglich“ 357.000 Euro kostet, will die Stadt Augsburg gleichsam im Vorgriff für die Erneuerung der Treppen in ca. 15 Jahren pro Einzelstreppe weitere 490.296 Euro bezahlen. Doch damit nicht genug. Für den in den nächsten Jahren entstehenden Unterhalt der Treppen will Augsburg weitere 309.250 Euro übernehmen. Insgesamt wird also eine einzelne Fahrtreppe der Stadt Augsburg mit rund 1,156 Mio. Euro zu ste-

hen kommen. Für zehn Rolltreppen bedeutet dies eine Kostenlast von rund 11,56 Mio. Euro.

Müssen Bauvorhaben der öffentlichen Hand mit Kostensteigerungen verbunden sein? Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls beim Ausbau der Fußgängerunterführung am Traunsteiner Bahnhof. Dabei steht die Erforderlichkeit des Ausbaus der vor mehr als 50 Jahren errichteten Personenerführung, die jetzt um 36,5 Meter verlängert wird, außer Frage.

Kostenexplosion

Neben neuen Aufgängen werden zwei Aufzüge eingebaut, um für die Passanten und Reisenden eine Barrierefreiheit zu schaffen. Während man im Herbst 2007 noch von Kosten in Höhe von rd. 800.000 Euro für diesen Unterführungsausbau ausgegangen ist, ist man im Frühjahr 2008 nach der Fortführung der technischen Planung und dem Ergebnis der Ausschreibung bei einer massiven Kostenmehrung angelangt. Die Tiefbauarbeiten erfordern 230.000 Euro und die Überdachung 40.000 Euro an Mehrkosten. Die Konzeption der Aufzüge führte zu einer weiteren Kostensteigerung von 290.000 Euro.

Statt zwei „normal große“ Aufzüge werden auf Anraten der Bahn AG und der Zuschussbehörde größere Aufzüge installiert, die auch den Transport von Rädern und Tragen ermöglichen. Auch verglaste Aufzugskabinen und Aufzugsschächte zur Vermeidung von Vandalismus und Angstträumen verteuern das Projekt. Insgesamt wird also der Ausbau der Personenerführung auf rund 1,4 Mio. Euro zu stehen kommen - eine Kostenexplosion von satten 75 Prozent. Wenn auch für die Baumaßnahme öffentliche Zuschüsse fließen, der Landkreis Traunstein wegen der Schülerströme sich mit 150.000 Euro an dem Projekt beteiligt und eine „kleinere“ finanzielle Beteiligung der Bahn AG erwartet wird, wird der teure Unterführungsausbau den Traunsteiner Stadtsäckel belasten.

Glasmuseum

Für die Verantwortlichen des Bundes der Steuerzahler ereignete sich in der rund 2900 Einwohner zählenden Gemeinde Frauenau im Bayerischen Wald eine Kostenexplosion beim Neubau des Glasmuseums, die hätte vermieden werden können. Am Anfang stand sicher der gute Wille, beim Neubau des seit 1975 bestehenden Glasmuseums wegen der angespannten Haushaltslage und einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 3.000 Euro eine Kostenüberschreitung zu vermeiden. Doch dann erlebten die Einwohner ihr „blaues Wunder“ in Form einer Steigerung der Gesamtkosten des Museumsbaus von zunächst 6,9 Millionen Euro auf immerhin 8,3 Millionen Euro. Zurückzuführen war die Kostenexplosion u. a. auf einen Planerwechsel im Anfangsstadium, auf Umplanungen, Massenmehrungen bei den Baumeisterarbeiten sowie einige weitere „Überraschungen“, die der Baufortschritt mit sich brachte. Dazu gehörte auch eine erhebliche Budgetüberschreitung bei Inneneinrichtung und Ausstattung des Museums. Trotz großzügiger öffentlicher Fördermittel sowohl des Freistaates Bayern in Höhe von 3,3

Millionen Euro als auch der EU in Höhe von drei Millionen Euro, die wohl entscheidende Anreize für den Bau des Museums waren, bleibt die finanzschwache Gemeinde Frauenau auf Mehrkosten in Millionenhöhe sitzen. Hinzu kommen die nicht durch Eintrittsgelder gedeckten Betriebskosten des Glasmuseums von jährlich rund 65.000 Euro. Der Bund der Steuerzahler rügte die insgesamt dilettantische Finanzplanung des Museumsneubaus. Es sei zudem versäumt worden, rechtzeitig eine Projektsteuerung einzuschalten, die in der Lage gewesen wäre, die Kostenexplosion zu vermeiden. Die rund 20-prozentige Kostenmehrung trage, so der Verband, nicht dazu bei, das Vertrauen der Bürger und Steuerzahler in die öffentliche Hand als Auftrag- und Zuschussgeber zu stärken.

Skisprungszchanze

Sanierung oder Neubau der alten Skisprungszchanze von 1951, der sog. Alten Dame? Diese sicherlich nicht einfache Frage hatte der Markt Garmisch-Partenkirchen zu lösen. Eine Sanierung der Sprungszchanze für rund 4 bis 5,5 Mio. Euro hätte eine Verlängerung der Homologierung, d. h. der offiziellen Abnahme durch die FIS, den internationalen Skiverband, für maximal fünf Jahre gebracht und sehr weitreichende Umbauten erfordert. Man favorisierte daher einen Neubau der Olympia-Sprungszchanze. Ein beauftragtes Projektsteuerungsbüro nannte dem Markt Garmisch-Partenkirchen nach Durchführung eines Realisierungswettbewerbs und aufgrund einer Kostenschätzung eine Bausumme von rund 10 Mio. Euro für das Neubauprojekt. Daraufhin wurden im Oktober 2006 der Abriss der „Alten Dame“ und die Errichtung der neuen „K125 Olympia-Skisprungszchanze“ aufgrund des Wettbewerbsergebnisses beschlossen.

Mit dem Schanzenneubau wird Garmisch-Partenkirchen wieder viele Jahre international bestehen können. Im Frühjahr 2007 wurden die Baukosten schon mit mehr als 12 Mio. Euro beziffert. Diese Kostensteigerung wurde u. a. auf die Einarbeitung diverser Gutachten und der exakteren Planungsgrundlagen zurückgeführt. Da der Stahlbau, der ursprünglich mit rund 3,5 Mio. Euro budgetiert war, selbst nach intensiven Vergabegesprächen für nur rund 5,5 Mio. Euro vergeben werden konnte, stiegen trotz intensiver Einsparbemühungen die Gesamtkosten für den Schanzenneubau auf rund 14,5 Mio. Euro. Auch wenn die neue „K125“ durch Mittel der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern gefördert wird und sich nach Auffassung des Marktes Garmisch-Partenkirchen die Gesamtkosten des Neubaus der Olympiaschanze im internationalen Vergleich messen lassen können, sind letztlich die Steuerzahler die Leidtragenden der Kostensteigerung.

Auch Greding im Landkreis Roth hat sich einen Platz im Schwarzbuch gesichert. Dem ehemaligen Bürgermeister wird vorgeworfen, sich von der Stadt gekaufte Gegenstände „in die eigene Tasche“ gesteckt zu haben. Nachdem der Bürgermeister eine Unschuldserklärung abgegeben und die Schuld anderen zugeschoben hatte, wurde die Beweislage so offensichtlich, dass der Mann zuerst einen Antrag auf ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst gestellt und sich dann beim Landgericht Nürnberg-Fürth angezeigt hat. □

Neue Studie der Commerzbank-Initiative:

Wirtschaft im Wertewandel

Ergebnisse für Bayern - Unternehmertum und Verantwortung im Mittelstand – Erschwerter Generationswechsel

Mehr als die Hälfte der Mittelständler in Deutschland meint, dass externe Bewerber nicht über ausreichend unternehmerische Tugenden verfügen, um die Verantwortung an der Firmenspitze zu übernehmen. Dies hat eine aktuelle Studie der Commerzbank-Initiative Unternehmerperspektiven mit dem Titel „Wirtschaft im Wertewandel - Unternehmertum und Verantwortung im Mittelstand“ ergeben. Unternehmerperspektiven ist die Mittelstandsinitiative des Zentralen Geschäftsfelds Corporate Banking der Commerzbank.

Die Auswertung für Bayern hat ergeben, dass für 45 Prozent der Unternehmen in den kommenden zehn Jahren ein Wechsel an der Führungsspitze ansteht. Dass dieser auch die Kultur und den Charakter des Unternehmens verändert, davon gehen 68 Prozent der familiengeführten und 65 Prozent der managementgeführten Unternehmen in Deutschland aus, so die Studie.

4000 befragte Unternehmen

Grundlage sind repräsentative Umfragen von TNS Infratest bei 4.000 mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Die Ergebnisse werden mit Wirtschaft, Verbänden, Politik und Wissenschaft diskutiert, um Verständnis füreinander zu schaffen und tragfähige Lösungsansätze für die Herausforderungen des Mittelstands zu entwickeln.

Klassische Familiengesellschaften machen die knappe Mehrheit der befragten 4.000 Unternehmen aus: Die Geschäftsführung liegt hier in der Hand des Inhabers oder einer Inhaberfamilie. Ein weiteres Fünftel sind eigentümergeführt, werden allerdings durch einen Kreis von Gesellschaftern gemanagt, die nicht

miteinander verwandt sind. Bei einem guten Viertel der Firmen ist das klassische Merkmal des Mittelstands nicht gegeben: Eigentum und Führung liegen hier nicht in einer Hand; das Unternehmen wird von angestellten Managern geleitet.

Ernstzunehmende Schwierigkeiten

„Die Schwierigkeiten, mit denen sich die Unternehmen auf der Suche nach potenziellen Nachfolgern konfrontiert sehen, müssen wir ernst nehmen“, erläutert Michael Bucker, Gebietsfilialleiter der Commerzbank in München. Allein 54 Prozent der befragten Mittelständler haben Bucker zufolge die Erfahrung machen müssen, dass geeignete Nachwuchskräfte größere Unternehmen bevorzugen. 63 Prozent der Unternehmer sind der Meinung, dass externe Bewerber nicht über die notwendigen unternehmerischen Tugenden verfügen. 42 Prozent gaben darüber hinaus an, dass Familienmitglieder häufig nicht in die unternehmerische Verantwortung gehen wollen. Sind dann externe Bewerber ganz konkret für die Nachfolge im Gespräch, genü-

gen sie aber nicht immer den mittelständischen Anforderungen. Trotzdem kommt eine Betriebsveräußerung nur selten in Frage. Verkaufsstrategien werden offenbar erst dann in Erwägung gezogen, wenn alle anderen Optionen unwahrscheinlich geworden sind.

Tugenden und Wertvorstellungen

Bei der Frage, welches die notwendigen unternehmerischen Tugenden sind und welche Wertvorstellungen mittelständisches Unternehmertum prägen, stehen an der Spitze der Werteskala Leistungsbereitschaft und fachliche Kompetenz. Allerdings ist es aus Sicht der Befragten nunmehr an der Zeit, den „klassischen“ Tugenden Verlässlichkeit, Weitsicht und Fairness stärkere Beachtung zu schenken. Alles in allem aber kommt es auf die Unternehmerpersönlichkeit an, die diese Werte auch lebt und mit ihrem Vorbild die Kultur des Unternehmens prägt. Dies gilt ebenfalls für die wachsende Zahl managementgeführter Betriebe. Aufs Ganze gesehen wird dem angestellten Manager bereits heute eine hohe persönliche Bindung an das Unternehmen und eine starke Vorbildfunktion attestiert.

Eine Frage des Alters

Die Umfrage ergab weiter, dass die Einordnung von unternehmerischen Tugenden und Werten eine Frage des Alters ist. Jüngere Unternehmer unter 45

Jahren messen allen Werten insgesamt eine etwas geringere Bedeutung bei als ihre über 60-jährigen Kollegen. Für jüngere Unternehmer haben Werte an sich einen anderen Stellenwert: Sie versuchen, die unternehmerische Reputation zu steuern und durch eigenes glaubwürdiges Handeln sowie Sensibilität für öffentliche Belange das Ansehen des Unternehmens zu steigern. Auch die Mitarbeiterorientierung ist besonders hoch.

Tradition, Region, Religion

Für ältere Unternehmer ist der Dreiklang aus Tradition, Region und Religion im Sinne christlicher Grundwerte von großer Bedeutung, jüngere haben ein stärkeres Empfinden für die aktuellen Handlungsanforderungen: 79 Prozent von ihnen meinen, dass der Mittelstand mehr tun kann, um die Reputation der Wirtschaft zu erhöhen. Bei den über 60-jährigen Unternehmern sind es dagegen nur 65 Prozent. Dass Motivation und Bindung der Mitarbeiter auch im Mittelstand zu oft aufs Spiel gesetzt werden, davon sind 32 Prozent der jüngeren und 19 Prozent der älteren Unternehmer überzeugt. „Korruption, Steuerhinterziehung oder illegale Preisabsprachen nehmen auch im Mittelstand zu“, sagten 19 bzw. 13 Prozent. Insgesamt war festzustellen, dass ältere wie jüngere Unternehmen vergleichbare Prioritäten im Kanon der Werte setzen.

Gerechtere Mitarbeiterpolitik in Bayern

Tatsache ist, dass in Bayern die Mitarbeiter von der traditionsbewussten und christlichen Grundorientierung der Unternehmen profitieren. Unternehmen aus Bayern kritisieren seltener, dass der Mittelstand seine Gewinne nur unzureichend an die eigenen Mitarbeiter weiterreichert. Die Betonung der Geschichte und Tradition sowie die Relevanz christlicher Grundwerte bestimmen eine gerechtere Mitarbeiterpolitik im Freistaat. Unternehmerteil wird einem nicht in die Wiege gelegt, lautet die allgemeine Überzeugung. Daher müssten Werte schon in der Erziehung eine größere Rolle spielen, um unternehmerische Tugenden stärker als bisher in der Gesellschaft zu verankern, sind sich 94 Prozent der befragten Unternehmer in Bayern einig. Fast ebenso viele, nämlich 92 Prozent, fordern die Vermittlung von Wirtschaftswissen und unternehmerischen Fähigkeiten an Schulen und Universitäten ein. Auch wollen 82 Prozent der Firmen die Medien stärker für sich nutzen, um mit eigener Überzeugungsarbeit das Vertrauen in die Wirtschaft insgesamt zu stärken. DK

Gemeindefinanzbericht 2008:

Die Kluft wird größer

Die Schere geht weiter auseinander zwischen wachsenden Städten mit starker Finanzkraft und Städten, die sich in einer finanziellen Abwärtsspirale befinden mit einer schrumpfenden Zahl von Arbeitsplätzen und Einwohnern. Dies geht aus dem Gemeindefinanzbericht 2008 hervor, den der Deutsche Städtetag unter dem Titel „Reiche Städte, arme Städte - die Verantwortung der Länder“ veröffentlicht hat.

Der kommunale Spitzenverband fordert Bund und Länder auf, auch finanzschwache Kommunen in eine Altschuldenregelung einzubeziehen, wie sie durch die Föderalismusreform II für die Länder diskutiert wird. „Die Föderalismuskommission hält es zwar für möglich, die Kommunen in das System der Schuldenbegrenzung einzubeziehen, kümmert sich aber in keiner Weise um eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Es gibt keinerlei Überlegungen, auch hoch verschuldete Städte in eine Altschuldenregelung einzubeziehen, wie sie für die Länder erörtert wird. Es werden im Gegenteil unter der Überschrift ‚Steuerautonomie der Länder‘ Maßnahmen geprüft, die die finanzielle Lage der Kommunen – vor allem der strukturschwachen – weiter verschlechtern würden“, erklärte hierzu der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus.

Insgesamt verringerter Schuldenstand, aber...

Laut Gemeindefinanzbericht war das Jahr 2007 durch solide Zuwächse bei den Einnahmen von Bund, Land und Kommunen geprägt. Insgesamt sind die Einnahmen 2007 um 6,7 Prozent gestiegen, die Ausgaben dagegen nur um 3,2 Prozent. Der daraus resultierende hohe Finanzierungssaldo von 7,2 Milliarden Euro ergibt sich aus dem Zusammenfallen verschiedener Sondereffekten und wird so im Jahr 2008 nicht zu halten sein. Die Kommunen konnten auch wieder verstärkt investieren. Gaben die Kommunen 2007 gegenüber dem Vorjahr fast eine Milliarde mehr für Sachinvestitionen aus (plus 5,0 Prozent), so werden die Investitionen in diesem Jahr voraussichtlich um weitere 1,5 Milliarden steigen (plus 7,7 Prozent).

Erfreulich sei auch, dass sich der Schuldenstand der Kommunen insgesamt im Jahr 2007 verringerte. Die Summe aus Kreditmarktschulden und Kassenkrediten reduzierte sich um 2,2 Milliarden Euro auf 107,5 Milliarden Euro. Trotz des Überschusses im kommunalen Gesamthaushalt gefährde jedoch weiterhin in vielen Kommunen eine hoch defizitäre Finanzlage die Handlungsfähigkeit der betroffenen Städte. Wie die Finanzdezernentin des Deutschen Städtetages, Monika Kuban feststellte, seien die wachsenden Unterschiede zwischen armen und reichen Städten das schwerwiegendste Problem bei den Kommunal финанzen.

...steigendes Niveau der Kassenkredite

Das steigende Niveau der Kassenkredite mache diese Entwicklung deutlich. Sie erhöhten sich im Jahr 2007 um 0,8 Milliarden Euro auf 28,4 Milliarden Euro. Inzwischen machen sie 26,4 Prozent aller kommunalen Schulden aus. Das zeige, dass vom zunehmenden Steueraufkommen und Einnahmen gerade finanzschwächere Kommunen kaum oder gar nicht profitieren. Besonders bei Städten in strukturschwachen Regionen fielen geringe Einnahmen mit hohen sozialen Ausgaben zusammen, so Kuban.

Nach wie vor sei eine besorgniserregende Tendenz festzustellen, den Kommunen gesetzlich neue Aufgaben zuzuweisen, ohne diesen dafür die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, so der Bericht. Immer noch gebe es Geschäfte zwischen Bund und Ländern auf Kosten der Kommunen. Dringend erforderlich sei deshalb nicht nur eine gesetzlich abgesicherte Beteiligung der Kommunen in Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene. Gerade die Länder müssten eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen bereitstellen. DK

Finanzkrise:

Die Banken sind schuld

Satte 84 Prozent der Teilnehmer einer Blitzumfrage zur derzeitigen Finanzkrise geben den Banken die Schuld an der Situation auf den internationalen Finanzmärkten. Und fast zwei Drittel bezeichnen ihr Vertrauen in die Geldinstitute als „erschüttert“. Fast die Hälfte war persönlich betroffen und gab an, durch die Krise Geld verloren zu haben. Dies sind die wesentlichen Ergebnisse der Umfrage der Marktforschungsplattform „BeteiligungsBarometer“, die im Internet unter <http://www.beteiligungsreport.de> durchgeführt wurde.

Zur Länge der Turbulenzen äußerten sich über 56 Prozent skeptisch - sie gehen von einer Dauer von mindestens einem Jahr (29 Prozent) oder gar zwei Jahren (27 Prozent) aus. Nach Altersklassen unterschieden, geben sich Ältere generell skeptischer. So glauben die über Sechzigjährigen zu 80 Prozent, dass es eine andau-

ernde Krise sei, während Jüngere den Zustand früher, nämlich innerhalb weniger Monate, als beendet sehen. Lediglich knapp drei Prozent meinen, die Lage bessere sich schon in einem Monat. 82 Prozent der Finanzdienstleister denken, die Krise dauere noch zwei Jahre - bei den Journalisten sind dies lediglich 44 Pro-

zent. Noch niedriger liegt die Beurteilung der Länge mit 30 Prozent bei den Anlegern.

Gibt der weit überwiegende Teil der Mitwirkenden den Banken die Schuld, schieben immerhin noch rund 55 Prozent der Politik den schwarzen Peter zu. Lediglich ein Fünftel der Antworten gaben den Anlegern selbst die Schuld (bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich). Unterteilt in Berufsgruppen sehen 88 Prozent der Journalisten in den Geldinstituten die Urheber der Finanzkrise. Auf der anderen Seite beschuldigen über 62 Prozent der Finanzdienstleister die Politik.

Sachwertanlagen als probate Lösung

Gefragt, worin sie zukünftig „keinesfalls“ Geld investieren würden, nannte rund die Hälfte der Teilnehmer Zertifikate - bei den Älteren stieg dieser Wert noch um zehn Prozent an. Allerdings bezeichneten die Hälfte Sachwertanlagen, wofür ja geschlossene Fonds überwiegend stehen, als probate Lösung in der momentanen Lage.

Eine Folge der Finanzkrise ist wohl auch die Besinnung auf moralische, ethische und ökologische Aspekte bei einer Geldanlage. Denn immerhin rund 73 Prozent bejahten die Frage, dass diese Vorstellungen bei einer Investition berücksichtigt werden sollten.

Die Blitzumfrage wurde realisiert vom „BeteiligungsBarometer“, einer Plattform des Instituts für Beteiligungsoökonomie der Edmund Pelikan Kompetenz GmbH & Co. KG, die als Marktforschungsinstrument die Präferenzen der Kunden und Finanzdienstleister am Finanzmarkt ermitteln soll. □

Kritik der bayerischen Wirtschaft bestätigt

Erbschaftsteuerreform laut Gutachter nicht verfassungskonform

Die geplante Reform der Erbschaftsteuer, wie sie die Große Koalition noch in diesem Herbst beschließen will, ist nach Ansicht des Passauer Rechtsprofessors Rainer Wernsmann verfassungswidrig. In seinem Gutachten, das der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, DIHK, in Auftrag gegeben hatte, bestätigt er damit die Kritik der Wirtschaft. Die bayerische Wirtschaft hatte bereits vor Monaten vor allem die geplante Verhaftungsfrist von 15 Jahren mit dem „Fallbeileffekt“ als falsch und mittelstandsfeindlich kritisiert. Darüber hinaus hatten die bayerischen IHKs in einem Schreiben an Finanzminister Erwin Huber eine länderspezifische Regelung bei Steuerbefreiungen und Steuerfreibeträgen gefordert. Dies wurde nun vom Gutachten bestätigt.

„Mit ihrer geplanten Steuerreform gefährdet die Regierung nicht nur den erfolgreichen Generationenwechsel in vielen Unternehmen, sondern begibt sich auch noch auf rechtliches Glatt Eis“, erklärt Erich Greipl, Präsident des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK). Die bayerische Wirtschaft fordere deshalb nach wie vor, das Abschmelzmodell ohne Nebenbedingungen, wie im Koalitionsvertrag von 2005 vorgesehen, umzusetzen oder diese Steuer ganz abzuschaffen.

Download unter http://www.ihk-muenchen.de/internet/mike/aktuell/Anhaenge/rechtsgutachten_erbschaftsteuer.pdf

Bayerische Landessiedlung®
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Projekt- und Gemeindeentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Obersees, Oberfranken
Umfeldplanung u. integriertes
Entwicklungskonzept der Thematik

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Sparkassen-Finanzgruppe:

„Die Kundeneinlagen sind geschützt und sicher“

GZ-Interview mit Hans Schmid, Pressesprecher des Sparkassenverbands Bayern

Durch die Bankenkrise und das Börsendesaster der vergangenen Wochen sind sowohl das Misstrauen als auch das Sicherheitsbedürfnis bei Sparern und Anlegern stark gestiegen. Über Absicherungsmechanismen der Sparkassen-Finanzgruppe und die Frage, was die Staatsgarantie für die Kunden der Sparkassen bedeutet, sprach die Bayerische Gemeindezeitung mit dem Pressesprecher des Sparkassenverbands Bayern, Hans Schmid.

GZ: Sind die Einlagen bei Sparkassen sicher?

Schmid: „Ja, die Einlagen bei einer deutschen Sparkasse sind umfassend geschützt und vollkommen sicher. Die Sparkassen arbeiten nach einem bewährten Geschäftsmodell. Wir nehmen Kundeneinlagen vor Ort entgegen und vergeben diese auch in erster Linie wieder als Kredite in der Region, sowohl an Unternehmen und Gewerbetreibende als auch an Privatkunden für den Wohnungsbau oder für andere Anschaffungen. Das entspricht dem gesetzlich festgelegten öffentlichen Auftrag der Sparkassen. Dieses solide Geschäftsmodell sorgt dafür, dass wir unsere Risiken im Griff haben und stabile Betriebsergebnisse erwirtschaften.“

GZ: Wie funktioniert die Absicherung?

Schmid: „Die Sparkassen treten gegenseitig für einander ein, ebenso die Landesbanken und Landesbausparkassen. Alle zusammen bilden den Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der auch den Bestand der 443 Sparkassen in Deutschland absichert. Diese Institutssicherung sorgt dafür, dass eine Sparkasse gegenüber ihren Kunden jederzeit ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann. Das gilt nicht nur für die Einlagen von Privatkunden, sondern auch von Gewerbe- und institutionellen Kunden. Der Schutz für Kunden von Sparkassen oder anderen Insti-

tuten der Sparkassen-Finanzgruppe geht damit deutlich über das gesetzliche Mindestsicherungs-niveau von 90 % der Einlagen, höchstens 20.000 Euro hinaus.“

GZ: Was bedeutet die Staatsgarantie für die Spareinlagen in Deutschland?

Schmid: „Die Staatsgarantie ist ein wichtiges Signal an die Finanzmärkte und an die Sparer in Deutschland. Die Garantie gilt für private Einlagen. Damit soll das Kundenvertrauen der Sparer in Deutschland gestärkt werden. Die Bundesregierung erklärte, dass sie nicht zulassen wird, dass die Schieflage eines Institutes zur Schieflage des gesamten Systems wird. Mit dieser Staatsgarantie hat die Bundesregierung einen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte geleistet.“

GZ: Was bedeutet die Staatsgarantie für die Kunden der Sparkassen?

Schmid: „Für die Kunden der Sparkassen ändert sich nichts. Denn die Einlagen bei Sparkassen und allen anderen Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe sind bereits jetzt vollständig abgesichert. Dies gilt für Einlagen privater sowie gewerblicher Anleger und ohne betragsmäßige Begrenzung. Dies umfasst auch sogenannte „Inhaberschuldverschreibungen“, die von Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe ausgegeben worden sind.“

GZ: Wie sieht es mit den übrigen Anlagen aus?

Schmid: „Die Verbindlichkeiten einer Sparkasse sind durch die Institutsicherung umfassend geschützt. Darunter fallen neben Kundeneinlagen auch Sparkassenbriefe, Inhaberschuldverschreibungen und solche Zertifikate, die eine Sparkasse oder ein anderes Institut der Sparkassen-Finanzgruppe herausgegeben hat. Bei Zertifikaten anderer Anbieter hängt die Rückzahlung von der Bonität des jeweiligen Emittenten bzw. Garantiegebers ab. Hier empfiehlt es sich, vor und nach dem Kauf die Bonität des Zertifikategebers zu prüfen.“

GZ: Sind Sparkassen eigentlich an den internationalen

Finanzmärkten engagiert?

Schmid: „Die Sparkassen sind in erster Linie in ihrer Region engagiert, denn hier leben und arbeiten unsere Kunden. Wir kennen sie schon lange, und sie kennen uns. In sehr geringem Umfang investieren wir auch an den internationalen Finanzmärkten, allerdings zum weit überwiegenden Teil in sicheren und festverzinslichen Wertpapieren. Produkte, deren Risiken wir nicht überschauen, kaufen wir auch nicht. Diese Anlagestrategie kann ich im übrigen auch jedem Kunden von uns nur empfehlen.“

GZ: Wie sicher ist mein Kredit? Gibt die Sparkasse weiterhin Kredite an Unternehmen und Privatpersonen?

Schmid: „Auch als Kreditnehmer sind Kunden bei der Sparkasse bestens aufgehoben. Eine Weitergabe von Krediten, die ordnungsgemäß bedient werden, kommt für uns nicht in Frage, schon gar nicht an Finanzinvestoren. Die Kreditvergabe an Unternehmen hat sich bei den Sparkassen im ersten Halb-

jahr sehr positiv entwickelt. Der Kredithahn ist nach wie vor offen, wirtschaftlich sinnvolle Projekte werden auch weiterhin finanziert.“

GZ: Wie sind die Kunden geschützt, falls eine Sparkasse einmal in eine Schieflage geraten sollte?

Schmid: Der Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe sichert den Bestand aller 443 Sparkassen und damit auch – zu hundert Prozent – die Einlagen der Kunden. Seit der Gründung des Haftungsverbundes der Sparkassen-Finanzgruppe in den 70er Jahren hat noch nie ein Kunde eines Mitgliedsinstituts einen Verlust seiner Einlagen erlitten, mussten noch nie Einleger entschädigt werden, ist es bei keinem Mitgliedsinstitut zu einer Leistungsstörung bei der Bedienung von Verbindlichkeiten oder gar einer Insolvenz gekommen.

Die Finanzmärkte erkennen die Sicherungswirkung des Haftungsverbundes an. Zwei internationale Ratingagenturen – Moody's Investors Service und Dominion Bond Rating Service (DBRS) – begründen ihre gute Bewertung für Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen ausdrücklich auch mit dem Haftungsverbund.

GZ: Sind die Einlagen auf Girokonto, Tagesgeldkonto, Termingeldkonto oder Sparkonto sicher?

Schmid: Kundeneinlagen auf Giro-, Spar-, Tagesgeld- und Termingeldkonten bei Sparkassen werden durch das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe vollständig geschützt. Im Rahmen der Institutssicherung ist gewährleistet, dass die Sparkassen gegenüber den Kunden jederzeit ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können. Das gilt für Einlagen privater, gewerblicher und institutioneller Kunden. Auch Sparkassenbriefe sind sicher. Sie genießen den gleichen Schutz wie Spareinlagen.

GZ: Wie sieht die Sicherung bei Investmentfonds aus?

Schmid: Investmentfonds sind nach deutschem Recht sogenannte Sondervermögen, die für

Rechnung der Anleger verwaltet werden. Sie müssen strikt getrennt von dem Vermögen der Kapitalanlagegesellschaft oder Bank gehalten werden, die einen Fonds herausgibt oder ein Wertpapierdepot verwaltet. Selbst im Fall einer Insolvenz der Kapitalanlagegesellschaft oder Depotbank wäre das Fondsvermögen somit nicht betroffen. Wertminderungen der Investmentfondsanteile können allerdings durch Verluste bei den Anlagen des Investmentfonds (zum Beispiel gehaltene Aktien oder Anleihen) entstehen. Maßgeblich sind somit die Risiken der im Fonds angelegten Wertpapiere oder sonstigen Anlagen.

GZ: Wie sind die sogenannten „Inhaberschuldverschreibungen“ gesichert?

Schmid: Die Sicherheit von Inhaberschuldverschreibungen ist abhängig von der Bonität der Emittenten. Relevant ist ferner, ob dieser Mitglied in einem Sicherungssystem ist, das Schuldverschreibungen mit einschließt. Alle Inhaberschuldverschreibungen, die von einem Institut der Sparkassen-Finanzgruppe emittiert, also ausgegeben werden, sind vom Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe erfasst. Sind Zertifikate vom Sicherungssystem erfasst?

GZ: Wie ist es mit Zertifikaten?

Schmid: Bei Zertifikaten handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen. Bei jedem Zertifikat kann somit ein Emittentenrisiko bestehen. Das bedeutet, dass die Rückzahlung abhängig ist von der Bonität des Emittenten bzw. des Garantiegebers. Deshalb besteht für Käufer ein Risiko, dass eine Insolvenz des Emittenten zum Verlust des investierten Geldes führen kann. Anleger sollten sich dieses Risikos bewusst sein und sowohl vor als auch nach einem Kauf die Bonität des Zertifikatgebers prüfen. Ist der Emittent ein Institut der Sparkassen-Finanzgruppe, wird das Zertifikat vom Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe erfasst. Die Rückzahlung richtet sich im Übrigen nach den entsprechenden Bedingungen des Zertifikats. □



Zur Auftaktveranstaltung des Planspiels Börse informierten sich Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis bei der Kreissparkasse über den Wertpapierhandel. □

Auseinandersetzung mit Finanzmärkten

Planspiel Börse trifft mit 260 Teams von 13 Schulen aus dem Landkreis auf große Resonanz

Augsburg - Das Planspiel Börse trifft in diesem Jahr auf außergewöhnlich hohe Resonanz. Zum Auftakt der 26. Spielrunde haben sich bei der Kreissparkasse Augsburg 260 Schülergruppen aus dem Landkreis angemeldet - ein Viertel mehr als im Vorjahr.

„Seit mehr als 25 Jahren steht das Planspiel Börse für finanzielle Bildung und Vermittlung von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen“, so Manfred Stöckl, Vorstand der Kreissparkasse Augsburg. „Angesichts der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten erhält das Planspiel diesmal aktuelle Brisanz.“

Das Planspiel Börse motiviert Schüler auf spielerische Art und Weise, sich in einem spannenden Wettbewerb mit anderen Jugendlichen mit den ökonomischen Zusammenhängen in der sozialen Marktwirtschaft zu beschäftigen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu einer breiten Allgemeinbildung.

Strategie erarbeiten

Die Jugendlichen schließen sich in Teams zusammen und erarbeiten eine Strategie für ihr Depot und ihre 50.000 Euro fiktives Startkapital. Gemeinsam entscheiden sie, welche der 175 zur Verfügung gestellten Wertpapiere die erfolversprechenden sind und wie lange sie im Depot gehalten werden sollen. Dabei erweitern die Schüler ihr wirtschaftliches Grundwissen, lernen wie und wo man sich Informationen über Börse, Aktien und Unternehmen beschafft und wie diese zu bewerten sind. Ganz nebenbei üben sie auch noch den Umgang mit Risiko und Wagnis, Unsicherheit und Zweifel. Die Sparkassen unterstützen

damit die Jugendlichen, sich aktiv mit ihrer persönlichen Finanzplanung zu beschäftigen und eigenverantwortliches Entscheiden zu üben. Nicht zu unterschätzen sind dabei die Förderung des Teamgeists und das Einüben sozialer Kompetenzen: Konflikte lösen, Absprachen einhalten, andere überzeugen, innerhalb der Spielgruppe kooperieren. All dies sind wichtige Fähigkeiten, die weit über die Schule hinaus Bedeutung haben.

Dauer bis 16. Dezember

Die Teams mit der besten Anlagestrategie aus dem Landkreis werden von der Kreissparkasse Augsburg prämiert. Die erfolgreichsten Teams aus Deutschland erhalten eine Einladung zur Siegerehrung nach Berlin. Hier stehen neben Fernsehauftritten und Sightseeing auch Workshops auf dem Programm, die den Jugendlichen dabei helfen, sich bei der großen Gala perfekt zu präsentieren. Das Top-Team reist außerdem zur europäischen Siegerehrung nach Luxemburg und verbringt dort ein Wochenende mit den Siegern aus den anderen teilnehmenden Ländern.

Das Planspiel dauert bis 16. Dezember. Die Anmeldung ist noch bis 11. November möglich. Interessierte wenden sich an ihre Sparkasse vor Ort.

Weitere Informationen im Internet unter www.planspielboerse.de □

Sonderkreditprogramm bis Ende des Jahres

Sparkasse Nürnberg fördert die Investitionsbereitschaft mittelständischer Betriebe in der Region

Nürnberg (SN). In Gesprächen mit ihren mittelständischen Kunden hat die Sparkasse Nürnberg festgestellt, dass die Investitionsbereitschaft insbesondere kleinerer Betriebe unabhängig von deren Branche in den letzten Monaten rückläufig ist. Neben einem befürchteten Konjunkturabschwung liegt der Rückgang der Investitionsneigung vor allem an den stark gestiegenen Material- und Energiekosten, die die Gewinnerwartungen der Geschäftskunden schmälern. Gerade kleinere Unternehmen befürchten außerdem, dass die derzeitige Finanzmarktkrise zu steigenden Finanzierungskosten führen könne.

Beständiger Partner setzt Zeichen

Als fester und beständiger Partner des regionalen Mittelstandes setzt die Sparkasse Nürnberg dagegen nun ein Zeichen und legt von Anfang Oktober bis Ende Dezember 2008 ein Sonderkreditprogramm mit einem Gesamtvolumen von fünf Millionen Euro auf.

Günstiger Zinssatz

Die derzeit angezogene Investitionsbremse soll durch diese Initiative über einen einheitlich günstigen Zinssatz – dieser liegt bei nominal 5,95 Prozent und damit ein Prozent unter den regulären Konditionen –, variable Laufzeit (2-6 Jahre) sowie flexible Tilgungsmöglichkeiten gelöst werden. Die maximale Kredithöhe pro Unternehmen beträgt 50.000 Euro bei entsprechender Bonität.

Mit dem gewerblichen Darlehen können alle Investitionsgüter – darunter Maschinen, Fahrzeuge oder auch Einrichtung – angeschafft werden. „Unsere Kunden haben bei Investitionen dieser Art oft längere Lieferzeiten. Mit Hilfe unseres Kredits hingegen können sie sofort bestellen, sichern sich Finanzierung samt günstigem Zinssatz und sparen sich so den sonst anfallenden Bereitstellungszins für 12 Monate. Gerade für kleinere Betriebe kann dies einen nicht unerheblichen Ertragsvorteil bringen“, nennt Roland Burgis, Firmenkundenvorstand der Sparkasse Nürnberg, Vorteile des Investitionsprogramms.

Das Sonderkreditprogramm kann über alle Geschäftsstellen der Sparkasse Nürnberg beantragt werden.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.sparkasse-nuernberg.de □

LBS-Bayern-Chef Wirnhier zur Finanzmarktkrise

„Sichere Einlagen und Kredite für LBS-Bausparer“

Auszahlungen von Bauspardarlehen 2008 um 21 Prozent im Plus / Nach neun Monaten zweitbestes Neugeschäft seit Bestehen

„Für die LBS Bayern gilt ohne jede Einschränkung, dass wir jedem, der ein Eigenheim bauen oder kaufen will und die Finanzierungsvoraussetzungen erfüllt, die erforderlichen Darlehen geben“, betonte Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbausparkasse, bei einer Pressekonferenz im Presse-Club Regensburg.

Wirnhier weiter: „Eine Subprime-Krise wie in den USA kann es mit Bausparen nicht geben.“ Die deutsche Finanzkultur mit hohen Eigenkapitalanforderungen und genauen Bonitätsprüfungen sorgt generell für niedrige Ausfallquoten. Dies gelte für Bausparkassen in besonderem Maße.

Bausparer können gelassen bleiben

Kreditfälle mit Zahlungsproblemen machten bei der LBS Bayern nur ein Promille des Darlehensbestands aus. „Das geschlossene System Bausparen ist auf Geldzufuhr von den Kapitalmärkten nicht angewiesen. Deshalb können Bausparer in der Finanzmarktkrise gelassen bleiben und brauchen sich nicht um ihre Einlagen zu sorgen“, so Wirnhier.

Der LBS-Chef berichtete von einem hervorragenden Bauspar-

absatz im laufenden Geschäftsjahr. Zwischen Januar und September 2008 wurde für diesen Zeitraum das zweitbeste Neugeschäft seit dem Bestehen der LBS Bayern erreicht. Die Zahl der Bausparverträge verbesserte sich mit 188.579 um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr, die vermittelte Bausparsumme stieg um 1,720 Prozent auf 5,3 Milliarden Euro.

Auszahlung von Darlehen

Bei der Auszahlung von Bauspardarlehen wurde von Januar bis September 2008 ein Plus von 21,3 Prozent auf 359,9 Millionen Euro erzielt. „Zusammen mit den ausgezahlten Bausparguthaben und Sofortfinanzierungskrediten haben wir in diesem Jahr bereits 1,47 Milliarden Euro und damit um 13 Prozent mehr Mittel für Wohnbaumaßnahmen zur Verfügung gestellt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres“, sagte Wirnhier. □

Die Umwelt (ver)sichern

Versicherungskammer Bayern bietet neues Produkt zur Deckung der Risiken aus dem Umweltschadengesetz

„Die Haftungsrisiken für Unternehmen haben eine völlig neue Dimension erreicht und können Existenz bedrohend werden.“ Damit bringt Rainer Fürhaupter, Vorstandsmittglied bei der Versicherungskammer Bayern, die Folgen aus dem neuen Umweltschadengesetz auf den Punkt.

Bisher hafteten Unternehmen für Umweltschäden zivilrechtlich dann, wenn Personen einen Sach- oder Gesundheitsschaden erlitten haben. Nun gilt nach dem neuen Umweltschadengesetz zusätzlich eine erheblich verschärfte öffentlich-rechtliche Haftung für Schäden an der Natur. Das heißt: Wer geschützte Tiere, Pflanzen, Lebensräume, Böden und Gewässer schädigt, muss für behördlich auferlegte Sanierungskosten voll aufkommen.

Was bisher vom Steuerzahler getragen wurde, trägt nun der Verursacher selbst. Das sind Unternehmen, Gewerbetreibende, Selbstständige, Freiberufler, Körperschaften, Vereine, Forst- und Landwirte – und zwar unabhängig von der Betriebsgröße. Betriebe mit einem besonders hohen Schadenrisiko für die Umwelt haften sogar ohne Verschulden.

Neue Risiken können versichert werden

Für entstandene Schäden aus der zivilrechtlichen Haftung leistet die Umwelthaftpflichtversicherung. Diese reicht nun aber bei weitem nicht mehr aus. Durch die immense Haftungserweiterung auf Grund des neuen Umweltschadengesetzes entsteht eine riesige Versicherungslücke. Die Versicherungskammer

Bayern hat darauf reagiert und bietet mit der neuen Umweltschadenversicherung einen erweiterten Versicherungsschutz. Für Gewerbetreibende mit Anlagen, die vom Gesetzgeber als nicht umweltgefährdend deklariert sind, sogar ohne einen zusätzlichen Beitrag. Einzige Voraussetzung ist, dass der Kunde auf den aktuellen Tarif umstellt. Lediglich für besonders gefährliche Betriebsanlagen, wie Tankanlagen und bestimmte Produktionsanlagen, wird ein zusätzlicher Beitrag erhoben.

Darüber hinaus bietet die Versicherungskammer Bayern ihren Kunden einen besonderen Service: Erfahrene Umweltingenieure kommen auf Wunsch vor Ort und beurteilen kostenlos und fachkundig das Risiko für die Umwelt und wie der Betriebsinhaber eine Versicherungslücke schließen kann.

Versicherungsleistungen

Die Umweltschadenversicherung leistet bei berechtigten entstandenen Forderungen. Dazu gehören Sanierungs- und Wiederherstellungskosten, Kosten für Gutachter und Sachverständige sowie Kosten von Verwaltungs- und gegebenenfalls Gerichtsverfahren. Außerdem werden unberechtigte Ansprüche abgewehrt und dafür entstehende Kosten übernommen.

Das neue Umweltschadengesetz setzt eine EU-Richtlinie um. Es trat bereits am 14. November 2007 in Kraft; die Haftung wurde rückwirkend ab 30. April 2007 beschlossen. Die Haftung erfolgt dann, wenn ein bei der Fachbehörde formloser Antrag beispielsweise von ei-

ner Umweltschutzorganisation, Nachbarn etc. eingereicht wird.

In Deutschland gibt es etwa 5.000 Schutzgebiete mit ca. 1.000 verschiedenen geschützten Tier- und Pflanzenarten. Diese Schutzgebiete machen ungefähr 13 Prozent der Fläche Deutschlands aus. Außerhalb dieser Gebiete sind ca. 130 Tier- und Pflanzenarten geschützt. Die gesamten Wasser- und Uferflächen nehmen zwischen 20 und 25 Prozent Deutschlands ein. □

Sparkassen Broker mit preisgekröntem Online-Brokerage

Der Sparkassen Broker wurde in Frankfurt am Main im Rahmen des PASS Online-Banking Awards 2008 für sein hervorragendes Online-Brokerage ausgezeichnet. In der gleichnamigen Kategorie erreichte der zentrale Online-Broker der Sparkassen vor mehr als 40 getesteten Banken den ersten Platz.

Dabei überzeugten sowohl die vielfältigen Leistungen und Services des Online-Brokerage-Angebotes als auch die guten Konditionen des Sparkassen Brokers. Thomas Gesing, der Vorsitzende des Vorstandes beim Sparkassen Broker, nahm die Auszeichnung im Namen aller Mitarbeiter gerne entgegen.

Basis der positiven Entscheidung für den Sparkassen Broker war die Studie „Online-Banking 2008“ der PASS Consulting Group. Anhand von mehr als 290 Kriterien hat das internationale Beratungshaus die Portale ausgewählter Banken und Broker detailliert untersucht. Zudem wurden rund 22.000 Kunden zu ihren Bedürfnissen, Erfahrungen und Wünschen im Bereich Online-Banking befragt.

Thomas Gesing, Vorsitzender des Vorstandes des Sparkassen Brokers, äußerte sich zur Preisverleihung: „Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung. Zeigt sie doch, dass das konsequent ausgebauten Angebot des Sparkassen Brokers sowohl von den Kunden als auch von unabhängigen Experten sehr gut angenommen wird. Auch künftig werden wir das Leistungsspektrum des Sparkassen Brokers bedarfsgerecht und kundenorientiert optimieren.“ □

LfA-Globaldarlehen an Raiffeisenlandesbank Oberösterreich:

100 Millionen Euro für bayerischen Mittelstand

Per Jahresmitte 2008 betreut die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft in Süddeutschland bereits 10.785 Kunden, davon 6.688 Unternehmen. Insbesondere für mittelständische Unternehmen in Bayern baut die stärkste Regionalbank Österreichs nun ihr Service weiter aus und kann zusätzlich 100 Millionen Euro zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen.

Die Mittel dafür kommen aus einem Globaldarlehen der LfA, der Förderbank des Freistaats Bayern, mit dem die Raiffeisenlandesbank OÖ zinsgünstige Refinanzierungsmittel für Kredite an mittelständische Betriebe und Freiberufler in Bayern erhält. Diesen Refinanzierungsvorteil gibt die Bank unter Berücksichtigung bonitätsabhängiger Kosten voll an ihre Kunden weiter. Laufzeit und Tilgungsstruktur der maßgeschneiderten Kredite werden dabei individuell vereinbart.

Zahl der Kunden stieg heuer um 9,9 Prozent

„Wir konnten die Zahl der zufriedenen Kunden in Süddeutschland in den ersten sieben Monaten um exakt 9,9 Prozent steigern“, betont Dr. Ludwig Scharinger, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenlandesbank OÖ. Das Globaldarlehen, das ab sofort zur Verfügung steht, soll auch ein Konjunkturimpuls sein und Unternehmen motivieren, geplante Investitionsprojekte zu verwirklichen.

Die LfA mit Sitz in München ist die selbständige Förderbank des Freistaats Bayern zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Ihr Fokus liegt auf der Förderung des Mittelstands in den Geschäftsfeldern Gründung, Wachs-

tum, Innovation, Umweltschutz und Stabilisierung. Die Kredite der LfA werden nach dem Hausbankprinzip ausgegeben. Die LfA verhält sich gegenüber allen Geschäftsbanken neutral und tritt nicht in Wettbewerb zu diesen.

2007 vergab die LfA Kredite in Höhe von zwei Milliarden Euro, der höchste Stand seit acht Jahren. Die Bilanzsumme stieg von 14,6 auf 16,4 Milliarden Euro. Das Kerngeschäft mit Förderkrediten ist 2007 um 40 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro angewachsen und mit Krediten in Höhe von 270 Millionen Euro förderte die LfA mehr als 1.900 nachhaltige Gründungen. Auch 2008 bleibt die LfA auf Wachstumskurs. Im ersten Halbjahr stiegen die Kreditzusagen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 20 Prozent auf über 1,4 Milliarden Euro. „Für das gesamte Jahr werden wir die 2 Milliarden-Schwelle deutlich überschreiten“, erwartet LfA-Chef Michael Schneider.

Die Globaldarlehen ergänzen das klassische Angebot der LfA an zinsgünstigen Förderkrediten. In den vergangenen fünf Jahren hat die LfA bereits Globaldarlehen bei verschiedenen Geschäftsbanken mit einem gesamten Zusagevolumen von 2,9 Milliarden Euro platziert. □

| die ausgezeichnete mittelstandsbank |

UNTERNEHMER EMPFEHLEN DIE COMMERZBANK. GLEICH ZWEI MAL. UND BESTÄTIGEN DAMIT UNSEREN ANSPRUCH, DEUTSCHLANDS BESTE MITTELSTANDSBANK ZU SEIN. JEDEN TAG. BEI JEDER AUFGABE. FÜR JEDEN UNSERER KUNDEN. UND FÜR SIE!

| ideen nach vorn |

COMMERZBANK 



Geschäfte der Genossenschaftsbanken entwickeln sich besser als erwartet:

Solide mit der Heimat verbunden

Palma de Mallorca - Trotz weltweiter Finanzkrise und den Anzeichen für eine sich abschwächende Konjunktur bewerten 91 Prozent der bayerischen Genossenschaftsbanken ihre eigene Geschäftslage mit gut oder befriedigend. Ähnlich beurteilen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken ihre Ertragslage. Drei Viertel der bayerischen Kreditgenossenschaften betrachten auch diese als gut oder befriedigend. Insgesamt haben sich die Geschäfte der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken im ersten Halbjahr 2008 deutlich besser entwickelt als zu Jahresbeginn erwartet. Anlässlich einer Pressereise stellte der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Dr. Stephan Götzl, in Son Vida die aktuellen Zahlen seines Verbandes vor.

Die kumulierte Bilanzsumme aller bayerischen Kreditgenossenschaften lag zur Jahresmitte um 3,6 Prozent über dem Vorjahr.

Sicherer Hafen in stürmischen Zeiten

Einlagen sind zu 100 Prozent geschützt

„Die VR Banken sind ein sicherer Hafen in diesen stürmischen Zeiten“ erklärte der Pressesprecher des Genossenschaftsverbands Bayern, Dr. Jürgen Gros. Weiter heißt es in seiner Stellungnahme, die er auf Anfrage der GZ abgab: „Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass unseren Geldinstituten allein in der ersten Oktoberwoche 1,8 Milliarden Euro an Kundengeldern zugeflossen sind, wie eine Umfrage des Genossenschaftsverbands Bayern unter seinen 318 Mitgliedsbanken ergab.“

Grund für das Vertrauen und für die steigenden Einlagen ist vor allem das regionale Geschäftsmodell der VR-Banken. Sie machen Geschäfte aus der Region für die Region. Das heißt, sie erhalten Kapital aus der Region und vergeben dieses wiederum in Form von Krediten für die Region. Außerdem verfügen sie über das älteste Einlagensicherungssystem der Welt. Noch nie hat ein Kunde einer VR-Bank einen Cent aufgrund einer Bankschließung verloren. Damit bieten die VR-Banken eine ganz spezielle Rendite auf das eingelegte Kapital: Nämlich Sicherheit. Sicherheit, auf die im übrigen auch die Kommunen bauen können. Ihr Einlagen bei den VR-Banken sind zu 100 Prozent geschützt. □

reswert. Götzl sieht die Ursache hierfür in der Neugewinnung von Kunden als Folge der Finanzkrise. Positiv sei zudem dass sich die rückläufige Zinsspanne auswirke.

Exakte Analyse gefordert

„Wir erleben ein Bankenmonopol, bei dem mittlerweile die kleinste Rechnungseinheit neun Nullen hat“, skizzierte der Präsident jedoch die globale Lage. Während in der Vergangenheit Finanzkrisen als 24-Stunden-Big-Bang in Form schwarzer Freitag oder Montage abliefen, dauere die derzeitige Krise bereits mehr als ein Jahr und Schäden, die derzeit auf dreistellige Milliarden- oder gar Billionenbeträge geschätzt werden, könnten leicht Realität werden, malte Götzl ein Menetekel an die Wand. Man könne daher nicht zum Tagesgeschäft übergehen, sondern müsse die Entwicklung sehr exakt analysieren und aufarbeiten. Nach einer sorgsam Wertediskussion könne man definieren, was künftig solides Wachstum wert und was Maßstab für ein erfolgreiches Bankgeschäft ist.

Ländliche Räume lebenswert erhalten

„In der Heimat für Zukunft sorgen“ sei den bayerischen Kreditgenossenschaften wichtig, so Götzl. Man wolle insbesondere die ländlichen Räume lebenswert erhalten. Deshalb sei es sinnvoll, die Menschen im jeweiligen Geschäftsgebiet am Erfolg der einzelnen Banken teilhaben zu lassen. Dies geschieht einerseits durch das genossenschaftliche Geschäftsmodell. Darüber hinaus haben die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken aber auch über 14 Millionen Euro für karitative, kulturelle, sportliche, soziale und gemeinnützige Zwecke allein im vergangenen Jahr zur Verfügung gestellt.

Hilfe für Existenzgründer

Ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort - wie Bayern - lebt immer auch davon, dass neue innovative Unternehmen gegründet werden. Deshalb ist man beim Genossenschaftsverband sehr stolz darauf, dass keine andere Bankengruppe im Freistaat so viele Förderkredite für Existenzgründer vermittelt hat, wie die Volks- und Raiffeisenbanken.

Positiv bewertet Götzl, dass das Europäische Parlament den Regionalbanken vor kurzem mit zwei Berichten den Rücken gestärkt hat. Darin werde klar herausgearbeitet, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken einen wichtigen Beitrag zur Finan-



Dr. h. c. Stephan Götzl. □

zierung der lokalen Wirtschaft leisten und den Zugang zu den Finanzdienstleistungen für alle Verbraucher erleichtern. Damit korrigiert das Europäische Parlament einen Bericht, den EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes zum Retailbankengeschäft 2007 vorgelegt hatte. Götzl: „Ich begrüße ausdrücklich, dass das EU-Parlament den Analysen der Kommission zum Retailmarkt so entschieden entgegengetreten ist.“ Der GVB hatte den Bericht der Kommissarin scharf kritisiert, da die Ergebnisse und ihre Interpretationen in einem offenkundigen Widerspruch zur realen Bankenwirklichkeit stehen.

Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes beschlossen:

Schutz für Bürger und Wirtschaft

Bundestag und Bundesrat haben inzwischen ihr Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes beschlossen. In einer Erklärung der CSU-Landesleitung heißt es dazu: „Durch das rasche und umsichtige Handeln der unionsgeführten Bundesregierung hat Deutschland - in einer in der deutschen Nachkriegsgeschichte einmaligen Krisensituation - Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit bewiesen.“

Das Maßnahmenpaket diene in erster Linie dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger, der Sicherung von Arbeitsplätzen und des freiheitlichen Wirtschaftssystems der Sozialen Marktwirtschaft, in dem funktionierende Geldkreisläufe und Vertrauen in die Sicherheit des Bankensystems das Rückgrat bilden.

Die bayerische Staatsregierung trägt dieses Maßnahmenpaket mit. Gleichzeitig haben sich Finanzminister Erwin Huber und Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein dafür eingesetzt, eine finanzielle Überforderung der Länder und damit auch des Freistaats Bayern zu verhindern.

Vertrauenskrise

Die allgemeine Vertrauenskrise führte dazu, dass der Geldkreislauf unter den Banken zum Erliegen kam. Dadurch wurde nicht nur das Bankwesen, sondern die Volkswirtschaft insgesamt gefährdet. Der Rettungsplan sei deshalb ohne Alternative, so Ministerpräsident Günther Beckstein. „Ohne diesen Schutzschirm

Kritik an Finanzagentur

Deutlich kritisierte Stephan Götzl erneut die Finanzagentur des Bundes und ihr Engagement im Privatkundengeschäft. Neben ordnungspolitischen Argumenten führte er die unvollständige Kostenrechnung der Schuldenmanager des Bundes an. „Müsste die Finanzagentur neben ihren 106 Mitarbeitern auch jene 223 Beschäftigte zahlen, die ihr unentgeltlich vom Bund überlassen werden, dann würde die Agentur Verluste schreiben.“

Bezogen auf das Geschäftsjahr 2006 bedeute dies z.B., dass sie bei vollständiger Kostenbelastung nicht einen Jahresüberschuss von 1,2 Millionen Euro, sondern einen Jahresfehlbetrag von 19,4 Millionen Euro aufweise. Und das bei einem Eigenkapital von 11,7 Millionen Euro. Götzl: „Die Finanzagentur wird schön gerechnet. In Wirklichkeit ist sie aber unrentabel. Vermeintlich kostenlose Produkte hat der Anleger zuvor längst über seine Einkommensteuer gezahlt.“

Kein Vollkaskoschutz für Zockerbanken

Warnend wandte sich Götzl auch gegen Experimente bei Sicherungseinrichtungen. Bizarre Modelle, durch die ein Vollkaskoschutz für Zockerbanken entsteht, seien nicht zielführend. Es könne nicht angehen, dass säulenübergreifend gut wirtschaftende Banken für jene Konkurrenz mithaftet, die sich Märkte kauft, dem Wettbewerb mit Dumpingpreisen zusetzt, sich gegenseitig Kunden abjagt, Ertrag um jeden Preis generiert und am Ende des Tages abstürzt.

In die richtige Richtung geht nach Aussagen des Präsidenten was die EU-Kommission zum Anlegerschutz plant. Danach soll die EU-weite Mindestsicherung auf 40.000 Euro bei Einlagen ausgedehnt werden.

Perspektiven für Azubis

Mit Blick auf das gerade begonnene Ausbildungsjahr verwies der bayerische Genossenschaftspräsident auf die Ausbildungsleistung der VR-Banken im Freistaat. „Wir bilden nicht nur sehr gut und heimatnah aus. Wir bieten unseren Azubis auch

Lernen von der weltweit größten Genossenschaft:

Erfolgsrezept Mondragon

Es war schon beeindruckend, wie Jesus M. Herrasti das Erfolgsrezept der im Jahr 1956 gegründeten Genossenschaft „Mondragon“ erläuterte. Der sehr bescheiden auftretende Mann ist der Präsident des siebtgrößten Unternehmens in Spanien. Es beschäftigt in seinen 260 Firmen mehr als 100.000 Mitarbeiter. Der Umsatz lag im Jahr 2007 bei mehr als 13 Milliarden Euro. Die weltweit größte Genossenschaft hat das Solidaritätsprinzip bis in die Führungsebene durchgezogen: Die Manager verdienen maximal das Achtfache des einfachsten Arbeiters. Wenn Herrasti von Mondragon spricht, dann leuchten seine Augen.

Im Jahr 1941 kam der Priester José Maria Arizmendiarrrieta nach Mondragón und gründete zwei Jahre später eine Berufsschule, die heute Teil der Universität ist. Mitte der 50er-Jahre entstand die erste Genossenschaft, bald darauf die Sparkasse und eine Sozialversicherung. 1964 entstand die erste örtliche Genossenschaftsgruppe; fünf Jahre später wurde „Eroski“ etabliert. Die Eroski-Gruppe ist das führende spanische Vertriebsunternehmen von Lebensmitteln. Auch in Südfrankreich ist Eroski nahezu omnipräsent. Das Handelsnetz von Eroski in Spanien verfügt über Hypermärkte und Supermärkte verschiedener Handelsmarken. Zum gigantischen eigenen Netz kommen zahlreiche Franchising-Unternehmen, Reisebüros, Sportartikelzentren, Tankstellen und Parfümerien hinzu.

Heute verfügt Mondragon über Niederlassungen nahezu in der ganzen Welt. In den Bereichen Industrie und Vertrieb sind etwa 96 Prozent der Mitarbeiter beschäftigt. Daneben arbeiten mehr als 1.000 Beschäftigte im Bereich „Wissen“ (u. a. eigene Universität) und fast 3.000 Beschäftigte im Bereich „Finanzen“.

Kontrolliert wird das Imperium von der Delegiertenversammlung und einem ständigen Ausschuss, dem wiederum der Generalvorstand verpflichtet ist. Die genossenschaftlichen Werte Kooperation, Beteiligung an Kapital, Management und Ergebnissen, soziale Verantwortung, Verpflichtung gegenüber der Umwelt und Innovation werden bewußt gelebt und weiterentwickelt.

Die materiellen Ergebnisse - im Fall von Mondragon der Gewinn - werden solidarisch verteilt: Zehn Prozent fließen gundsätzlich in Bildung und genossenschaftliche Förderung, 20 bis 60 Prozent gehen in den Reservefonds. 30 bis 70 Prozent werden ausbezahlt. Über alles wird demokratisch befunden.

Den Schlüssel des Erfolgs von Mondragon sieht Herrasti in der Vorbildfunktion von José M^a Arizmendiarrrieta, im Vorrang des Menschen vor dem Kapital, im Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen Erfordernissen und sozialen Werten, in der Reinvestition der erwirtschafteten Mittel, in der Anpassung an Veränderungen, in der Schaffung wirksamer Instrumente der Interkooperation von Finanzbereich, sozialer Absicherung, Bildung, Innovation, Beschäftigungsmanagement. Dabei kommt der Ausbildung eine Schlüsselstellung zu. „Das gemeinsame Engagement für unser Umfeld bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand war es letztlich, was uns zusammen so stark gemacht hat“ versicherte der Präsident. □

Genossenschaftsverband Bayern:

Bankenaufsicht muss überprüft werden

FDP-Finanzexperte prangert Fehlverhalten der Bankenaufsicht bei HRE an

Die Hypo Real Estate (HRE) unterlag nicht der Finanzaufsicht. Das hat auf Nachfrage das Bundesministerium der Finanzen dem stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Carl-Ludwig Thiele, eingeräumt.

Der FDP-Finanzexperte bestätigte dies im Exklusiv-Interview mit „Profil – das bayerische Genossenschaftsblatt“. Er zeigte sich überrascht, „dass die HRE – immerhin ein Dax-Wert mit einer Bilanz von gut 400 Milliarden Euro – überhaupt nicht der Finanzaufsicht unterliegt“.

Mehr Spezialisten in der Bankenaufsicht

Für Thiele ist nicht nachvollziehbar, dass die HRE nach dem Kauf der Depfa im Sommer 2007 nicht in den Blick der Bankenaufsicht gelangte. „Zu diesem Zeitpunkt hätte die Aufsicht schon das Finanzministerium darauf hinweisen müssen, dass es zwingend erforderlich sei, den Anwendungsrahmen des KWG auf diese Bank auszudehnen.“

Als eine Konsequenz aus der Finanzkrise tritt der Bundestags-

abgeordnete dafür ein, die Bankenaufsicht zu überprüfen. „Es muss großer Wert darauf gelegt werden, dass systemrelevante Prüfungen über die Eigenmittelausstattung und die Liquidität stärker durch die Aufsicht erfolgen.“ Außerdem fordert er mehr Spezialisten in der Bankenaufsicht. Zudem sollte die Finanzaufsicht die Möglichkeit bekommen, „Finanzprodukte, die zu komplex und unüberschaubar sind, nicht zu genehmigen“.

Das Exklusiv-Interview mit Carl-Ludwig Thiele erscheint in der November-Ausgabe von „Profil – das bayerische Genossenschaftsblatt“ und kann bereits jetzt unter http://www.gv-bayern.de/GVB-Site/Profil/Thiele_interview_11_08?start=1&nde=10&seite=1&filter=Alle abgerufen oder unter der Adresse profil@gv-bayern.de angefordert werden. □

und der Kreditvergabe – insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen.

Die Rechnungslegungsvorschriften für Banken werden so verändert, dass Krisensituationen nicht zu unrealistischen Verzerrungen in den Bankbilanzen führen. Gefährliche Schieflagen sollen hierdurch verhindert werden.

Keine Leistung ohne Gegenleistung

Klar ist: die Hilfen des Bundes wird es nur geben, wenn auch die Banken zu ihrer Verantwortung stehen und sich an bestimmte Regeln halten. Sie müssen für die staatlichen Bürgschaften Gebühren zahlen. Beteiligt sich der Staat an einer Bank, so ist er – und damit der Steuerzahler – auch an möglichen Gewinnen des Instituts beteiligt.

Die eingeleiteten Maßnahmen werden international koordiniert und abgestimmt. Die Bundesregierung wird weitere Rechtsänderungen zur Regulierung der Finanzmärkte auf den Weg bringen und sich dafür einsetzen, dass diese Regelungen international übernommen und akzeptiert werden.

Die Länder beteiligen sich solidarisch am beschlossenen Maßnahmenpaket und den damit verbundenen möglichen finanzi-

ellen Risiken. Die Staatsregierung hat sich dafür eingesetzt, eine finanzielle Überlastung der Länder und insbesondere Bayerns zu verhindern. Vereinbart wurde, dass sich die Länder mit 35 Prozent an den Kosten des Rettungsplans, dessen tatsächliche Höhe derzeit nicht zu beziffern sei, beteiligen. 65 Prozent trägt der Bund. Der Länderanteil wurde auf eine Maximalbelastung von 7,7 Mrd. Euro gedeckelt. Das bedeutet für Bayern im schlimmsten Fall eine finanzielle Belastung in Höhe von rund 1,2 Mrd. Euro.

Ministerpräsident Beckstein betonte, dass dies sehr viel weniger als befürchtet sei. Außerdem bekommen die Länder Mitwirkungsrechte beim Maßnahmenpaket des Bundes. Gleichzeitig müssen die Länder im Ausmaß ihrer Anteile an Landesbanken und ihrer Zweckgesellschaften selber mögliche Risiken tragen.

Staatsgarantie für Sparer

Zusätzlich zu den bestehenden Einlagensicherungssystemen hat der Bund eine Staatsgarantie für die Sparer in Deutschland ausgesprochen. Garantiert werden alle Ersparnisse der Bürger, die auf Giro- oder Sparkonten lagern. Geschützt werden aber auch Tages- und Festgeldkonten. Dieser Schritt sorgt für Vertrauen: Sparen ist in Deutschland sicher.

„Die Krise ist Resultat grober Verletzungen der Spielregeln und der ethischen Grundlagen, ohne die eine Soziale Marktwirtschaft nicht auskommt“ heißt es in der CSU-Verlautbarung. „Die soziale Marktwirtschaft bietet geordnete Märkte. Der Staat ist der Hüter dieser Ordnung. Er muss ein klares und kalkulierbares Rahmenwerk setzen und über die Einhaltung der für alle geltenden Spielregeln wachen.“ □

MODERNER STAAT 2008 in Berlin:

Ausblick auf Verwaltung 2020

Jährlich ziehen über 3.000 Praktiker aus der öffentlichen Verwaltung in Berlin Bilanz und informieren sich über Status Quo und neue Modernisierungsprojekte im öffentlichen Sektor. So auch in diesem Jahr, wenn vom 4. bis 5. November die zwölfte Auflage der Messe und des Kongresses MODERNER STAAT zum Gipfeltreffen der Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen lädt. Die Messe mit ihrem begleitenden Kongress ist die größte deutsche Ideenbörse für Verwaltungsmodernisierung. In neuen Hallen und erstmals aufgegliedert in Themen-Areale bieten mehr als 200 Aussteller Konzepte für die effiziente Verwaltung und zeigen Produkte und Lösungen rund um die Themen Verwaltungsmanagement, IT und E-Government, Personal- und Finanzverwaltung, Beratung und Services.

Der Blick ein Jahrzehnt voraus offenbart viele Fragen: Wie strategiefähig sind Bund, Länder und Kommunen? Sind die deutschen Verwaltungen langfristig fit für Europa? Wie werden die neuen Technologien, das Web 2.0 und vor allem der demografische Wandel die öffentliche Verwaltung in den nächsten zehn Jahren verändern? Erstmals untersucht MODERNER STAAT mit einem eigenen Zukunftsreport die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts und gibt Antworten auf die Frage: Wie sieht die öffentliche Verwaltung im Jahr 2020 aus?

Im Auftrag von MODERNER STAAT erstellte das Beratungsunternehmen Prognos eine Studie, die die wichtigsten Pro-

bleme und Handlungsfelder der öffentlichen Hand im Jahr 2020 beschreibt. Der „MODERNER STAAT Zukunftsreport“ verdichtet die Prognosen und Vorstellungen ausgewählter Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zur Zukunft der öffentlichen Verwaltung. Globalisierung und Europäisierung, moderne Technologien, neue Dialogformen, Demografie und Personalentwicklung und nicht zuletzt die Finanzsituation sind dabei wichtige Herausforderungen der Zukunft.

Zukunftsreport

In Berlin werden mit dem Zukunftsreport die wichtigen Themen zur Sprache gebracht so-

wie Instrumente vorgestellt und diskutiert, mit denen grundlegende Reformen umgesetzt werden können. Der Zukunftsreport wird Thema der diesjährigen Podiumsdiskussion am ersten Messtag sein, die erstmals im großen Foyer Süd der Messe Berlin stattfindet. Die Diskussion schließt sich der Rede von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble an, der als Schirmherr von MODERNER STAAT die Messe eröffnet. Darüber hinaus sind die Messebesucher zweimal täglich eingeladen, im Best Practice Forum mehr über die Ergebnisse zu erfahren und mit Teilnehmern der Studie zu diskutieren.

Berlins Überlegungen zu besseren Serviceleistungen

Mit der Zukunft der Verwaltung beschäftigt sich auch das Land Berlin im Kongressprogramm von MODERNER STAAT. „Die Zukunft planen - Strategische Überlegungen zur Berliner Verwaltung“ heißt der Beitrag der Senatsverwaltung für Inneres, die erstmals als Aussteller auf der Messe vertreten ist. Die Senatsverwaltung erarbeitet zur Zeit gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik bis Anfang 2009 eine Studie, die sich mit der vermutlichen Entwicklung der Leistungs- und Serviceangebote in Städten und speziell in Berlin in den nächsten fünf bis zehn Jahren beschäftigt und praxistaugliche Vorschläge für Politik und

Kommunaler Straßenbau in Niederbayern:

110 Millionen Euro Fördermittel

„Der landesweite Ausbau des Straßennetzes und dessen Erhaltung haben für uns hohe Priorität. Nur mit leistungsfähigen und sicheren Verkehrswegen kann Bayern als Wirtschaftsstandort bestehen“, stellte Finanzminister Erwin Huber bei der Verkehrsfreigabe des „Alfred-Dick-Rings“ (Südring) in Straubing fest.

Investitionen in den Straßenbau seien auch immer Investitionen in die Zukunft. Und dabei zeige gerade die Förderung des kommunalen Straßenbaus, dass der Freistaat Bayern und seine Kommunen bei der Lösung dieser existenziellen Zukunftsfragen an einem Strang ziehen, betonte Huber und ergänzte: „Wir

in das Ergebnis mit ein. Diesem zufolge hätten die Aufsichtsräte privater Banken in allen 14 Kriterien ein höheres Kompetenzniveau erreicht als die Vertreter öffentlicher Banken. Besonders markant äußert sich der Unterschied in punkto Finanzmarkt- und Top-Mana-

gagement. Während immerhin mehr als ein Drittel der Aufsichtsräte privater Institute über Erfahrung im Finanzmarkt bzw. im Top-Management verfüge, hätten nur zehn bzw. 11,4 Prozent in diesen Bereichen Erfahrung gesammelt.

Der Kongress und die Best Practice Foren sind seit vielen Jahren wichtiger Bestandteil von MODERNER STAAT. Allein der Kongress beleuchtet in insgesamt 31 Foren die aktuellen Entwicklungen, stellt Praxisbeispiele vor und gibt konkrete Handlungsempfehlungen. Zusammen mit seinen Kongresspartnern BMI, KGSt und DHV Speyer präsentiert die Messe insgesamt 100 Referenten und 50 Stunden Vortragsprogramm.

Mit „Trends“ schafft MODERNER STAAT eine neue Rubrik im Programm, die u.a. die Themen IT Infrastructure Library (ITIL) oder die Entwicklungen im Public Management wie z.B. das energie- und umweltbewusste Agieren von IT-Dienstleistern erörtert. Die neue Rubrik ergänzt die bewährten Themenstränge E-Government, IT-Security / IT-Management, Finanzmanagement, Prozessmanagement, Personalmanagement sowie Strategie & Organisation.

Thematische Hallenstrukturierung und Themenareale

Mit dem Umzug in die Hallen 2 und 4 des Berliner Messegeländes hat MODERNER STAAT seine Ausstellungsfläche in diesem Jahr um rund 15 Prozent vergrößert. Darüber hinaus wird der Ausstellungsbereich erstmals thematisch strukturiert: Die Themenareale E-Government/IT, Hardware, Finanzen, Personal, Beratung & Services und Best Practices sor-

Doppik mit DATEV

Informationen und Angebote rund um das kommunale Rechnungswesen

Ihren Auftritt auf der Messe Moderner Staat in Berlin richtet die Nürnberger DATEV eG auf das Thema kommunale Doppik aus. Auf dem Stand 120 in Halle 4 des Messegeländes Berlin präsentiert der IT-Dienstleister sein komplettes Produkt- und Leistungsspektrum für Kommunen und kommunale Unternehmen. Kern des Angebots ist das durchgängige, zertifizierte Softwarepaket rund um das kommunale Rechnungswesen. Unterstrichen wird die Kompetenz im Doppik-Umfeld auch durch einen Fachvortrag aus der Praxis, der den Besuchern am Messe-Dienstag angeboten wird.

Der Referent ist Matthias Klemm, Bürgermeister der Gemeinde Tabarz in Thüringen, die gerade mit Unterstützung durch DATEV ein kaufmännisches Rechnungswesen einführt. Auf Basis seiner Erfahrungen schildert er zunächst allgemein die Vorteile, die eine Doppik-Umstellung mit sich bringt. Dabei berichtet der Bürgermeister, warum sich Tabarz frühzeitig für den Umstieg entschieden hat und wie die Ziele der Umstellung konkret erreicht werden sollen. Zudem geht er darauf ein, welche Aufgaben bei der Umsetzung der rechtlichen Vorgaben – etwa bei der Vermögenserfassung und -bewertung – bewältigt werden müssen und wie diese in der Praxis angegangen werden.

Fundierte Beratung ist ein Kernaspekt erfolgreicher Doppik-Umstellungen. Deshalb nimmt das Consulting innerhalb des DATEV-Angebots einen besonderen Stellenwert ein. Je nach Bedarf stehen umfassend ausgebildete Consultants des Unternehmens zur Verfügung, um ein solches Projekt einfach zu begleiten oder aber das Projektmanagement zu übernehmen und individuelle Schulungskonzepte zu erarbeiten. Dabei greifen sie auf Erfahrungen aus zahlreichen Doppik-Umstellungen in Städten und Gemeinden aus verschiedenen Bundesländern zurück. □

Ifo-Untersuchung kritisiert inkompetente Kontrolleure:

Banken-Aufsichtsräte unqualifiziert

Das Institut für Wirtschaftsforschung ifo <http://www.ifo.de> hat den Aufsichtsräten deutscher Banken ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. In einer Untersuchung wird besonders den Kontrolleuren öffentlich-rechtlicher Institute mangelnde Finanzmarktkenntnis und Bankerfahrung unterstellt. Ihre Kollegen im Privatsektor schneiden dagegen besser ab.

Die Finanzkompetenz in den Aufsichtsräten der untersuchten staatlichen Landesbanken und öffentlichen Förderbanken sei nur schwach ausgeprägt, wodurch es oft an einer effektiven Kontrollfunktion mangle. „Die besonders hohen Verluste dieser Banken sind auch aus dem Fehlen effektiver Managementkontrolle erklärbar“, urteilt das ifo.

Handlungsbedarf

Aus der unzureichenden Kompetenz, die Bankenvorstände angemessen zu kontrollieren, resultiere ein politischer Handlungsbedarf, die Aufsichtsratsstrukturen zu reformieren. Ansonsten würden die öffentlich-rechtlichen Banken Gefahr laufen, „zu einer fort-dauernden Hypothek für den Steuerzahler zu werden“, warnt Harald Hau von der Wirtschaftshochschule INSEAD und ifo-Wissenschaftler Marcel

Thum. Bei den Aufsichtsräten einzugreifen sei vordringlicher als eine umfassende Marktregulierung. „Forderungen nach zusätzlicher Bankenregulierung erscheinen weitgehend irrelevant, solange die bestehenden Aufsichtsratsstrukturen einer hinreichenden Kontrollkompetenz entbehren“, so die Experten.

Kontrollkompetenz

Eine Kontrolle der komplexen Finanzmärkte durch Bankaufsichtsräte bleibe illusorisch, solange die Mitglieder keine hinreichende Finanzkompetenz besitzen. Die ifo-Untersuchung misst die Kontrollkompetenz von über 400 Aufsichtsratsmitgliedern der 29 größten deutschen Banken anhand 14 verschiedener Kriterien. Lebenslauf, Ausbildung sowie Managererfahrung fließen

Es gibt einen sicheren Weg bei der Umstellung auf die

DOPPIK

führen Sie am besten mit DATEV ein. Schließlich sind wir nicht nur führend beim Rechnungswesen, sondern auch der Spezialist für ein zukunftsweisendes kommunales Finanzmanagement.

Wir begleiten Sie in allen Phasen der Umstellung auf die doppelte Buchführung: Mit leistungsstarker Software, einem umfassenden Projektmanagement und individuellen Serviceangeboten. Und auch anschließend, im laufenden Betrieb stehen wir Ihnen beratend zur Seite. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater, Ihrem Wirtschaftsprüfer oder unter der Telefonnummer 0800 0114348.

www.datev.de/kommunal

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Jahrhundertbauwerk der Stadtwerke München sichert Trinkwasserversorgung:

Erneuerung der Zuleitungen aus dem Mangfalltal

Von Dipl.-Ing. (Univ) Jörg Schuchardt aquaKomm
Dipl.-Ing. (FH) Georg Maier SWM

Bereits Ende Juni diesen Jahres nahmen Oberbürgermeister Ude und der Geschäftsführer der SWM, Stephan Schwarz, die neue Trinkwasserzuleitung der SWM aus dem Mangfalltal in Betrieb. Mit einer Wasserfontäne wurde daran erinnert, dass vor 125 Jahren, damals am Sendlinger Tor ebenfalls mit einer Wasserfontäne, die kommunale Wasserversorgung Münchens ihren Anfang nahm.

Seit 1883 beziehen die Bürger der Stadt München ihr tägliches Trinkwasser aus den Quellen im Mangfalltal, nördlich von Miesbach. Prof. Pettenkofer erkannte seinerzeit den Zusammenhang zwischen Wassergewinnung aus Brunnen und der Verunreinigung des Bodens und des Grundwassers durch die allorts übliche Versickerung von Abwässern in den Untergrund. Damit begann die Erfolgsgeschichte der Münchner Wasser-

versorgung in kommunaler Hand. Schon damals war es nicht einfach, neue Wege zu beschreiben. Nicht ganz unangefochten von den Skeptikern in den eigenen Reihen setzte damals der Magistrat das bahnbrechende Projekt durch, Wasserquellen aus dem Mangfalltal für die Versorgung der Münchner Bürger zu erschließen. 125 Jahre nach dem Beginn der kommunalen Wasserversorgung wird nun ein weiteres Projekt abgeschlossen,

dass im Verständnis von Nachhaltigkeit die Bezeichnung „Jahrhundertbauwerk“ verdient.

Die alten, inzwischen etwas in die Jahre gekommenen Leitungen aus dem Mangfalltal werden durch eine neue Stollenleitung ersetzt. Die SWM tragen damit Sorge, dass auch zukünftig zu jeder Zeit, in ausreichender Menge bestes Trinkwasser den Bürgern der Landeshauptstadt und für einige der umgebenden Gemeinden zur Verfügung steht.

Bei der Planung für diese neue Leitung berücksichtigten die Stadtwerke München zum einen die Möglichkeiten modernster Tunnelbau- und Rohrverlegetechniken, achteten andererseits aber stets darauf, die natürlichen Randbedingungen vorteilhaft im ökologischen und wirtschaftlichen Sinne einzubeziehen.

Übersicht der Wasserversorgung der Stadt München

Die Stadt München erhält heute ihr Trinkwasser aus drei Gewinnungsgebieten im nördlichen Alpenvorland. Dabei werden, bezogen auf die durchschnittliche Jahresmenge des Wasserbedarfs aus den Gewinnungsanlagen des Mangfalltales, also den ersten Anlagen, noch heute etwa 75 % bis 80 %, aus dem Gewinnungsgebiet bei Oberau etwa 20 % und aus Förderwerken in der Münchner Schotterebene bis zu maximal 5 % (nur für Spitzenbedarf oder im Ersatz bei Ausfall anderer Gewinnungseinrichtungen) abgedeckt.

Aus allen Gewinnungsgebieten wird das Wasser naturbelassen, ohne Aufbereitung und ohne jegliche Behandlung über Freispiegelleitungen (bisher) aus dem Mangfalltal und über eine Druckleitung aus Oberau den Speicherbehältern zugeleitet.

Die neue Zuleitung aus dem Mangfalltal

1993 gab der Münchner Stadtrat mit Oberbürgermeister Christian Ude an der Spitze die Zustimmung für die Erneuerung der Trinkwasserzuleitung aus dem Mangfalltal. Die Stadt München und die SWM setzten damit ein klares Bekenntnis zum Fortbestand der Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand. Mehr als 180 Millionen Euro investierten die SWM in dieses zukunftssträchtige Projekt. Es ist nicht eine kurzfristige Rendite, die diese Investition bestimmt, sondern die Sorge um eine langfristige Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge.

Stollen und Rohrbau

Zwischen Thalham, nördlich von Miesbach gelegen, bis nach Deisenhofen wurde in großer Tiefe ein Stollen von 30 km Gesamtlänge bergmännisch aufgeföhren. Die Bauausführung der neuen Zuleitung wurde in vier Bauabschnitten unterteilt, von denen jeder sofort nach seiner Fertigstellung in Betrieb genommen wurde. Zum Gesamtprojekt gehören neben dem Bau einer neuen Zuleitung als Gefälledruckleitung auch der Bau verschiedener Betriebseinrichtungen. Der Mangfallstollen umfasst die Erneuerung der Zuleitungen zwischen Maxlmühle und Grub.

Der Mühlthalstollen schließt sich lagenmäßig an den Mangfallstollen nach Süden hin an und erstreckt sich bis an den Rand

des Gewinnungsgebietes im Talkessel bei Thalham/Reisach. In beiden Fällen verläuft der Stollen in großer Tiefe im Tertiär. Im System vergleichbar sind die Verhältnisse am Hachinger Stollen, wo das Gleibental ebenfalls in tertiärem Untergrund unterquert wurde. Dagegen liegt der Hofdinger Stollen, mit 17 km der längste Abschnitt, in quartären Schichten oberhalb des Grundwassers. Von besonderer Bedeutung sind daneben der Bau eines Steuer- oder Scheitelbehälters an der Maxlmühle und der Neubau eines Behälterzulaufbauwerks in Deisenhofen.

Das Bauprinzip folgte in allen Bauabschnitten dem gleichen Muster. Von einem Startschacht wird der Stollen mit einer Tunnelbohrmaschine aufgeföhren, wobei das Ausbruchmaterial jeweils zum Startschacht zurück und von dort übertrage transportiert wird. Bei den langen Bauabschnitten wurden zur Versorgung der Baustelle während der Bauzeit Zwischenschächte erforderlich, über die Energie oder Luft zu- und abgeföhrt werden kann, und die auch für den später folgenden Einbau der Rohre von Bedeutung sind. Die Hauptschächte wurden zur späteren Übernahme von Betriebsfunktionen der Leitung ausgebaut. Über diese Schächte ist nun jeweils ein Zugang zur Leitung für Kontrollzwecke möglich.

Hofdinger Stollen

Der letzte und zugleich längste Bauabschnitt erstreckt sich zwischen Grub am Südrand der Münchner Schotterebene und Oberhaching/Deisenhofen. Dieser Stollen wurde in zwei Richtungen aufgeföhren.

Vom Startschacht ca. 300 m östlich der Autobahn A8, Ausfahrt Hofdinger Forst und damit etwa in der Mitte der Gesamtstrecke gelegen, erfolgte der Vortrieb zunächst in Richtung Grub. Nach Fertigstellung des Südabschnittes wurde die Bohrer- oder auch Vortriebsmaschine im Schacht Grub geborgen und erneuert im Startschacht, diesmal in Richtung Gleibental eingesetzt. Der Vortrieb erfolgte im Teilschnittverfahren in quartären Untergrund mit wechselnden Lagen aus Schotter und Nagelfluh oberhalb des Grundwassers. Dabei erzielten die Mineure erstaunlich gute Vortriebsresultate von durchschnittlich 24 m pro Tag. Parallel zum Vortrieb des Nordabschnittes konnte nach Fertigstellung des Südabschnittes im Startschacht bereits mit dem Einbau der Großrohre begonnen werden. Jedes Rohr mit einer Einzellänge von 12 m und einem Durchmesser von 2,20 m wurde auf Hubwagen und Gleisen in den fertigen Stollen zum Einbauort geföhren und dort mit dem bereits eingebauten Rohr verschweißt.

Informationen zur Technik

Der Stollen wurde bergmännisch mit einem lichten Innendurchmesser von 2,90 m aufgeföhren und mit einer Aussteifung aus Betonfertigteilen, so genannten Tübbings von 18 cm Wandstärke ausgekleidet. Die eigentliche Wasserleitung ist ein Stahlrohr mit einem Durchmesser von 1800 mm im Mühlthalstollen von Thalham bis zur Maxlmühle. Wegen des Zuflusses aus den Mühlthaler Hangquellen vergrößert sich der Durchmesser ab hier bis nach Deisenhofen auf 2200 mm. Eine Zementmörtelauskleidung der Stahlrohre bietet hygienische Sicherheit und Korrosionsschutz.

Der Hohlraum zwischen Tübbingausenkante und Gebirge wird mit einem Verpressmörtel geschlossen. Der Ringraum zwischen Stahlrohr und Tübbingenschale wird mit einem hydraulischen Füllbinder gefüllt. Das Sy-



Darüber, dass alles fachgerecht erstellt wurde, konnten sich OB Ude und Geschäftsführer Schwarz bereits im Vorfeld der Inbetriebnahme bei einer „Radfahrt“ durch die Leitung informieren. □

stem und Verfahren dazu wurde von einem Mitarbeiter der SWM entwickelt und ist patentiert. Die maximale Förderkapazität der neuen Zuleitung beträgt 4.200 l/s.

Bauen mit der Natur

Den natürlichen Rahmenbedingungen schenken die Planer von Beginn an größte Beachtung. Als oberster Grundsatz galt, die gegebenen topografischen Verhältnisse auch für die neue Leitung vollständig nutzbar zu machen. Mit dem natürlich vorhandenen Gefälle war es damit möglich, auch zukünftig auf den Einsatz zusätzlicher Energie für den Transport des Wassers zu verzichten. Darüber hinaus wird die im Wasserstrom vorhandene Restenergie in einer Turbine vor Eintritt in den Behälter Deisenhofen in elektrischen Strom umgewandelt. Die Auslegung der Betriebseinrichtungen und die Anforderungen an die Qualität der verwendeten Baumaterialien erlauben einen wartungsarmen und damit kostengünstigen Betrieb.

Alle Baumaterialien entsprechen den Anforderungen zur Sicherung eines gesunden naturbelassenen Trinkwassers. Durch die Bauweise, bei der die Leitung in einem bergmännisch aufgeföhrenen Stollen verlegt wurde, konnte die Bautätigkeit auf nur wenige punktförmige Baustelleneinrichtungen konzentriert werden, mit nur geringen Eingriffen in die umgebende Natur.

Umfrage zu Wirtschaftsdaten in der Abwasserbeseitigung:

Niedrigere Gebühren

Trotz drastisch steigender Energiepreise sind die Gebühren für die Leistungen der kommunalen Abwasserbeseitigung in Deutschland zwischen 2006 und 2007 durchschnittlich um 0,2 % zurückgegangen. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage zu den Wirtschaftsdaten in der Abwasserbeseitigung, die der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit dem Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) durchgeführt haben. An der Datenerhebung hatten sich überwiegend mittlere und größere Abwasserunternehmen mit insgesamt 38 Mio. in den Entsorgungsgebieten gemeldeten Einwohnern beteiligt.

Die einwohnerspezifische Jahresbelastung bei der Abwasserentsorgung beträgt nach dieser Umfrage im Mittel 110 Euro, also etwa 30 Cent pro Tag und Einwohner.

Städte und Gemeinden sowie ihre Unternehmen haben im Jahr 2007 mit Investitionen von über 4,2 Mrd. Euro einen erheblichen Beitrag zur Qualitätssicherung der öffentlichen Abwasserentsorgung geleistet, an die mittlerweile über 95 % der Bevölkerung in Deutschland angeschlossen sind. Erfreulich ist, dass ein Großteil der getätigten Investitionen insbesondere der mittelständischen Bauwirtschaft in Deutschland zugute gekommen ist.

Ein Blick in die kommunale Abwasserbeseitigung zeigt zudem, dass unterschiedliche Rahmenbedingungen in der Praxis dazu führen können, dass sich die Kosten für die Bürger regional stark unterscheiden. Ursächlich hierfür sind u. a. der schwankende Wasserverbrauch, örtliche Topografieunterschiede, Unterschiede bei der zeitlichen Investitionsfähigkeit, deren Finanzierung

Eine überlegte Wahl der Einzelstandorte reduzierte die Belastung der örtlichen Umgebung durch Baustellenverkehr und Arbeitslärm auf ein Minimum. Die Einzelbaustellen fügten sich unspektakulär in die Landschaft ein. Die LKW und andere schwere Fahrzeuge erreichten über sehr kurze Anschlusswege die Hauptverkehrsstraßen.

Geschenk zu 850-Jahrfeiern

Mit dem Ausbruchmaterial vom Stollenbau wurde ein natürliches, unbelastetes Material gewonnen, das zum Wiederverfüllen ehemaliger Kiesgruben, zum Bau von Forstwegen oder als Baustoff oder -kies weiterverwendet wurde. Alle Baustellenebenen wurden bis auf kleine Zugangsbereiche für später notwendige Inspektions- und Unterhaltsarbeiten nach Beendigung der Baumaßnahme wiederbeplant und unauffällig in die Landschaft eingepasst. Sozusagen als Geschenk zu den 850-Jahrfeiern wird nun das Wasser durch neue Leitungen der Stadt zufließen.

Wer darüber hinaus Näheres über die Wasserversorgung von München erfahren möchte, kann sich in dem ebenfalls neu erschienenen Buch „Quellen für München“ informieren. Es ist im Buchhandel oder im Info-Shop der SWM erhältlich. Herausgeber ist Christian Ude. □

Ist Ihre Wasserversorgung zukunftssicher?
Sind Netze und Anlagen in Ordnung?
Werden die gesetzlichen Pflichten erfüllt?
Haben Sie die Kosten im Griff?

Wir beraten und unterstützen Sie

Wasser –
unser wichtigstes Lebensmittel

Die kommunale Wasserallianz

aquaKomm

aquaKomm – Dienstleistungen für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

aquaKomm GmbH & Co. KG
Emmy-Noether-Str. 2 · 80287 München · Tel 089 2361 3320
info@aquakomm.de · www.aquakomm.de

Einweihung der kommunalen Kläranlage Hutthurm:

Huber-Membranbelebungs setzt Zeichen

Festakt mit Umweltminister Dr. Otmar Bernhard

Nach etwa einjähriger Bauzeit wurde nunmehr die Membranstufe der kommunalen Kläranlage Hutthurm offiziell eingeweiht. Damit wurde die größte Membranbelebungsanlage Bayerns offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Sie reinigt das Abwasser der Gemeinde Hutthurm (Landkreis Passau) und der angeschlossenen Getränkebetriebe. Durch die hohe Güte des Ablaufs der Anlage (feststoff- und bakterienfrei) wird die empfindliche Flusslandschaft der Ilz geschont und damit ein aktiver Beitrag zum nachhaltigen Umweltschutz geleistet.

Für die Hans Huber AG, den mittelständischen Maschinen- und Anlagenbauer mit einer jahrzehntelangen Tradition im Bereich Wassertechnik, ist die Anlage eine der größten bisher ausgeführten Membrananlagen überhaupt und die zweite große

Anlage in Bayern innerhalb von einem Jahr. Beide Bauten sind nun im Regelbetrieb und beweisen die signifikanten Vorteile der Huber Membranbelebungs VRM®-Anlagen in Energieverbrauch und Einfachheit des Betriebs.

Dazu zählen:

- höchste Ablaufqualität durch vollständige Partikelabtrennung;
- bis zu 70 % kleinere Belebungsolumina durch hohe Konzentrationen an aktiver Biomasse;
- Deckschichtentfernung bei minimiertem Energiebedarf durch sequentielle Reinigung der rotierenden Membranen;
- keine Notwendigkeit von Permeatrückerpflügelungen und chemischen Reinigungen;
- Auffinden und Austausch einzelner defekter Module

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall:

60 Jahre erfolgreiche Wasserwirtschaft

Bundestagung in Mannheim mit 500 Experten aus Wissenschaft und Praxis

Auf der diesjährigen Bundestagung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) am 17. und 18. September 2008 in Mannheim gab es einen besonderen Grund zum Feiern: Den 60. Geburtstag einer ihrer Vorläuferorganisationen – der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV), die 1948 in Düsseldorf gegründet wurde.

Zum 1. Januar 2000 ist die DWA durch Zusammenschluss der ATV mit dem damaligen Deutschen Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau e. V. (DVWK) entstanden. Die in Hennef ansässige DWA ist heute mit rund 14.000 Mitgliedern die größte Fachvereinigung ihrer Art in Europa.

Von Beginn an profilierte sich die ATV vor allem als Forum für den fachlichen Erfahrungsaustausch, zunächst über den Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Entsorgungsinfrastruktur. Kurze Zeit später wurde mit der Erarbeitung eines technischen Regelwerks begonnen, in dem Erfahrungswerte und andere praktische nützliche Hinweise für die Planung, den Bau und den Betrieb von Abwasseranlagen festgehalten wurden. Auch Fragen der Abfallwirtschaft gehören seit Gründung der ATV zu den satzungsgemäßen Aufgaben der DWA. Durch die Verbindung mit dem DVWK ist die Vereinigung mit Ausnahme der Trinkwasserversorgung im gesamten Bereich der Wasserwirtschaft tätig.

70 Fachaussteller

Das Vortragsprogramm der Mannheimer Bundestagung bot eine Vielzahl aktueller Beiträge, unter anderem zum Umweltgesetzbuch, den zukünftigen Strategien der Stadtentwässerung, dem Hochwasserschutz durch Deiche, der Abwasserbehandlung sowie zum Thema Gewässer und Talperrren. Während der Veranstaltung präsentierten rund 70 Fachaussteller ihre Produkte und Dienstleistungen. Abgerundet wurde die Tagung durch eine Fachexkursion und ein umfangreiches Rahmenprogramm.

Wichtiger Dialogpartner

Die Festreden wurden unter anderem gehalten von Prof. Karl-Heinz Rosenwinkel (Leibniz Universität Hannover) zum Thema „Gewässerschutz in Deutschland – Viel erreicht? Viel zu tun?“ und Dr. Reza Arkadian, (UN-Water DPC, Bonn) zum International Year of Sanitation 2008. Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner würdigte zum Ju-

biläumsjahr das Engagement und die Leistungen des Verbandes, der wesentlichen Anteil an dem in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland und Baden-Württemberg erreichten hohen Niveau der Wasserwirtschaft habe. „Der Verband ist ein wichtiger Dialogpartner, hat weit reichende Impulse in der Wasserwirtschaft gesetzt und neue Entwicklungen vorangetrieben. Über den Verband ist es gelungen, ein flächendeckend hohes Niveau beim Umwelt- und Gewässerschutz zu erreichen.“

Neue Umwelttechniken in Kläranlagen einbauen

Trotz der Erfolge dürfe es allerdings kein Ausruhen geben, mahnte Gönner. So müsse verstärktes Augenmerk den auch nach der herkömmlichen Abwasserreinigung in Kläranlagen noch enthaltenen Spurenschadstoffen wie Arzneimittelrückständen und so genannten Pseudohormonen gelten. Diese Stoffe würden zwar nur in geringen Mengen vorkommen, könnten sich aber in der Umwelt anreichern und so zu einer Gefahr für Ökosysteme werden. „Es sind Wechselwirkungen wie Missbildungen bei Gewässerorganismen bekannt.“ Dabei könnten über neuartige Filtertechniken die Spurenschadstoffe unschädlich gemacht werden. Gönner appellierte deshalb an die kommunalen Kläranlagenbetreiber, notwendige Sanierungen von Anlagen zu nutzen und nachträglich neue Umwelttechniken wie Aktivkohlefilter einzubauen.

Energetische Nutzung von Klärschlamm forcieren

Außerdem müsse gleichzeitig die Verbrennung von Klärschlämmen und damit ihre energetische Nutzung weiter forciert werden. „Es ist ökologischer Unfug, mit viel Aufwand die Schadstoffe aus dem Abwasser zu entfernen, um sie nachher in der Landwirtschaft und der Landschaftspflege auszubringen.“ In Baden-Württemberg werde gezeigt, dass diese so genannte Klärschlammdüngung auf Böden verzichtbar sei: Der Anteil des verbrannten Klär-

schlammes ist von rund 30 Prozent im Jahr 2001 auf zwischenzeitlich über 80 Prozent geklettert. Im Zuge der Novellierung der Klärschlammverordnung müsse nun die Bundesregierung das Ende der Klärschlammabfuhr einleiten, forderte die Ministerin. Ein möglicher Weg könnte in einer gestuften Verschärfung von noch zulässigen Schadstoffgrenzwerten im Klärschlamm liegen.

Klimawandel

Vor ganz neue Herausforderungen werde die Wasserwirtschaft durch den Klimawandel gestellt, fuhr Gönner fort. So würden nach aktuellen Klimaprognosen die jahreszeitlichen Schwankungen zwischen Wasser im Überfluss und Wassermangelsituationen künftig deutlich größer ausfallen. „Das stellt erhöhte Anforderungen an das Wassermanagement.“ Erste Untersuchungen zeigten, dass in den Sommermonaten in südlichen Einzugsgebieten zwischen Donau und Bodensee, dem Hochrheingebiet und südlichen Oberrheingebiet die Niedrigwasserabflüsse um bis zu 20 Prozent abnehmen könnten. Um notwendige Vorkehrungen gezielt treffen zu können, brauche es jedoch weitergehende Informationen über konkrete Auswirkungen des Klimawandels.

Forschungsprojekt KLIWA

Weitere Erkenntnisse erhofft sich die Umweltministerin von dem bereits 1999 initiierten und zwischenzeitlich neben Baden-Württemberg von den Ländern Bayern und Rheinland-Pfalz sowie dem Deutschen Wetterdienst getragenen Forschungsprojekt KLIWA (Klimaänderung und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft). „Mit KLIWA haben wir ein Projekt auf den Weg gebracht, das es erlaubt mittelfristig in allen wichtigen wasserwirtschaftlichen Bereichen die Folgen des Klimawandels abschätzen zu können.“ Wenn auch die Anpassung an die verändernden klimatischen Bedingungen nicht vernachlässigt werden dürften, müssten die Anstrengungen zum Klimaschutz und der Verminderung des Treibhausgasausstoßes konsequent vorangebracht werden, bekräftigte Gönner. „Wir brauchen beides: Die Anpassung und den Kampf gegen den Klimawandel.“ DK

leicht und schnell möglich.

Die VRM®-Einheiten, Units genannt, werden direkt in den Belebungsbecken oder separaten Filtrationsbecken installiert und trennen das biologisch gereinigte Abwasser vom belebten Schlamm. Durch die niedrige Trenngrenze von etwa 38 nm werden dabei alle Partikel, Bakterien und Keime im Belebungsbecken zurückgehalten und mit dem Überschussschlamm entsorgt.

Niedrige Energiekosten

Um eine Deckschichtbildung auf den Membranoberflächen dauerhaft zu verhindern, werden diese segmentweise mit Spülluft überströmt. In den Filtrationspausen wird die Spülluft durch eine Überströmung mit Belebtschlamm verstärkt. Die segmentweise Überströmung sorgt dafür, dass die jeweiligen Membranen mit hoher Intensität gereinigt und gleichzeitig die Energiekosten niedrig gehalten werden.

An den beiden Kläranlagen in Knautnaundorf bei Leipzig und Schwägalp/Schweiz ist das VRM®-Verfahren seit mittlerweile über einem Jahr ohne Probleme im Betrieb. Die Grenzwerte werden bei beiden Anlagen jederzeit zuverlässig eingehalten und die hydraulischen Permeabilitäten sind auf einem hohen Niveau.

Zeichen für Mensch und Umwelt

Unter Anwesenheit regionaler Politprominenz sowie der beteiligten Firmen und Planungsbüros wies Umweltminister Dr. Otmar Bernhard beim Festakt darauf hin, dass mit der größten kommunalen Membrankläranlage Bayerns Hutthurm an der

Ilz ein Zeichen für Mensch und Umwelt setzt. Bernhard: „Die Hutthurmer Membranfilteranlage hat international Vorbildcharakter. Sie ist ein wichtiger Baustein für eine saubere Ilz und zugleich intelligente Anpassung an den Klimawandel - alles andere als eine Allerweltskläranlage.“

Gereinigtes Wasser

Die neuartigen Membranfilter bringen eine hervorragende Reinigungsleistung: So sind die Poren des Filters 3.000 mal kleiner als ein menschliches Haar. Der Filter holt nicht nur feste Stoffe, sondern auch Spurenschadstoffe und Keime aus dem Abwasser. Denn zu einem nachhaltigen Wasserressourcenmanagement, insbesondere im Hinblick auf künftige, längere Dürreperioden, gehört laut Bernhard, gebrauchtes Wasser so sauber wie möglich wieder in den Kreislauf der Natur zurückzugeben. Mit derart gereinigtem Wasser könnten bei Bedarf aber auch problemlose Felder und Grünanlagen bewässert werden.

Ilz-Sonderprogramm

Seit November 2006 gibt es ein Sonderprogramm des Freistaats für eine saubere Ilz, mit dem dort die Ertüchtigung der größeren Kläranlagen gefördert wird. Bereits heute haben zwei Drittel der Fließgewässer in Bayern eine gute oder sehr gute Wasserqualität und beinahe alle bayerischen Seen Badeswasserqualität. Auch die Ilz – „Flusslandschaft der Jahre 2002/2003“ - soll wieder dazu gehören. „Badeverbote an der Ilz gehören bald der Vergangenheit an und die Menschen können ihren Fluss im Sommer wieder richtig genießen. Auch die Tier-

und Pflanzenwelt profitiert vom sauberen Wasser“, erklärte Bernhard.

Seit 1946 haben die bayerischen Kommunen rund 32 Milliarden Euro in die Abwasserreinigung investiert, und der Freistaat hat 8,2 Milliarden Euro an Förderung dazu gegeben. Das Ergebnis sind in Bayern weiter Anschlussgrad von 96 Prozent und die deutschlandweit günstigsten Abwassergebühren.

Profit für Marktgemeinde

Bürgermeister Hermann Baumann zufolge war die Kläranlage aus dem Jahre 1978 „eine der größten und dem Stand der damaligen Technik modernsten Kläranlage im Landkreis Passau“. Sie sei Voraussetzung gewesen für eine positive Entwicklung der Marktgemeinde, „es konnten Baugebiete ausgewiesen, Bauvorhaben auf den Dörfern genehmigt und Gewerbe angesiedelt werden“.

Hohe Leistungsfähigkeit

Da eine funktionierende Abwasserbeseitigung eben nicht nur Umwelt- und Naturschutz sei, hätten sich die Verantwortlichen in Hutthurm für eine neue Kläranlage ausgesprochen. Es handle sich hier um „eine Einrichtung, die höchsten Anforderungen genügt, sich durch besondere Leistungsfähigkeit auszeichnet und uns in der Abwasserfrage für geraume Zeit Problemfreiheit beschere sollte“.

Baumann abschließend: „Unsere neue Membranbelebungsanlage funktioniert sehr gut... Die erhöhte Reinigungsleistung wird dazu beitragen, dass die Ilz wieder Badewasserqualität bekommt.“ DK



Entsorgungswege sichern - Kosten reduzieren

ROTAMAT® Schneckenpresse RoS 3Q - die günstige Alternative zur landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung

Durch die hohe Entwässerungsleistung der RoS 3Q erlangen Sie maximale Freiheit in der Weiterverwendung ihres Klärschlammes. Bei minimalen Investitions- und Betriebskosten.

HUBER Schneckenpressen arbeiten zuverlässig vollautomatisch und geräuscharm.

www.huber.de
info@huber.de

HUBER
TECHNOLOGY

Erster Kommunalen Stiftertag in Rosenheim:

„Jede Stiftung ist ein Gewinn“

Die Zahl der Stiftungen in Deutschland wächst derzeit so schnell wie nie zuvor. In den vergangenen 20 Jahren hat sich ihre Anzahl nahezu verdreifacht auf aktuell rund 15.500. Erstmals wurden im Jahr 2007 mehr als 1000 neue Stiftungen ins Leben gerufen – das ist Rekord. Auch in Rosenheim gibt es zahlreiche Stiftungen. Ihnen und ihrer Arbeit war der Erste Kommunale Stiftertag gewidmet.

Welche unterschiedlichen Beweggründe hinter dem Thema Stiftungen stehen, hat die so genannte „Stifter-Studie“ der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2005 untersucht. Befragt wurden 400 Stifter. Demnach sind das Verantwortungsbewusstsein gegenüber Mitmenschen sowie der Wunsch, etwas zu bewegen, bis heute die populärsten Stiftungsgedanken.

Beweggründe

Daneben wird mit einer Stiftung häufig eine bestimmte Einrichtung langfristig unterstützt, Notleidenden geholfen oder das Andenken an nahe stehende Person gewahrt. Zu den wichtigsten Anlässen für eine Stiftungsgründung zählen der Wunsch, den persönlichen Nachlass zu ordnen, das Fehlen geeigneter Erben, ein plötzlicher Vermögenszuwachs oder ein persönlicher

Schicksalsschlag. Die größte Stiftungsdichte in Bayern weisen die Städte Würzburg und München auf – bundesweit führt unangefochten Frankfurt am Main.

Auch wofür Gelder gestiftet werden, lässt sich klar ausmachen: Laut einer Erhebung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen sind in den neuen Bundesländern Kunst und Kultur, Umwelt sowie andere gemeinnützige Zwecke deutlich häufiger vertreten als im Westen der Bundesrepublik. Stiftungen, die sich für Bildung, Erziehung, Wissenschaft oder Forschung einsetzen, sind vermehrt in den alten Bundesländern zu finden. Im Bereich Soziales zeigen sich keine Unterschiede.

Möglichkeiten

Es gibt verschiedene Möglichkeiten des Stiftens. Stiftungen im „klassischen“ Sinn bedeutet die

Gründung einer gemeinnützigen Stiftung (selbständig oder unselbständig) und ihre finanzielle Ausstattung mit einem so genannten Grundstock. Seine Höhe ist nicht vorgeschrieben. Daneben gibt es die Möglichkeit des Zustiftens. Dabei zahlt man in den Kapitalstock einer bestehenden Stiftung ein, was sich besonders für kleinere Beträge eignet. Unter Spenden schließlich versteht man die Gabe eines Betrages, der zum baldigen Verbrauch im Sinne der Stiftungssatzung bestimmt ist, z. B. für ein aktuelles Projekt.

Appell der Bürgermeisterin

„Gehen Sie stiften“: Mit diesem humorvollen Appell eröffnete Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer den Rosenheimer Stiftertag, an dem sich Vertreter aus Politik und Wirtschaft ebenso wie Stiftungsgründer einfinden. Wie die Rathauschefin erläuterte, ermögliche es eine Stiftung, zur Gestaltung des Gemeinwesens beizutragen und das über die eigene Lebensspanne hinaus. In anderen Ländern sei dies schon lange üblich. In Deutschland setze sich dieser Gedanke allmählich ebenfalls durch. Derzeit wachse die Zahl solcher Einrichtungen gerade in Bayern so schnell wie nie zuvor.

Regierungspräsident Christoph Hillenbrand zeigte sich überzeugt davon, dass diese Form des gesellschaftlichen Engagements in Zukunft weiter zunehmen wird. Ohne Sponsoren sei die Unterstützung in kulturellen, medizinischen, wissenschaftlichen oder humanitären Bereichen oft nicht möglich. Alfons Maierthaler, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling, hob lobend hervor, dass es sich bei Stiftern „meist um Menschen handelt, die in ihrem Leben viel bewegt haben“. Oft stelle sich dann die Frage, besonders wenn es keine Erben ge-

be, wie das mühevoll erarbeitete Vermögen dauerhaft sinnvoll eingesetzt werden könnte.

Teilnehmer einer Podiumsdiskussion gingen der Frage nach, welche Motivation zur Gründung einer Stiftung führt und welche Erfahrungen man dabei macht. Oliver Döser, Vorsitzender der OVB-Medienhaus-Stiftung erklärte, ihm lägen besonders die Jugend und behinderte Menschen am Herzen. Ein Kernstück des sozialen Engagements sei auch die alljährliche OVB-Weihnachtsspendenaktion. Prof. Anton Kathrein, Chef des gleichnamigen Antennenherstellers, meinte: „Stiften macht Spaß.“ Auf diese Weise unterstützt er nicht nur die Jugend: „Ohne Förderung kann es in vielen Fällen keine Kultur zu bezahlbaren Preisen geben.“

„Stifter leben länger“

Die Gertraud-Stumbeck-Stiftung Rosenheim wiederum hilft laut Vorstand Dr. Helmut Schmidt vor allem alten, kranken und behinderten Menschen. Was in den USA längst üblich sei, werde sich in Zukunft auch in Deutschland vermehrt durchsetzen. Moderator und Notar Dr. Sebastian Spiegelberger riet dazu, bereits zu Lebzeiten eine Stiftung zu gründen und nicht erst durch das Testament. Ralf Gigerich vom Bundesverband Deutscher Stiftungen ergänzte: „Jede Stiftung ist ein Gewinn.“ Immerhin sei jetzt auch wissenschaftlich erwiesen: „Stifter leben länger.“

Da sich das Podium darin einig war, „dass wir nur gemeinsam gewinnen können“, sprach es sich für eine Vernetzung der bestehenden Stiftungen in der Stadt Rosenheim und im Landkreis aus. Dadurch sei ein besserer Erfahrungsaustausch möglich.

Informationen zum Thema bot auch eine Ausstellung, die derzeit im Hans-Schuster-Haus in Rosenheim zu sehen ist. Zudem konnten sich Interessierte in zwei offenen Workshops von Fachleuten über Stiften, Zustiften und Spenden kostenlos informieren lassen. **DK**

schichte des Burgstalles, von dem heute noch der Stadel und die Kapelle zu sehen sind. Die Wald-



Landrat Stefan Rößle. □

gaststätte lädt hier zu einer Wanderbrozeit ein. Direkt am Parkplatz der Gaststätte liegt der Sueterrand hinauf zum Riegelberg und zu den berühmten Ofnethöhlen. Der Rückweg der Entdeckungsreise folgt dem Flusslauf der Eger nach Nördlingen. Interessante Stationen überraschen den Wanderer auf dieser Route, allesamt anhand verständlich verfasster Infotexte auf den „Ereignistafeln“ erklärt. Am „Hexenfelsen“ beispielsweise stehen die faszinierenden Karbonatgesteine des Ries-Sees im Blickpunkt. Beim Aufschluss Meyers Keller geht es um zerbrochenes und emporgehobenes Grundgebirge. Am Adlersberg südlich von Nördlingen sind die gesteinsbildenden Fossilien des Ries-Sees zu sehen. An der Alten Burg geht es um die wechselvolle Ge-

zeitlichen Schädelknochen, den „Schädelnestern“ oder „Schädeldeponien“ bekannt sind. Nachbildungen der 33 Schädel finden sich im Stadtmuseum in Nördlingen, die Originale sind in München ausgestellt. Das Bayerische Landesamt für Umwelt zeichnete die Ofnethöhlen als eines von Bayerns hundert schönsten Geotopen aus. Damit nicht genug bietet der Riegelberg einen hervorragenden Aussichtspunkt über die Riesebene und beherrgt als Naturschutzgebiet unzählige Trockenrasenpflanzen, etwa die Küchenschelle oder den Mauerpfeffer. Die Überreste der „villa rustica“ am Fuße des Riegelberges, einem ehemaligen römischen Gutshof aus dem ersten Jahrhundert, runden diese Schatzkammer ab.

Wie Landrat Stefan Rößle bemerkte, belegt der Schäferweg die einmalige Geschichte des Ries, beginnend beim Einschlag des Asteroiden über den Riessee bis zur Steinzeit, den Römern und dem Mittelalter. Fakt sei, dass Kundenwünsche hier optimal umgesetzt werden. Der Wanderer bekomme zusätzlich auf sieben großflächigen Tafeln Informationen über die Riesgeologie, den Landschaftsschutz, die Ofnethöhlen, die Alte Burg usw.

Nördlingens OB Hermann Faul sieht gerade in der Verbindung zwischen Geopark und Tourismus „große Chancen für unsere Stadt und unsere Region“. es sei für ihn ein hervorragender Gedanke, durch eines der landschaftlich attraktivsten Gebiete der Region einen Wanderweg zu führen, bei dem Einheimischen wie Touristen Informationen zur Geologie, Archäologie und Siedlungsgeschichte, Natur und vielem mehr vermittelt werden. □

Businessplan Wettbewerb Südostbayern:

ideenReich geht in die nächste Runde

Nach einer gelungenen ersten Wettbewerbssaison mit knapp 30 Gründungsideen geht **ideenReich**, der **Businessplan Wettbewerb Südostbayern** für **Altötting, Landshut, Mühldorf a. Inn und Rottal-Inn** in die nächste Runde. **Gründer, Jungunternehmer, Unternehmensnachfolger und Gründungsinteressierte erhalten im Wettbewerb alle relevanten Informationen für ein Erfolg versprechendes Geschäftskonzept, konkrete Unterstützung und können auch in der neuen Saison wieder Sach- und Geldprämien in Höhe von etwa 20.000 Euro gewinnen.**

Mit der Auftaktveranstaltung, die heuer in Eggenfelden in der Schlossökonomie Gern stattfindet (Anmeldung unter www.ideenreich-bpw.de), wird die zweite Saison der **ideenReich** Veranstaltungenreihe mit den Grußworten der Rottaler Landrätin Brunni Mayer als regionale Vertreterin der kommunalen Träger eingeleitet. Ab November finden Veranstaltungen in verschiedenen Standorten statt, die zur Wissensvermittlung sowie zum Aufbau und zur Pflege von Kontakten genutzt werden können. Den Höhepunkt des Wettbewerbes bildet Ende März 2009 die Prämierung der aussichtsreichsten Geschäftsideen. Bis dahin haben die Teilnehmer, unterstützt durch die **ideenReich-Coaches**, die Chance, ein Erfolg versprechendes Geschäftskonzept auszuarbeiten.

Mühldorfs Landrat Georg Huber begrüßt den **ideenReich**-Wettbewerb und freut sich, dass sich der Wettbewerb positiv entwickelt und erneut vor dem Auftakt steht. Er appelliert an potentielle Gründer aus dem Landkreis, sich am Wettbewerb zu beteiligen. Dabei müsse nicht unbedingt eine Auszeichnung im Vordergrund stehen, vielmehr fordert Landrat Huber die zukünftigen Jungunternehmer auf, das Netzwerk und das große Informationsangebot dieser Veranstaltungsreihe für sich zu nutzen.

„Wir wollen in dieser Saison die Zahl der Gründungsideen erhöhen, die ehemaligen Teilnehmer weiterhin unterstützen und das entstandene unternehmerische Netzwerk ausbauen“, erläutert Projektleiter Harald Wagner, Leiter des Gründerbüros der Hochschule Landshut, die Ziele der zweiten Wettbewerbsrunde. „Die vielfältigen Geschäftsideen und die dahinter stehenden Menschen haben mich fasziniert. Ich freue mich heute schon auf die vielen Innovationen und produktiven Gespräche der kommenden Saison“, ergänzt er.

Begeistert von dem Wettbewerb zeigt sich Stefan Jetz aus Kastl bei Altötting, der den dritten Platz in der ersten Runde belegte und mittlerweile wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Existenzgründung meistern konnte: „**ideenReich** bietet ein Umfeld von Menschen, die etwas auf die Füße stellen wollen. Das tut gut und inspiriert. Sonst begegnet man häufig Bedenkträgern. Bei **ideenReich** aber spornen sich die Teams gegenseitig an. Erst durch den Wettbewerb wurde ich gezwungen, meine Gedanken, die ich ja in einer Unmenge im Kopf hatte, wirklich zu strukturieren.“

Auch das nominierte Münchner Team „**RoyalStud**“, das hochwertige Nahrungsergänzung zur Gesunderhaltung von Tieren anbietet, ist inzwischen mit Ihrem Onlineshop im Internet vertreten und meldet erste Umsätze. „Der **ideenReich**-Businessplan-Wettbewerb ist für Gründer strategisch wichtig und die erhaltene Sachprämie ermöglicht nun effizientes Arbeiten“, betont Brigitte-M. Pollerspöck, die vom heimischen Schreibtisch ins IZR - Impulszentrum Pfarrkirchen umziehen konnte und das für zwölf Monate mietfrei.

Ermöglicht wurde der Wettbewerb durch die gute Zusammen-

arbeit der kommunalen Partner aus der gesamten „**ideenReich**“-Region und durch die Bereitschaft der aus der Region stammenden Unternehmen, als Sponsoren den Wettbewerb zu unterstützen. Dies hat sich bezahlt gemacht, wurden doch Geschäftsideen aus allen beteiligten Landkreisen eingereicht.

Träger sind die Landkreise Altötting, Mühldorf, Landshut, Rottal-Inn und die kreisfreie Stadt Landshut in Kooperation mit der Hochschule Landshut, dem Münchener Business Plan Wettbewerb und den Handwerkskammern für Niederbayern/Oberpfalz und für München/Oberbayern sowie den IHKs für Niederbayern und München/Oberbayern. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherbiele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Geopark Ries um eine Attraktion reicher

Der Geopark Ries ist nunmehr um eine Attraktion reicher: Die Eröffnung des „Schäferwegs“ südlich von Nördlingen markiert nun den ersten ausgeschilderten Geopark-Wanderweg. Der Rundwanderweg verknüpft auf seinen 18 Kilometern Länge geologisch und archäologisch herausragende Sehenswürdigkeiten und präsentiert die typischen Heide Landschaften des Riesandes.

Seit 6. Oktober können sich interessierte Wanderer auf die Pfade eines traditionellen Wanderschäfers begeben. Dabei rückt der Streifzug entlang ausgedehnter Wacholderheiden und Kalkmagerrasen vor allem Details des Meteoriteneinschlags vor etwa 15 Mio. Jahren in den Vordergrund. So genannte „Ereignistafeln“ geben an charakteristischen Standorten Aufschluss über markante geologische Phänomene. Neben dem Ries-Ereignis beschreiben insgesamt sieben Stationen auch besiedlungsgeschichtliche und naturräumliche Besonderheiten. Im Verlauf des 18 Kilometer langen Weges erhalten Besucherinnen und Besucher einen Eindruck von der Themenvielfalt, die einen Geopark ausmacht.

Anschaulich und wissenschaftlich korrekt

Der Schäferweg, ein gemeinsames Projekt des Geoparks Ries, der Stadt Nördlingen und der Wanderoffensive des Ferienlandes Donau-Ries, bereichert das Netz an geologischen Wanderwegen. Was diesen Rundwanderweg allerdings so besonders macht, ist seine Beschilderung. Wie lässt sich das Einschlagsereignis möglichst anschaulich und doch wissenschaftlich korrekt darstellen? Dieser Frage gingen der emeritierte Prof. Dr. D. Stöffler gemeinsam mit seinen Kollegen Dr. T. Kenkmann und Prof. Dr. W. U. Reimold intensiv auf den Grund. Drei grafische Grundelemente finden sich auf jedem Schild wieder, daneben bekam jede Tafel ein Schwerpunktthema. Jede Infotafel verdeutlicht den Ablauf der Rieskatastrophe, eine Zeitreiseleiste - Idee der ersten Stunde - soll dem Betrachter Orientierung im Lauf der Jahrmillionen geben. Bei der Übersichtskarte, einem weiteren Grundelement, achtete man zudem auf optische Ähnlichkeit zum Internetauftritt des Geo-

parks Ries. Dadurch können Besucherinnen und Besucher leicht erkennen: Hier ist der Geopark Ries!

Der Schäferweg vermittelt nicht nur Erkenntnisse aus Riesforschung und Landeskunde, sondern setzt auch Ergebnisse von Tourismusstudien in die Praxis um. Demnach erfreut sich Wandern zunehmender Beliebtheit, vor allem durch seine gesundheitlichen Wirkungen. Zudem zeigen neueste Untersuchungen, dass attraktive Tagestouren - die auf naturnahen Wegen schöne Aussichten und Sehenswertes wie Burgen oder Steinbrüche präsentieren - in der Gunst der Wanderer ganz oben stehen. Qualitäten also, die dem Schäferweg äußerst gut zu Gesicht stehen und den Wandertourismus in der Region stärken.

Wechselvolle Geschichten

Der Startpunkt der Wanderung befindet sich in Nördlingen, bei der Stadt Nördlingen und der Freizeitanlage Marienhöhe - oder alternativ dazu auf dem Parkplatz „Alte Burg“, wenige Kilometer stadtaußerhalb. An Feldern entlang durch die westliche Riesebene führt der Schäferweg den Kraterrand hinauf zum Riegelberg und zu den berühmten Ofnethöhlen. Der Rückweg der Entdeckungsreise folgt dem Flusslauf der Eger nach Nördlingen. Interessante Stationen überraschen den Wanderer auf dieser Route, allesamt anhand verständlich verfasster Infotexte auf den „Ereignistafeln“ erklärt. Am „Hexenfelsen“ beispielsweise stehen die faszinierenden Karbonatgesteine des Ries-Sees im Blickpunkt. Beim Aufschluss Meyers Keller geht es um zerbrochenes und emporgehobenes Grundgebirge. Am Adlersberg südlich von Nördlingen sind die gesteinsbildenden Fossilien des Ries-Sees zu sehen. An der Alten Burg geht es um die wechselvolle Ge-



ProNah-Spieleabend in der Sontheimer Dampfsäg

Ein Spieleabend in Übergröße fand in der Sontheimer Dampfsäg statt. Teilnehmer waren die Bürgermeister der Unterallgäuer Gemeinden und deren Gemeinderäte und Mitarbeiter (siehe Bild). 60 Teilnehmer fanden sich auf Einladung des Vereins ProNah Unterallgäu ein um sich im Vergleichskampf im neuen Spiel „Was braucht ma auf'm Dorf?“ zu messen. Nach Vorstellung durch den Vereinsvorsitzenden Hermann Kerler aus Eppishausen und Erläuterung der Spielregeln durch Paul Nagler ging es nicht nur um Wissen und Strategie, auch körperliche Erüchtigung war beim großen Spieleabend in der Dampfsäg gefragt, wenn beispielsweise eine „Ereigniskarte“ den sportlichen Einsatz von 25 Liegestützen forderte. Eineinhalb Stunden – so lange dauert das Spiel in der Regel – arbeiteten die Gemeindevertreter hart, dem Stimmungspegel nach zu urteilen aber nicht überfordert. Sie investierten in ihre Spielgemeinde, bauten Kläranlagen, Kindergärten und Schulen, kauften sich Einwohner dazu, erhielten diese als Zugang aufgrund der guten Infrastruktur oder verloren sie auch wieder durch unglückliche Entscheidungen. Es war ein vernünftiger Abend für die Kommunalpolitiker, von denen einer der ganz neuen Bürgermeister, Dr. Peter Wassermann, für seine Gemeinde Erkheim den Siegerpreis in Höhe von 500 Euro für einen sozialen Zweck innerhalb der Gemeinde erhielt. Auf den zweiten Platz kam für die Marktgemeinde Kirchheim deren Vertreter Ernst Striebel – er erhielt 300 Euro. Dritter wurde für die Gemeinde Stetten Gerhard Strohmayer, der dafür einen Scheck über 200 Euro mitnehmen durfte.

Text und Bild: Walter Müller

„Haus kleine Donau“ hat Pilotcharakter:

Heilig-Geist-Stift ein „Ruhmesblatt“ für Dillingen

Traditionsreiches Senioren- und Pflegeheim mit 750-jähriger Geschichte modernisiert / Projekte mit vielseitiger Förderung gesichert

Dillingen (jdt). Ein positives Aushängeschild der „Stadt der Caritas“, wie die Große Kreisstadt Dillingen wegen ihrer zahlreichen caritativen und sozialen Einrichtungen genannt wird, ist das auf eine 750-jährige Geschichte zurückblickende Heilig-Geist-Stift der Hospital-Stiftung Dillingen. Sie gehört seit ihrer Gründung durch Graf Hartmann, den Augsburgener Bischof damals ein „Heim für Arme, Kranke und Bedürftige“, zu den ältesten und traditionsreichsten Häusern in Bayern.

Umfassende und über mehrere Jahre gehende Modernisierungen und Erweiterungen hatten zur Folge, dass das Heilig-Geist-Stift zu einem hervorragenden, dem Caritasverband angegliederten Senioren- und Pflegeheim mit 120 Pflegebetten für Bewohner mit und ohne Pflegestufe geworden ist. Hinzu kam die neue Seniorenwohnanlage „Haus kleine Donau“. Bewältigt wurden die Projekte von der Hospital-Stiftung Dillingen als Träger der Einrichtung unter maßgebender Mitwirkung der Stadtverwaltung.

Großes Hoffest

Erster Vorsitzender der Stiftung ist der Dillinger Oberbürgermeister. Im Rahmen eines großen Hoffestes wurde der Wechsel in der Spitzenverantwortung vollzogen. Für den vielfältigen Einsatz über lange Jahre wurde dem aus dem Amt geschiedenen Alt-OB und jetzigen Ehrenbürger Hans-Jürgen Weigl gedankt. Sein Nachfolger an der Spitze der Stadtverwaltung und der Stiftung, Oberbürgermeister Frank Kunz, sprach seinem Vorgänger Anerkennung dafür aus, dass er das Stift mit den zahlreichen Baumaßnahmen gut gerüstet in die Zukunft führte. Gelungen sei es, die alte Bausubstanz zu sichern und mit der Modernisierung zu verbinden.

In den Dank einbezogen wurden die ausscheidenden Stiftungsräte Konrad Gallenmüller und Konrad Ahle und die zweite Vorsitzende des Fördervereins, Ingrid

Weigl. Im Namen der Heimbewohner widmete Franz Schäffler Dankesworte für das gute Zuhause im Heilig-Geist-Stift.

Alt-Oberbürgermeister Weigl sprach den rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, voran dem tatkräftigen Heimleiter Siegfried Huber und Pflegedienstleiterin Gerlinde Schindler-Schneller, für den Dienst an den teilweise auch hochbetagten Bewohnern die volle Anerkennung aus.

Humanitäre Verpflichtung

Als eine beispielhafte Institution würdigte auch Landrat Leo Schrell das Senioren- und Pflegeheim Heilig-Geist-Stift der Hospitalstiftung Dillingen. Diese könne auf eine Tradition zurückblicken, die zu einem „Ruhmesblatt für die Stadt“ geworden sei. Trotz aller Schwierigkeiten, mit der notwendigen Anpassung anständig sich verändernde Herausforderungen, sei das Haus treu zu seiner Verpflichtung gestanden, den Senioren ein neues Zuhause zu bieten, gemäß der Kraft einer humanitären Verpflichtung christlicher Wertvorstellungen.

Umbau und Erweiterung

Zu den bewältigten Projekten gehörten in den letzten 2 Jahren u. a. der elf Jahre dauernde Umbau und die Erweiterung des Altenheimes zu einem Senioren- und Pflegeheim mit 120 Plätzen, unter Einbeziehung von Kurzzeitpflege. Die Kosten hierfür

betragen bis zum Abschluss 1995 rund 20 Millionen DM. Hinzu kam die Innenrenovierung der Spitalkirche, mit der Herausgabe eines neuen Kunsthofes von Akademiedirektor i.R. Professor Ludwig Häring.

Während der fast ein ganzes Jahr dauernden Feierlichkeiten der Hospital-Stiftung würdigte auch Bischof Dr. Walter Mixa mit großer Anerkennung die Leistungen der Stiftung und der Stadt Dillingen.

Behindertengerechte Wohnungen

Pilotcharakter hatte der Abbruch und Wiederaufbau des nicht unterkellerten Südbaus der Hospitalstiftung, der in seinen ältesten Teilen aus dem 16. Jahrhundert stammte. Das Projekt wurde erforderlich infolge starker Gebäudeschäden und von Statikmängeln.

An gleicher Stelle entstand mit einem Aufwand von etwa 2,9 Millionen Euro, mit Erdgeschoss und drei Stockwerken, das „Haus kleine Donau“. Es bietet 19 behindertengerechte Stadtwohnungen in barrierefreier Bauweise. Bei den Mietwohnungen handelt es sich vorwiegend um Appartements mit zwei Zimmern, Küche, WC mit Dusche und Balkon, mit Größen zwischen 40 und 69 Quadratmeter. Zur Ausstattung zählen moderne Haustechnik und Bauweise mit Solartechnik. Eine Wohnung dient als „Gastwohnen auf Zeit“.

Günstige Sozialmieten

Anerkennung fand, dass die Stadtverwaltung die Finanzierung mit einem hohen Anteil an Fördermitteln bewältigte, die dann auch günstige Sozialmieten

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Das ist doch ein Wahnsinniger. Wir haben einen Wahnsinnigen im Rathaus. Mein Chef, der Bürgermeister, spricht von einem frisch gebackenen Verwaltungsinspektor, der gerade seine Lebenszeitverbeamtung in der Tasche hat. Und nachdem er uns jetzt die Bilder von seinem letzten Urlaub gezeigt hat, schießen im Rathaus die Spekulationen ins Kraut, wie lange das wohl mit der Lebenszeit noch dauern mag.

Der Typ selbst ist ein ganz unscheinbares, unauffälliges Männlein, dem man höchstens ansieht, dass er drahtiger und kerniger ist als die meisten anderen fitnessstudiogestylten Bubis seines Alters. Nicht unattraktiv. Aber nie würde man vermuten, dass er das Hobby Extremlaufen pflegt. Im Urlaub war er in den USA und hat in der Wüste Nevadas an einem Trainingscamp für Extremläufer teilgenommen. 14 Tage lang ran-



Himalaya buchen, der damit verbundenen Gefahren bewusst sind. Schließlich beträgt die Erfolgsrate der versuchten Aufstiege auf einen Berg wie den Dhaulagiri I zwar 19 Prozent, die Todesrate aber 2,8 Prozent.

Selbst wenn sie und alle anderen, die kiten (d.h. sich auf einem Surf- oder Snowboard von einem Segel ziehen lassen), Apnoetauchen (d.h. tauchen in großer Tiefe ohne Sauerstoffflasche) oder Freeriding (Skifahren abseits der Pisten) betreiben, um die Gefahren und Risiken wissen und diese nach bestem Wissen und Gewissen minimieren, bleibt die Frage: Was zum Teufel treibt die Leute an? Denn ein beträchtliches Restrisiko bleibt allemal und Unfälle kommen regelmäßig vor.

Vielleicht liegt es in der menschlichen Natur, dass man sich beweisen, ans Limit gehen, sein Schicksal herausfordern muss. Aber sicherlich ist der Grund auch in dem zu finden, was die Menschheit seit Adam und Eva dazu gebracht hat, Dummheiten und Blödsinn zu machen: Langeweile, Überdross, eine subjektiv empfundene Enge in den gesicherten Verhältnissen, die man sich andererseits mit so viel Mühe aufbaut.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht das genauso. Unser Leben ist viel zu risikolos, zu berechenbar, zu eingeleistigt geworden. Der ideale Nährboden für die Lust auszubrechen, etwas Verrücktes, Extremes, Gefährliches, Irrationales zu tun. Insofern können wir noch froh sein, dass tüchtige Unternehmer und Trendsetter diese Kräfte kanalisieren und in Events leiten, die ihnen viel Geld, den Akteuren aber den ersehnten Spaß, Spannung und Nervenkitzel bieten. Schlussendlich bleibt nur die Weisheit des französischen Regie-Altmeisters Claude Chabrol auf dem heutigen Kalenderblatt: „Verrücktheit ist unendlich faszinierender als Intelligenz, unendlich tiefgründiger. Intelligenz hat Grenzen, Verrücktheit nicht.“

Verrücktheit kennt keine Grenzen

ten die Typen bei bis zu 40 Grad Celsius ohne Schatten ins blanke Nichts hinein. 42 Kilometer oder mehr am Stück, als wäre das Teil des Animationsprogramms im Cluburlaub. Bei uns rennt er am Wochenende schon mal Berge hoch – auch bei Eis und Schnee. Sein größter Ehrgeiz ist es, einen steilen Bergpfad schneller hinaufzulaufen als es unserins Otto Normaljogger auf flachem Gelände schafft. Ehrlich, ich muss dem Chef Recht geben – der Bursch hat eine Klatsche.

Aber er ist heutzutage bei Weitem keine Ausnahme. Extremsportarten und halbsportliche Abenteuerreisen sind derzeit absolut im Trend. Eines haben alle gemeinsam: Sie sind unglaublich anstrengend, stressig und unfallgefährlich. Aber die Anhänger sind Freaks. Die Todesopfer, die dieses Jahr bei einem Extremberglauf auf die Zugspitze zu beklagen waren, halten die eingeschworenen Fans dieser Sportart keineswegs davon ab, immer wieder die Laufschiuhe zu schnüren. Ich frage mich auch, ob sich all die Hobbybergsteiger, die Abenteuerreisen in den

the
Sabrina

Landrat Reuter fordert Stopp des KVG-Verkaufs

Für den sofortigen Stopp der Aktivitäten zum Verkauf der Anteile des Freistaats Bayern an der Kahlgrundverkehrsgesellschaft hat sich Landrat Dr. Ulrich Reuter erneut in einem Brief an die Staatsregierung ausgesprochen.

Reuter begründet seine Forderung mit dem Hinweis auf eine Forsa-Studie, nach der zwischenzeitlich 75 Prozent der Bundesbürger eine weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben ablehnen. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der aktuellen Wirtschaftssituation hält der Aschaffenburg Landrat ein Festhalten an der Verkaufsabsicht für einen Fehler und appelliert daher erneut an den Freistaat Bayern, auf einen Verkauf seiner KVG-Anteile zu verzichten: „Mit dem Verkauf seiner Anteile gibt der Freistaat wichtige Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand.“

ermöglichte. Aus dem sozialen Wohnungsbau konnten 480.000 Euro zinsgünstige Darlehen erreicht werden, aus dem „Städtebau“-Sektor 200.000 Euro. 1,2 Millionen Fremddarlehen, Eigenmittel und die Unterstützung durch Sponsoren kamen dazu, ebenso Spendengelder. Von besonderer Bedeutung ist auch der von Christa Hamper geführte Förderverein Hospitalstiftung Dillingen e.V. Er arbeitet eng mit der Hospitalstiftung zusammen, dabei das „gute Klima“ des Hauses vielseitig fördernd.



Von rechts: Angelika Steinbrecher, Dr. Peter Rösner, Schulrätin Renate Haase-Heinfeldner und Hannes Neumeier.

Konferenz im Landratsamt Augsburg:

Informationen über das „Haus der kleinen Forscher“

Der Geschäftsführer der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, Dr. Peter Rösner, hat jetzt 70 Leiterinnen von Kindergärten und Kinderkrippen aus dem Landkreis Augsburg sowie Vertretern des Staatlichen Schulamtes bei einer Konferenz im Landratsamt das bundesweite Projekt „Haus der kleinen Forscher“ vorgestellt. Die Ziele der Initiative von Helmholtz-Gemeinschaft, McKinsey & Company, Siemens AG und der Dietmar Hopp Stiftung sind es, Naturwissenschaft und Technik schon für Kinder ab drei Jahren im Kindergarten erlebbar zu machen, frühkindliche Bildung zu fördern und einen Beitrag zur Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland zu leisten.

„Wir wollen die Erzieherinnen und Erzieher ermutigen, naturwissenschaftliches und technisches Wissen dauerhaft und nachhaltig zu vermitteln und die Kinder für die Beschäftigung mit Naturphänomenen zu begeistern“, so Rösner. Das Programm bietet unter anderem Workshops für Erzieherinnen und Erzieher sowie Arbeitsmaterialien, so genannte Experimentierkarten, an.

Mit einem einfachen Experiment hat Rösner die Kindergartenleiterinnen überzeugt. Die überwiegende Mehrheit hat ihr Interesse an der Projektteilnahme

bekundet. Der Landkreis möchte noch in diesem Kindergartenjahr mit den Schulungen beginnen. Mit der Umsetzung des Projekts werden sich der Sachgebietsleiter des Amtes für Jugend und Familie, Hannes Neumeier und die Fachberaterin für Kindertagesstätten, Angelika Steinbrecher, in enger Zusammenarbeit mit der Schulrätin Renate Haase-Heinfeldner befassen. Für die Projektunterstützung sollen Wirtschaftsunternehmen aus der Region gewonnen werden. Auch ist eine enge Zusammenarbeit mit der Universität Augsburg vorstellbar.

Markt Schwabener Sonntagsbegegnungen:

„Fächer des Lebens“

Neue Reihe ab Herbst 2008 – Hochkarätige Persönlichkeiten im Meinungsaustausch – Bürgermeister Winter als Initiator

Weit über den Landkreis hinaus bekannt sind mittlerweile die Begegnungsveranstaltungen im oberbayerischen Markt Schwaben (Landkreis Ebersberg). Dabei tauschen sich jeweils zwei hochkarätige Persönlichkeiten zu spannenden Themen aus und treten auch in den Dialog mit dem Publikum. Seit 1992 bereits kümmert sich darum der seit 2002 an der Spitze der Kommune stehende Erste Bürgermeister Bernhard Winter.

Rückblickend kann Winter von einer ganzen Reihe hochinformativer und attraktiver Diskussionen berichten. Als Höhepunkte der sog. Sonntagsgespräche, die von 1992 bis 1998 stattfanden, sind in seinen Augen z. B. die Dialoge zwischen dem Atomphysiker Hans-Peter Dürr und dem Theologen Eugen Biser („Was hält die Welt zusammen?“), Rita Süßmuth und Johannes Rau („Das Zusammenleben der Generationen“) oder Joschka Fischer und Otto Schily („Politik als Bewegung“) zu nennen. Bei den insgesamt 29 Sonntagsgesprächen sei es vor allem darum gegangen, vermeintliche Gegensätze miteinander in Berührung zu bringen.



Bernhard Winter.

Sommerbegegnungen

Mit den Sommerbegegnungen (1999 bis 2004) hat Markt Schwabens Rathauschef wiederum versucht, unter der Leitfrage „Was bringt die Welt zusammen?“ über Ländergrenzen hinweg Verbindungen zu schaffen. Aus der ersten Veranstal-

ung mit dem polnischen Ministerpräsidenten a. D. Tadeusz Mazowiecki, dem SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel und polnischen Schülern entstand eine lebendige Schulpartnerschaft zwischen Markt Schwaben und Breslau. 2000 fand eine Begegnung mit Papua-Neuguinea statt, bei der der päpstliche Nuntius Erzbischof Hans Schwemmer und Papua-Politiker in Markt Schwaben waren. Neben der Dialogveranstaltung konnte Bernhard

Winter Gespräche in Bundes- und Landesministerien und finanzielle Unterstützung vermitteln. 2002 kam es zu einer Begegnung zwischen Islam und Christentum: Abprimas Notker Wolf tauschte sich mit dem ägyptischen Gelehrten Fuad Kandil aus, Jugendliche spielten „Nathan der Weise“.

2004 gab es eine Begegnung zwischen der Türkei und Deutschland. Zu Gast waren die türkische und die deutsche Familienministerin: Renate Schmidt und Güldal Aksit diskutierten über das Thema: „Was brauchen Kinder?“.

Sonntagsbegegnungen

Seit 2005 gibt es nunmehr die Sonntagsbegegnungen. Auch zu diesen Veranstaltungen, die regelmäßig von mehreren hundert Zuhörern besucht werden, kommen die bedeutenden Vertreter aus Politik, Gesellschaft und Kultur immer wieder gerne, wie auch die letzten Aufeinandertreffen zwischen Landtagspräsident Alois Glück und Heinrich Traublinger, Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, sowie Pater Anselm Grün und Dr. Hans-Jochen Vogel eindrucksvoll bestätigten.

Glück und Traublinger

Bei der Begegnung zwischen Glück und Traublinger mit dem Titel „Fächer des Lebens“ ging es um die Frage „Was hilft uns, im Leben zu bestehen? Was können Schule, Erwachsenenbildung, Politik, Wirtschaft und jeder einzelne dafür tun, dass

aus unwillkommenem Lernstoff erfrischende „Fächer des Lebens“ werden? Die Veranstaltung war zugleich Auftakt und Namensgeber für eine Reihe von Dialogen, bei denen ein paar dieser „Fächer des Lebens“ genauer beleuchtet werden sollen.

Prantl und Schneider

So werden der Journalist Dr. Heribert Prantl und der Sprachkritiker Wolf Schneider sich am 25. Januar 2009 über „Klar reden, klar Schreiben“ unterhalten, während am 8. März sich der Fußballnationalspieler Thomas Hitzlsperger und der Kabarettist Dieter Hildebrandt zum Thema „Fußball“ ihre ganz speziellen Gedanken machen werden. Die Markt Schwabener Begegnungen gehen damit Bernhard Winter zufolge in die mit Sicherheit vom Publikum ebenso gern angenommene 4. Phase. **Anmeldung und Information unter Tel.: 08121/41820. DK**

Bürgermeister Anton Lang:

Herzinfarkt beim Bergwandern

Der Elchinger Bürgermeister Anton Lang ist tot. Der 59-jährige Verwaltungschef starb beim Bergwandern im Allgäu an einem Herzinfarkt. Er war mit seiner Frau zu einem zweiwöchigen Urlaub in der Nähe von Pfongau. Die Elchinger Verwaltung reagierte betroffen und überrascht auf die traurige Nachricht. Anton Lang, der in Pfersee bei Augsburg lebte und jeden Tag nach Elchingen pendelte, war seit 24 Jahren Bürgermeister von Elchingen und damit auch dienstältester Rathauschef im Landkreis Neu-Ulm.

Erster Integrationspreis der Regierung von Oberfranken:

Vierfache Auszeichnung

Erstmals hat die Regierung von Oberfranken heuer Preise für erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet der Integration von Migrantinnen und Migranten verliehen. Das Preisgeld von insgesamt 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zur Verfügung gestellt.

Regierungspräsident Wilhelm Wenning betonte bei der Verleihung der Preise: „Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine gesellschaftliche Herausforderung ersten Ranges. Integration heißt gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Ich verstehe darunter einen wechselseitigen Prozess, den alle Beteiligten, die Deutschen genauso wie die Zuwanderer, aktiv gestalten müssen.“ Für den Integrationspreis wurden insgesamt 35 Vorschläge eingereicht. Die Jury entschied sich, den Preis auf drei Preisträger zu verteilen und einem Projekt eine besondere Anerkennung auszusprechen.

ordentlich Herz“. Der Grundgedanke dieses Projektes des Stadtteilmanagements Starkenfeld in Bamberg besteht darin, dass sich Bewohner selbst um den öffentlichen Raum, in dem sie leben, kümmern. Als Stadtteilpaten initiieren sie u. a. Integrationsangebote, wirken als Multiplikatoren und stehen den Mitbürgern bei Problemen zur Seite. Die Stadtteilpaten (Deutsche und Migranten) sollen in einem Gebiet, in dem gewachsene Strukturen fehlen, zum Fundament einer dauerhaften Bürgerbeteiligung werden.

Kulturzentrum „Globus“

Das Kulturzentrum für Aussiedler „Globus“ e. V. in Wunsiedel, gewürdigt mit 1.000 Euro, leistet vorbildliche Integrationsarbeit in Wunsiedel und Umgebung. Migranten soll durch soziale Beratung, pädagogische Erziehung und Einführung in Kunst und Kultur die Eingliederung in die Gesellschaft erleichtert werden.

Hofer Bürgergremium

Mit 2000 Euro bedacht wurde das „Bürgergremium Bahnhofsviertel“ der Stadt Hof. Dabei handelt es sich um ein direktes Mitbestimmungsorgan im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Das in Bayern einmalige ehrenamtliche Gremium, in dem ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie deutsche Bewohner vertreten sind, trifft sich zu regelmäßigen Sitzungen, bei denen u. a. Empfehlungen zur Vorbereitung von Stadtratsbeschlüssen erarbeitet werden. Darüber hinaus leistet es aktive Öffentlichkeitsarbeit, engagiert sich bei zahlreichen Veranstaltungen und fördert so Integration in vorbildlicher Weise.

„Gärten der Begegnung“

Eine besondere Anerkennung in Höhe von 500 Euro wurde schließlich den „Gärten der Begegnung“ in Bayreuth zuteil. Die interkulturellen Gärten in Bayreuth geben den Migranten die Gelegenheit, sich selbst neu zu verwurzeln - einmal durch praktisches Tun im Garten, zum anderen durch die Begegnung mit Menschen aller Altersstufen, mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und aus allen sozialen Schichten. **DK**

Vorschau auf GZ 21
In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 6. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!

Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen

LANGER
Wartehallen
Ein Gesellschafter der LANCIA AG

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen
www.orion-bausysteme.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Kindergarteneinrichtungen

ORION
Wartehallen

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Wasserzähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT

HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen

- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 0 71 95/69 33 00 · Fax 0 71 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Sportgeräte

BENZ
Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
Telefon: 09 11 / 69 39 65
Telefax: 09 11 / 69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

ihr partner für LICHT
postfach 1141
90519 oberasbach
Vertrags-
handel für **Telitto Star**

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de